Morgenausgabe

Nr. 71 / A 36 — 45. Jahrgang

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3.— Reichsmark im voraus zahlbar, unter Streifband im In- und Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen", „Aus der Filmwelt", „Stadtbeilage", „Frauenstimme", „Der Kinderfreund", „Jugend-Vorwärts", „Blick in die Bücherwelt", „Kulturarbeit" und „Technik" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Sonnabend 11. Februar 1928

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentägl. von 8½ bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Markgr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Hindenburgs Brief.

Erst alles andere — dann die Schulfrage.

Der Brief, den der Reichspräsident v. Hindenburg an den Reichskanzler Dr. Marx am 9. Februar gerichtet hat, hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Die Nachrichten über tiefgehende Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierungsparteien wegen des Schulgesetzes, die zu einem Auseinanderbrechen der gegenwärtigen Reichsregierung führen können, geben mir Veranlassung, Sie, Herr Reichskanzler, zu bitten, nichts unversucht zu lassen, um im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Regierungskrisis und ihre politischen Folgen zu vermeiden. Der Reichstag hat zurzeit dringende und bedeutsame Aufgaben zu lösen. Abgesehen von dem Haushaltsplan und dem Liquidationsschädengesetz sind die für die Landwirtschaft lebensnächsten Hilfsmaßnahmen zu beschließen, und es harrt auch die Strafrechtsform ihrer Verabschiedung.

Es würde meiner Meinung nach eine schwere Schädigung vaterländischer Interessen und des ganzen deutschen Volkes bedeuten, wenn jetzt wegen der Schulgesetzfrage eine unlösbare Regierungskrisis und eine Auflösung des Reichstags notwendig würde.

Ich bitte Sie, bei den bevorstehenden Besprechungen mit den Führern der Regierungsparteien diese meine Besorgnis mitzuteilen, und appelliere an alle beteiligten Herren und Fraktionen, dahin zu wirken, daß eine arbeitsfähige Regierung erhalten bleibt, die wichtigen parlamentarischen Aufgaben gelöst und etwaige unlösbare Differenzen in der Schulfrage bis nach Erledigung dieser Arbeiten vertagt werden.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichsten Wertschätzung bin ich Ihr sehr ergebener

gez. von Hindenburg."

Der Interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien, der gestern nachmittag bereits unter dem Eindruck des Hindenburg-Briefes verhandelte, ist zu keinem Resultat gekommen. Er hat seine Beratungen auf den Montag der nächsten Woche vertagt.

Die Partei, die durch den Brief des Reichspräsidenten unter schwerstem Druck gestellt wird, ist das Zentrum. Das Zentrum hat gedroht, Regierung und Reichstag in den nächsten Tagen auffliegen zu lassen, wenn keine ihm geeignet scheinende Lösung der Schulgesetzfrage erreicht würde. Die gestrige Sitzung des interfraktionellen Ausschusses, in der Herrn v. Keudells neue Vermittlungsvorschläge zur Beratung standen, hat zu keinem Ergebnis geführt, und es ist nicht wahrscheinlich, daß es am Montag damit anders aussehen wird.

Der Reichspräsident selbst scheint mit einem Zustandekommen des Schulgesetzes gleichfalls nicht mehr zu rechnen, darum schlägt er vor, diese Frage zu vertagen und alles andere vorweg zu erledigen. Dazu zählt er zunächst die Erledigung des Haushaltplans, die bekanntlich auch von der Opposition gewünscht wird, dann aber nicht nur das Liquidationsschädengesetz und die Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft, sondern auch die Strafrechtsreform. Damit ist ein Programm aufgestellt, dessen Erledigung den Reichstag bis zu seinem natürlichen Ende im nächsten Herbst beschäftigen müßte, ohne daß die Erreichung des Zieles gewiß wäre.

Das Liquidationsschädengesetz und die Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft könnten in kürzester Frist erledigt sein, wenn die Regierungsparteien einig wären. Wird eine Einigung in diesen Punkten erreicht, so kostet die parlamentarische Erledigung nicht viel Zeit. Andernfalls ist zu befürchten, daß nur die Lethargie dieser Regierung verlängert wird, ohne daß praktische Resultate erreicht werden.

Anders steht es mit der Strafrechtsreform. Dieses sehr umfangreiche, mehr als vierhundert Paragraphen umfassende Werk steckt noch im Ausschuß und hat dann im Plenum zwei Lesungen zu passieren. Seine Erledigung gehört nicht zu den gesetzgeberischen Notstandsarbeiten. Was an Vorarbeit geleistet ist, kann — ohne Bindung der Parteien — durch ein Ueberleitungsgesetz für den nächsten Reichstag gerettet werden. Es besteht also gar kein Grund, diese wichtige Fracht weiter einem lecken Regierungsschiff anzuvertrauen — es sei denn, man wollte versuchen, das Leck mit der Fracht zu stopfen. Dazu aber ist sie nicht da.

So begreiflich der Wunsch des Reichspräsidenten ist, Wichtigstes und rasch zu Erledigendes noch vor der Krise erledigt zu sehen, so entschieden müßte gegen einen Versuch protestiert werden, das Leben einer unfähigen Regierung künstlich zu verlängern.

Ob das Zentrum vor dem Reichspräsidenten zurückweichen kann, ohne sich von seinen Wählern unheilbar bloßzustellen, das muß es mit sich selber ausmachen. Die Frage aber, ob ein arbeitsunfähiger Reichstag und eine arbeitsunfähige Regierung bis in den nächsten Herbst und den nächsten Winter hineingeschleppt werden sollen, die Frage, ob ein aus technischen und politischen Gründen zweckmäßiger Wahltermin versäumt werden soll, weil die Regierung und die Regierungsparteien Angst vor den Wahlen haben, diese Frage geht das ganze deutsche Volk an.

Mag der Etat noch erledigt werden, mag bis dahin versucht werden, das Liquidationsschädengesetz und die Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft unter Dach und Fach zu bringen — aber länger als bis zum Frühjahr kann dem deutschen Volk nicht zugemutet werden, einen Zustand zu ertragen, der desto weniger mit dem Geiste der Verfassung vereinbar ist, je länger er dauert.

*

Offiziös wird gemeldet: Der Interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien des Reichstags trat Freitag nachmittag um 4 Uhr zu einer Sitzung zusammen, die bis gegen 6 Uhr währte. An den Verhandlungen nahmen von seiten der Reichsregierung Vizekanzler Hergt, Reichsinnenminister v. Keudell und Staatssekretär Pünder teil. Von den Regierungsparteien waren erschienen die Abgeordneten Graf v. Westarp, Schulze-Frankfurt, Treviranus von den Deutschnationalen; v. Guérard, Rheinländer und Dr. Schreiber vom Zentrum; Dr. Scholz und Dr. Runkel von der Deutschen Volkspartei und Leicht und Frau Lang-Brumann von der Bayerischen Volkspartei. Vom Reichsministerium des Innern wurden in der Frage des Reichsschulgesetzes neue Vorschläge zur Besprechung gestellt. Diese werden von den Parteien geprüft werden. Die Verhandlungen des Ausschusses sollen dann am Montag fortgesetzt werden.

Der Triumph der Banken.

Rücktritt der norwegischen Arbeiterregierung.

Oslo, 10. Februar.

Die Regierung Hornsrud hat ihr Rücktrittsgesuch eingereicht. Der Führer der Linken, Mowinkel, hat die Aufforderung des Königs zur Bildung der neuen Regierung angenommen. Die Ernennung der neuen Regierung wird für Dienstag erwartet. Heute beschloß die Arbeiterregierung, die Ernennung einer Kommission vorzuschlagen, die die Frage einer Abwicklung des Militärwesens und der Errichtung einer nichtmilitärischen Ordnungswehr untersuchen soll.

Hierzu wird uns aus Oslo noch gemeldet: Der Führer des linken Flügels der Partei Mowinkels hat es bisher wegen der von Mowinkel geführten Aktion gegen die Arbeiterregierung abgelehnt, sich an dem neuen Kabinett zu beteiligen.

Die Mitglieder der Arbeiterregierung werden in der kommenden Woche im Storthing über die Aktion der Banken und insbesondere über deren Versuche, neue Staatssubventionen zu erhalten, nähere Mitteilungen machen. Erst als diese Versuche gescheitert waren, stürmten die Banken mit aller Kraft und allen Mitteln gegen die Arbeiterregierung an.

Liberaler Wahlsieg in England.

Mandatverlust der Regierungspartei.

London, 10. Februar. (Eigenbericht.)

Die Nachwahl in Lancashire brachte einen Sieg der Liberalen, deren Kandidat Tomlinson mit großer Mehrheit gewählt wurde; den Kreis verlieren die Konservativen. Dieser Sieg der Liberalen wird als persönlicher Sieg Lloyd Georges betrachtet, der am Vorabend dem Wahlkreis einen zweiten Besuch abstattete. Dem Kandidaten der Arbeiterpartei, Priester Davies von der anglikanischen Hochkirche, gelang es unter den schwierigsten Umständen, die Zahl der für die Arbeiterpartei abgegebenen Stimmen um 500 zu vermehren.

Ein neuer Reichswehrfilm.

Hat Minister Groener den Sämisch-Bericht gelesen?

Von Kurt Heinig.

Geßler schied aus dem Reichswehrministerium, weil er in den Stürmen der jüngst vergangenen Jahre den Willen zum Ziel verloren hatte. Auf diesen grauen Hintergrund der Hoffnungslosigkeit konnte Groener, der neue Reichswehrminister, sein Programm zeichnen — das war eine günstige Position. So vermochte seine erste Rede vor dem Hauptausschuß des Reichstags eigentlich kaum farblos auszufallen; sie wurde durch das, was er sofort danach zur Phoebus-Angelegenheit verlas, zu einer von ihm sicher nicht beabsichtigten Enthüllung seines Wesens. In der Programmrede sprach Groeners Wollen, in der darauf folgenden Erklärung zum Phoebus-Skandal zeigte sich seine erste Tat.

Herr Groener entschuldigte den Kapitän Lohmann, er verlieh ihm durch seine Erklärung gewissermaßen einen Pour le mérite mit Trauerrand. Er stellte den Bremer Kaufmannssohn als einen tragischen Helden vor, in dem „die Idee" gewachsen sei, „an dem durch den Friedensvertrag nicht verbotenen Kampf der Weltanschauungen sowie der Gestaltung der Vorstellungswelt innerhalb und außerhalb Deutschlands ein Interesse zu nehmen". Diese „Idee", die aus den „Fesseln des Vertrages von Versailles ausreifte", fand — immer nach Groener — ihre Betätigung im Film. . .

Wenn Marinebehörden poetisch werden, ist es Unsinn oder eine Unwahrheit! So ist es auch hier.

Hat Herr Groener nicht den Sämisch-Bericht gelesen?

Weiß er nicht, daß es beim Phoebus-Komplex — wie man heute üblicherweise sagt — sich in Wirklichkeit um einen ganzen Ring von Gründungen handelt, der politische Funktionen ausüben sollte, die der Reichswehr nicht zustehen, die ihr neuer Minister in seiner programmatischen Antrittsrede überdies selbst aufs schärfste verurteilte?

Hat dem Herrn Reichswehrminister bei der wohl aus dem Marineamt stammenden, ihm in die Hand gedrückten Lohmann-Hymne nicht die feierliche Erklärung im Ohr geklungen, die der Reichskanzler Dr. Marx am 20. Januar 1928 in seiner Anwesenheit im Plenum des Reichstags abgegeben hat?

Der Reichskanzler Marx hat zugegeben, daß die bekannten Feststellungen der Presse von der „Phoebus" bis zur „Navis", von der „Lignose" bis zur „Trajag" und von der „Otwi" bis zum „Berliner Bankverein" zu einem erheblichen Teil zutreffend seien! „Die Untersuchung aller dieser Dinge habe einen Tatbestand aufgehellt, der von der Reichsregierung auf das ernsteste mißbilligt wird!"

Herr Groener tut in seiner Erklärung so, als habe der Kapitän Lohmann nur einmal in die Portokasse des Reichsmarineamts gegriffen, um einen „bureaukratischen Umweg" zu vermeiden. Eigentlich sollte ein Reichswehrminister überhaupt nicht entschuldigen, wo mindestens zwölf Millionen Mark schon verpulvert und noch sechs bis acht Millionen Mark zuzuzahlen sind. Herr Groener hätte weiter, wenn er schon zu Filmspekulationen Stellung nimmt, sich vorher beim Reichswirtschaftsminister erkundigen sollen, er hätte dann erfahren, daß die ganze Ufa-Sanierung nicht viel mehr gekostet hat als der kleine Lohmannsche Versuch, „an der Gestaltung der Vorstellungswelt ein Interesse zu nehmen". Es muß deswegen angenommen werden, daß die Nachtragsforderung von mindestens sechs Millionen Mark zur Liquidation der Phoebus-Angelegenheit in Wirklichkeit noch andere bisher unausgesprochene Funktionen auszuüben hat.

Der Reichskanzler Marx hat weiter erklärt, daß nicht nur das Phoebus-Engagement erledigt, sondern daß auch Lohmanns weitere Unternehmen „abgewickelt, abgestoßen bezüglich liquidiert" werden sollen. Zu diesen Unternehmungen gehört nach unserer Auffassung auch die famose Seetransportabteilung. In der Erklärung des Herrn Reichswehrministers sucht man vergeblich die Uebernahme der Pflichtaufgaben, deren rascheste Erledigung der Reichskanzler Marx dem deutschen Volke zugesichert hat.

In aller Deutlichkeit muß deswegen schon heute gesagt werden, daß die Oeffentlichkeit, die sich nach der finanzorganisatorischen wie nach der bilanztechnischen Seite mit der Phoebus A.-G. ausreichend beschäftigt hat, heute kein Verwaltungskommuniqué der schuldhaften Großaktionäre mehr benötigt, wenn es auch Herr Groener verliest. Ebensowenig besteht das Bedürfnis, den Kapitän Lohmann im strahlenden Licht vaterländischer Tugenden gerührt zu betrachten. Das Reichswehrministerium ist kein Lombardhaus, wo Defizite in Verdienste umgedichtet werden. Die Wehrmacht des Deutschen Reiches hat durch die Verfassung vorgeschriebene Aufgaben. Hat sie ihren Aufgabenkreis überschritten, und das ist bei der östlichen Konzernbildung von „Wirtschafts"betrieben zweifelsfrei der Fall, und hat sie außerdem das Etatsrecht verletzt, so ist es die dringende Pflicht der Verantwortlichen,

Verschuldeten anzuerkennen und Schuld nicht zu beschönigen. Die Oeffentlichkeit könnte sonst nicht nur auf den Gedanken kommen, daß der in die Wüste geschickte Mann gelobt wird, damit er schweige, sie muß auch zu dem Entscheid kommen, daß der Wille zur wirklichen Reinigung und Klärung fehlt!

Der Herr Reichswehrminister sollte im besonderen beachten, daß seine Erklärung die etatsrechtliche Seite der Unternehmertätigkeit des Reichsmarineamtes bei weitem noch nicht geklärt hat. Man muß es angesichts dieses Tatbestandes besonders begrüßen, daß kürzlich im Rechnungsprüfungsausschuß des Reichstages der Rechnungshof auf sozialdemokratische Anfrage hin erklärt hat, daß durch den Sämisch-Bericht die vornehmste Aufgabe des Rechnungshofes, die Einholtung des Haushaltsrechtes auch beim Reichswehrministerium zu überwachen, sich nicht erledigt habe. Wir nehmen schon heute als sicher an, daß die Nachprüfung der Rechnungen des Reichswehrministeriums, oder richtiger des Reichsmarineamtes durch den Rechnungshof im Rahmen seiner allgemeinen, von der Reichshaushaltsordnung vorgeschriebenen Aufgabe, auf weitere Etatsverletzungen stoßen wird, die vom Sämisch-Bericht bisher nicht festgestellt worden sind. Der Sämisch-Bericht ist nur ein Ausschnitt! Der Herr Reichswehrminister sollte weiter nicht vergessen, daß es auch eine Etatsverletzung auf der Einnahmeseite gibt.

Nach Herrn Minister Groeners Entschuldigung muß der Haushaltsausschuß des Reichstages den Wunsch zum Beschluß erheben, daß der Sämisch-Bericht veröffentlicht wird. Damit wird erst der fruchtbare Boden zur Durchführung des Groenerschen Programms gegeben, den er bei seiner ersten Tat, in seiner Erklärung zur Phoebus-Angelegenheit, vermissen ließ.

Fideles Gefängnis.

Die Strafvollzugsreform fängt bei Fememördern an.

Deutschnationale und völkische Schutzpatrone der Fememörder bemühen sich bei allen Instanzen, für die Mordgesellen aus der ehemaligen Schwarzen Reichswehr Begnadigung und vorher noch alle möglichen Vergünstigungen zu erzielen. Sie bearbeiten die höchsten Reichsstellen ebenso wie preußische Ministerien und suchen in der Oeffentlichkeit Mitleid mit den nationalgesinnten Herren Mördern. Augenscheinlich unter dem Eindruck dieser Propaganda ist den vier rechtskräftig zum Tode Verurteilten, Schulz, Klapproth, Umhofer und Fuhrmann, schon eine wesentliche Erleichterung zuteil geworden. Die drei letzteren befinden sich zwar noch in Plötzensee, aber nicht in sogenannten Mörderzellen, und zu ihrer Bequemlichkeit ist jedem von ihnen ein Lehnsessel in die Zelle gestellt worden, während andere, die nicht so schwerer Verbrechen schuldig sind, auf Holzschemeln hocken müssen. Außerdem ist ihnen ein besonderer Beamter zugeteilt worden. Der Häuptling der Gesellschaft, der Oberleutnant Schulz, ist wegen Krankheit nach Moabit zurückgeführt, wo er sich in einer Krankenzelle befindet.

Am 5. Februar hatte Herr Schulz Geburtstag, er durfte trotz seiner Krankheit und Gefängnishaft nicht weniger als 16 Gratulanten empfangen, die ihm große Blumensträuße brachten. Unter den Gratulanten befanden sich u. a. der Herr Buchdrucker Küstriner Angedenkens, ein Herr von Pape und der Stahlhelmführer und Likörfabrikant Seldte.

Die Frage wird wohl erlaubt sein, ob ähnliche Vergünstigungen in der Zukunft auch anderen wegen ähnlich schwerer Verbrechen Verurteilten zuteil werden sollen!

Neue deutschnationale Kampftruppe.

Die „bayerische Wehrgemeinschaft".

München, 10. Februar. (Eigenbericht.)

In München hatte sich unter dem Kommando des früheren Kavalleriegenerals v. Stetten der klerikal angehauchte Bund „Bayern und das Reich" und die Vaterländischen Verbände zu einer „Bayerischen Wehrgemeinschaft" zusammengeschlossen, die ihre Mitglieder in drei Kategorien einteilt. Die erste Kategorie besteht aus sogenannten Sondertrupps, die sich nach dem Wortlaut des Programms „zu besonders schwierigen Aufgaben eignen" müssen. In die zweite Kategorie kommen jene Leute, „die sich nur zur aktiven Verwendung eignen", und in die dritte jene, „die sich gesinnungsgemäß unser Ziel zu eigen machen". Die Mitglieder sämtlicher Kategorien, die gegen Haftpflicht und Unfall versichert sind, müssen körperlich leistungsfähig und vaterländisch gesinnt sein. Das zu erreichende Endziel der Sondertrupps gipfelt darin, daß diese für die Durchführung des außerparlamentarischen Kampfes besonders befähigt sein sollen. Infolgedessen besteht ihre Ausbildung im wesentlichen auch im Schießen.

Das Ganze ist nichts anderes als eine neu aufgezogene Wahlstoßtruppe unter deutschnationaler Führung.

Die Bundesgenossen der Reaktion.

Kommunistischer Hauptangriff — gegen die Sozialdemokratie

Moskau, 9. Februar. (Ost-Expreß.)

Der jetzt eröffneten Tagung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale widmet die Sowjetpresse längere Artikel, die sämtlich der Meinung Ausdruck geben, daß die Komintern gerade jetzt besonders wichtige Aufgaben zu lösen habe. Die „Prawda", das führende Organ der Kommunistischen Partei, weist darauf hin, daß in Westeuropa die Gegensätze zwischen dem Bürgertum und der Arbeiterklasse sich immer mehr verschärfen. „Die Kommunistische Internationale," schreibt das Blatt, „muß sich in ganzer Front zum Hauptangriff auf die internationale Sozialdemokratie aufstellen, denn diese bildet das Hauptbollwerk für die Eroberung der breiten Massen." Die „Prawda" geht dann auf die Lage in den kommunistischen Parteien in den einzelnen Ländern ein und meint, daß besonders in Deutschland die Bedingungen für einen Kampf gegen die Sozialdemokratie sehr günstig seien, weil die Linksschwenkung der Arbeiterklasse unverkennbar wäre. Allerdings müsse die Komintern zunächst energisch mit der trotzkistischen Opposition in den kommunistischen Parteien Westeuropas aufräumen. Diese habe nämlich dem Westen ihre besondere Aufmerksamkeit zugewandt. Auch die „Leningradskaja Prawda" will „Symptome einer Krise" in Deutschland beobachtet haben, die von der Komintern ausgenutzt werden müßte.

Bewersdorff. Herr Bewersdorff hat nicht eine Strafkammer, sondern die Leitung des Schwurgerichts Magdeburg erhalten. Also eine offene Provokation!

Wunder der Technik.

Der Fernsprechverkehr Deutschland—Amerika eröffnet.

Der drahtlose Fernsprechverkehr zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika wurde heute nachmittag durch drei offizielle Gespräche, nämlich des Reichskanzlers Dr. Marx mit dem stellvertretenden Staatssekretär Olds, ferner des amerikanischen Botschafters Dr. Schurman mit Herrn Olds und des Reichspostministers Dr. Schätzel mit dem deutschen Botschafter von Prittwitz und Gaffron eröffnet.

Die Ansprache des Reichskanzlers lautete: „Herr Unterstaatssekretär! Es ist mir eine besondere Freude, Sie auf diesem außergewöhnlichen Wege mündlich begrüßen zu können. Ein historischer Augenblick ist es, in dem die ersten Telephongespräche zwischen Berlin und Washington ausgetauscht werden, gerade als ob es Nachbarstädte auf dem gleichen Kontinent wären. Sie, Herr Staatssekretär, werden ebenso wie ich, das Gefühl haben,

daß der Atlantische Ozean immer mehr aufhört, ein Verkehrshindernis zu sein,

wenn es dank der Fortschritte der Radiotechnik möglich geworden ist, das gesprochene Wort von einem Lande zum anderen durch den Aether zu senden. Es ist mein aufrichtiger Wunsch, daß auch diese neue Verkehrseinrichtung dazu beitragen möchte, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten weiterzuvertiefen und den wechselseitigen Austausch von geistigen und materiellen Gütern zu fördern."

Unterstaatssekretär Olds erwiderte in englischer Sprache: „Mit aufrichtigem Vergnügen habe ich Ihre Worte der Begrüßung über dieses neue Verkehrsmittel zwischen unseren beiden Ländern vernommen, dessen Existenz, wie ich sicher bin, die herzlichen Beziehungen und das freundschaftliche Verständnis zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Volke fördern wird.

Die Ansprache des Reichspostministers an den Botschafter von Prittwitz lautete: „Herr Botschafter! Ich freue mich sehr, Ihnen, dem Vertreter des Deutschen Reiches in den Vereinigten Staaten, persönlich mitteilen zu können, daß heute der Fernsprechverkehr zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten auf dem Wege über die drahtlose Fernsprechverbindung England—Amerika aufgenommen worden ist. Ich hoffe, daß dieses neue Verkehrsmittel rege Benutzung finden und zur Vertiefung der Beziehungen zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Volke beitragen wird."

Auch der amerikanische Botschafter Schurman wechselte einige Worte mit Unterstaatssekretär Olds. Er erklärte, daß dies nach der im vorigen Jahr erfolgten Ueberfliegung des Ozeans durch Chamberlin und Levine das zweite Wunder sei, denn, wie er annehme, in nicht allzulanger Zeit weitere Wunder der Technik folgen würden."

Unterstaatssekretär Olds sprach sich nach Beendigung der Gespräche, mit denen die neue drahtlose Fernsprechverbindung Deutschland—Amerika eröffnet worden ist, sehr befriedigt über

die wundervoll klare Verständlichkeit

aus, die trotz der ungeheuren Entfernung erreicht worden ist. Der deutsche Botschafter von Prittwitz und Gaffron sagte in seinem Gespräch mit Reichspostminister Schätzel u. a.: Ich begrüße die drahtlose Telephonie zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten, vor allem auch im Interesse der beiderseitigen Presse. Je mehr Möglichkeiten für den Nachrichtenverkehr zwischen zwei Ländern geschaffen werden, desto enger werden sich ihre Beziehungen gestalten.

Die Prager Besprechungen.

Material für die Abrüstungskommission.

Genf, 10. Februar. (Eigenbericht.)

Die Referenten des Sicherheitsausschusses des Völkerbundes, die vom 26. Januar bis zum 1. Februar in Prag unter der Leitung von Benesch tagten, haben ihre Ansichten über die Sicherheitsfrage in drei Memoranden, versehen mit einer anscheinend von Benesch herrührenden Einleitung, niedergelegt. Die Denkschriften geben weniger neue Gedanken als eine zum großen Teil ausgezeichnete Zusammenfassung alles dessen, was zur Aufrechterhaltung des Friedens bisher seit der Gründung des Völkerbundes getan worden ist und was noch zu tun bleibt.

Der Weltfriede ist

eng mit der Demokratie

und dem Vertrauen zwischen den Völkern verbunden. Die demokratische Basis kommt in den Einleitungssätzen zum Ausdruck, wenn davon die Rede ist, daß der Völkerbund alle Mittel besitzen müßte, um ohne Zensur stets zu den Völkern direkt zu sprechen. Sowohl der Finne Holsti wie Politis und auch der dritte Referent, der Holländer Rutgers, fordern wiederholt Vertrauen zwischen den Staaten als notwendigen Unterbau jeglicher juristischen Ordnung des Weltfriedens. Die Referate, in einzelnen Punkten sehr weit auseinandergehend, stimmten darin überein, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Stabilisierung des Weltfriedens in einem

Ausbau der Sicherheits-, Schiedsgerichts- und Schlichtungsverträge

zu suchen ist.

Holsti lehnt sich an die norwegischen und schwedischen Gedanken an und fordert vom Völkerbund den Entwurf von Musterverträgen und die Schaffung eines allgemeinen Schiedsgerichtsvertrages. Wenn hierfür keine Zustimmung zu bekommen wäre, zum mindesten eines Schlichtungsvertrages, dem beizutreten alle Mitglieder des Völkerbundes aufgefordert werden sollen.

Politis entwirft ein scharfsinniges System der Einschaltung des Rates und der Kriegsverhütung und Sanktionsverpflichtungen des Völkerbundes in das auszubauende Vertragssystem. Er empfiehlt die Schaffung demilitarisierter Zonen und fordert regionale Verträge, deren Partner sich aber auch zu gegenseitiger Unterstützung beim Angriff durch eine dritte Macht verpflichten sollen. Interessanterweise wünscht auch Politis Rücksichtnahme auf den § 19 des Völkerbundspaktes, der die Revision unhaltbarer Friedensklauseln vorsieht. Er meint, daß nicht bei allen regionalen Sicherheitsverträgen der absolute territoriale Bestand der vertragschließenden Länder garantiert zu werden brauchte. Die Möglichkeit einer friedlichen Aenderung der Grenzen könne vorbehalten werden.

Rutgers-Holland, der sich mit dem Ausbau der Völkerbundsartikel 10, 11 und 16 beschäftigt, gibt ein ungeheures historisches und dokumentarisches Material. Er fordert die technische Kriegsverhinderung, die schon der sozialdemokratische Abgeordnete des belgischen Rates de Brouckère immer wieder betont hat. Ebenso wie der Finne stellt er die Kriegsverhütung weit über das Eingreifen in einen ausgebrochenen Krieg. „Die Aufgabe des Völkerbundes ist es, den Frieden aufrecht zu erhalten; um diese Aufgabe zu erfüllen, muß er vor allem dem Krieg zuvorkommen." Die Gedankengänge des deutschen Memorandums findet man wiederholt bei Politis und bei Rutgers wieder. Prinzipiell allerdings stellt sich Politis durchaus auf den Boden der französischen These, daß die Sicherheit der Abrüstung voranzugehen habe.

Pariser Besprechung über Deutschösterreich.

Paris, 10. Februar. (Eigenbericht.)

Außenminister Briand empfing am Freitag den französischen Gesandten in Wien, mit dem er eine längere Unterredung hatte. Es sollen dabei die Anschlußbestrebungen und die Bedingungen für eine neue österreichische Investitionsanleihe besprochen worden sein. (Ob auch die Tatsache, daß in der Hauptstadt des zur „Unabhängigkeit" gezwungenen Staates im letzten Jahr 6000 Menschen mehr gestorben sind als geboren wurden. (Red. d. V.)

Das Opfer Hatvany.

Es geht den Horthysten um sein Geld.

Einem Artikel von Rafael Huatka, der im Wiener „Morgen" begründet, warum er Ludwig Hatvanys Reuebekenntnisse vor dem Gericht des Schreckensrichters Töreky nicht verurteile, entnehmen wir:

Die Entrüstung, die wegen seiner „schlappen" Haltung laut wurde, entspringt größtenteils dem Gefühl unbefriedigter Sensationslust. Es liest sich hübscher, wenn „hinten, weit in der Türkei," der Angeklagte den Vorsitzenden anbrüllt: „Sie sind genau so ein Mörder wie diejenigen, über die ich geschrieben habe!" Es sagt sich nicht leicht in Budapest.

Besonders dann nicht, wenn man damit die Existenz von Menschen gefährdet, für die man verpflichtet ist, zu sorgen, und deretwegen man den Kopf freiwillig in die Schlinge gesteckt hat. Der Kampf geht in erster Linie um das Geld, um das Hatvanysche Vermögen.

Dieses Vermögen, das für zahlreiche Leute um Hatvany Sein oder Nichtsein bedeutet, hat ihn veranlaßt, mit einem politischen Hasardeur Verbindungen anzuknüpfen, die Gier, einen Teil dieses Vermögens in die eigenen Taschen fließen zu lassen, ließ einen ungarischen Richter gemeinsam mit einem ungarischen Landsknecht ein Komplott schmieden, das ihnen Hatvany in die Hände liefern sollte.

Daß dieses Trifolium selbst zu den betrogenen Betrügern gehört, hat Hatvany die Freiheit gekostet. Dieser Richter war der Meinung, die Artikel Hatvanys gehörten, als Vergehen beurteilt, zu den von ihm zu behandelnden Prozessen. Es werde ihm ein Leichtes sein, meinte er, Hatvany durch eine Verhaftung zu erschrecken, durch Mittelspersonen die Sache gegen ein hübsches Sümmchen „richten" zu lassen, die Verjährung auszusprechen und den erpreßten Betrag dann mit den Haftern zu teilen.

Ein Fanatiker, Femerichter des Blutnerbandes vom Doppelkreuz, wollte nicht, daß an der „geheiligten Sache des Vaterlandes" Privatpersonen verdienen sollten, seiner Ansicht nach hatten Hatvanys Artikel der Irredenta geschadet. Eine Gesetzesbestimmung ließ einen Teil des zu konfiszierenden Vermögens dem stets bedürftigen Säckel der Irredenta zufließen — und eines Morgens erwachte der erste Richter darüber, daß ihm ein Kollege den lukrativen Fall weggeschnappt hatte.

Die Differenz, ob ein Richter privat eine Milliarde oder eine Institution der Irredenta mehrere Milliarden bekommen sollten, mußte Hatvany mit sieben Jahren Zuchthaus ausgleichen.

Chamberlain gegen Cavell-Film.

Offiziöses Einwirken auf die Zensurbehörde.

London, 10. Februar.

Reuter erfährt, daß, während keine amtlichen Maßnahmen zur Zensurierung des Nurse-Cavell-Films ergriffen wurden, da das Auswärtige Amt keine Befugnis hat, aus rein politischen oder anderen Gründen Filme zu zensieren, dessenungeachtet Austen Chamberlain von der Angelegenheit so lebhaft berührt gewesen sei, daß er bereits vor einiger Zeit sich mit dem Leiter der Körperschaft der Filmzensoren, Arbeiterabgeordneten O'Connor, inoffiziell und als Privatmann in Verbindung gesetzt und sich in entsprechendem Sinne geäußert habe. Wie verlautet, ist der Staatssekretär des Auswärtigen der Ansicht, daß der Film mehr noch aus Gründen des guten Geschmacks als von irgendeinem politischen Gesichtspunkt aus zur Kritik Anlaß biete.

Bazilles Ton. Der württembergische Staatspräsident Bazille hat führende Mitglieder der demokratischen Landtagsfraktion, darunter seinen Amtsvorgänger Dr. v. Hieber, persönlich verunglimpft. Die demokratische Fraktion ließ deshalb im Landtag erklären, daß sie aus diesem Verhalten die persönlichen Konsequenzen, auch außerhalb des Parlaments, ziehen werde.

Landtag gegen Kleinbauern.

Die Aufhebung der Futtermittelzölle abgelehnt. – Fortsetzung der Wohlfahrtsdebatte.

Im preußischen Landtag wurde gestern nach dem bereits in unserem Blatt erwähnten Zwischenfall, der mit der Ausweisung des völkischen Abg. Haake endete, die Aussprache über den Wohlfahrtsetat fortgesetzt. Zwischendurch erfolgten die Abstimmungen zum Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung.

Ein Antrag auf Aufhebung der Futtermittelzölle wird mit sieben Stimmen Mehrheit gegen die gesamte Linke und einen Teil des Zentrums abgelehnt. Die Forderung, das Einfuhrscheinsystem auf Schweine auszudehnen, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Der grundsätzliche sozialdemokratische Antrag, allen Großgrundbesitz über 750 Hektar zu enteignen, wird gegen Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Hingegen wird ein sozialdemokratischer Antrag auf Beseitigung der schwarzen Listen mit den Stimmen der Regierungsparteien und der Kommunisten angenommen.

Ein Antrag, das Bewilligungsverfahren für die Einwanderung ausländischer Landarbeiter zu vereinfachen, also die Mehreinwanderung zu erleichtern, wird gegen die Stimmen der Rechten abgelehnt.

Endlich werden eine Reihe Resolutionen auf Förderung der Geflügelzucht, des Gemüsebaues und der notleidenden Fischer angenommen.

Zum Wohlfahrtsetat trat Genossin Hanna für die Vermehrung der Zahl der Landesgewerbeärzte ein, deren Gesamtsumme gegenwärtig fünf für ganz Preußen beträgt. Da an keiner preußischen Universität ein Lehrstuhl für Gewerbehygiene besteht, hat man den letzten Gewerbehygieniker, Professor Teleky, aus Wien holen müssen. Die Redner und Rednerinnen der bürgerlichen Parteien machten nur einige verlegene Redensarten zwischen Möchtegern und Darsdochnicht, mit denen Genossin Ege in einer kräftigen Polemik abrechnete. Als Genossin Ege die Bereitstellung größerer Mittel für Kinderspeisungen forderte, fanden die Kommunisten es passend, dazwischen zu rufen, man dürfe als Sozialdemokrat nicht bitten und betteln. Ein sozialdemokratischer Zwischenruf antwortete darauf, daß wir für hungrige Kinder bitten, während die Kommunisten um Amnestie betteln. Der sozialdemokratische Antrag, daß die schwangeren Versicherten sechs Wochen vor der Niederkunft die Arbeit bei Fortzahlung des vollen Lohnes einstellen können, würde einen Mehraufwand der Krankenkassen von jährlich rund 12 Millionen bei einer Gesamtausgabe von 1½ Milliarden jährlich erfordern. Das bedeute eine Mehrbelastung mit 1,2 Pfennig pro Kopf der Versicherten in der Woche, aber einen großen, sozialen Fortschritt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Zuschuß für das Oskar-Helene-Heim ist nicht zu hoch, denn es ist die einzige Anstalt für Forschungen in der Krüppelfürsorge. Ueber die Ausbildung der Krankenpflegerinnen und ihre Behandlung durch die Schwestern sind uns wiederum viele Klagen zugegangen. In zahlreichen Anstalten wird noch immer ein unzulässiger Koalitionszwang ausgeübt, der sich gegen den Gemeindearbeiterverband richtet. Das Wohlfahrtsministerium sollte endlich eingreifen, damit unser Vertrauen zu seinen Absichten nicht erschüttert wird. (Bravo! bei den Soz.)

Nach einigen weiteren Rednern wird die Weiterberatung auf Sonnabend, 10 Uhr, vertagt.

Lex Hugenberg.

Wie ein Staatsanwalt und M. d. R. Herrn Hugenberg gefällig sein wollte.

Im Strafrechtsausschuß des Reichstags kam es gestern zu einer erheiternden, aber aufschlußreichen Episode. Der § 198 des neuen Strafgesetzbuches handelt von der Bandenbildung. Mit Gefängnis wird bestraft, wer sich mit einem anderen zu fortgesetzter Begehung von Verbrechen oder von Vergehen des Diebstahls, des Betruges, der Erpressung oder des unberechtigten Jagens oder Fischens verbindet. Genosse Landsberg beantragte, das unberechtigte Jagen und Fischen zu streichen, da es sich um harmlose Delikte handele, dagegen neu aufzunehmen, wenn sich mehrere zur fortgesetzten Begehung von Zweikämpfen verbänden. Die bürgerlichen Parteien wollten von dieser Erweiterung nichts wissen, dafür entspann sich eine Debatte um das unberechtigte Jagen und Fischen.

Genosse Rosenfeld sprach die Befürchtung aus, daß harmlose Sonntagsausflügler, die sich dazu verbänden, regelmäßig gemeinsam zu angeln, leicht als Bande angeklagt werden könnten. Aber auch das machte auf die bürgerlichen Parteien keinen Eindruck, ein Zentrumsabgeordneter bestand darauf, daß man eine Bestimmung gegen die Leute brauche, die bandenmäßig Teiche abfischen.

Nun zeigte Genosse Dittmann an einem Beispiel, wozu eine solche Strafbestimmung führen könne. Er wies darauf hin, daß gegen den deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Hugenberg kürzlich die Immunität aufgehoben werden sollte, weil er zusammen mit seiner Tochter und einigen Angestellten unberechtigt und mit unerlaubten Mitteln gefischt habe. Auch er würde also als Mitglied einer „Bande" bestraft werden können.

Das Beispiel schlug ein, der Zentrumsabgeordnete Bell erklärte sich nun bereit, die Strafbestimmung des § 198 auf die Fälle des gewerbsmäßigen Jagens und Fischens zu beschränken. Ein Einverständnis des Ausschusses schien herbeigeführt, da erhob sich plötzlich zum allgemeinen Erstaunen der deutschnationale Abgeordnete Dr. Schäffer und widersprach der Herausnahme des nichtgewerbsmäßigen Jagens; er wollte nur beim Fischen Strafbarkeit erst bei Gewerbsmäßigkeit vorsehen, worauf ihm Genosse Rosenfeld zurief: Sie wollen also nur eine Lex Hugenberg!

Herr Schäffer ist jener deutschnationale Staatsanwalt, der sich bei der Untersuchung der Fememorde in Bayern so kräftig für die Taten der Einwohnerwehrleute eingesetzt hat.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag auf Hereinnahme des Zweikampfes abgelehnt. Auch die Lex Hugenberg wurde abgelehnt. Angenommen wurde die Beschränkung der Strafbarkeit auf das Zusammentun zu gewerbsmäßigem Fischen und Jagen.

•

Der Strafgesetzausschuß beriet außerdem die Bestimmung des § 195 des Gesetzentwurfes über den Parteiverrat, der dann vorliegen soll, wenn ein Rechtsanwalt oder Rechtsbeistand, der geschäftsmäßig fremde Rechtsangelegenheiten besorgt, eine ihm anvertraute Rechtssache wissentlich zum Nachteil seines Auftraggebers führt oder pflichtwidrig in derselben Rechtssache verschiedenen Parteien dient. Von den Vertretern mehrerer Parteien wurde angeregt, diese Bestimmung so abzuändern, daß Bestrafung nur eintreten kann, wenn absichtlich zum Nachteil des Auftraggebers gehandelt worden ist.

Attraktionen.

Marx: „Mein Film zieht nicht . . ."

Genosse Rosenfeld wies darauf hin, daß man bei der Beratung dieser zum Schutze des rechtsuchenden Publikums vorgesehenen Strafbestimmung vor allem an die Bevölkerung denken müsse. Keinesfalls dürften auch die Rechtsauskunftsstellen der Gewerkschaften, Arbeitersekretariate und gemeinnützige Beratungsstellen unter § 195 fallen. Ministerialrat Schäfer erwiderte, daß allerdings auch gegenüber diesen Stellen der Tatbestand des Parteiverrats in Frage kommen könne. Genosse Landsberg wünschte dies zu verhüten. Vertreter solcher Stellen dürften nur strafbar sein, wenn sie um ihres Vorteiles willen handeln. Der Ausschuß beschloß, auf Grund der sozialdemokratischen Einwendungen diese Frage in einem Unterausschuß nachzuprüfen. Im übrigen wurde § 195 dahin abgeändert, daß nur bei Pflichtwidrigkeit Strafbarkeit eintreten solle.

Schweizer Mussolinidiener.

Zwei Militärflüchtige ausgeliefert.

Bern, 10. Februar.

Organe des Kantons Tessin haben zwei italienische Soldaten, die von den Manövern an der schweizerisch-italienischen Grenze desertierten, wieder über die Grenze nach Italien abgeschoben. Die Presse des Kantons Tessin protestiert heftig. An amtlicher Schweizer Stelle, an die allerdings bisher eine offizielle Mitteilung über diesen Vorfall nicht ergangen ist, wird folgende Auffassung vertreten: Wenn die Soldaten brevi manu (kurzerhand) an den Heimatsstaat ausgeliefert wurden, so liegt hier auf jeden Fall eine Ungehörigkeit vor. Denn einmal stellt die Desertion kein Auslieferungsdelikt dar, und außerdem müßte, selbst wenn solches in Frage käme, das vorgeschriebene Auslieferungsverfahren eingehalten werden. Vor allem müßte ein Auslieferungsgesuch vorliegen. Während des Krieges hat das eidgenössische Militärdepartement das Ersuchen eines Nachbarstaates abgelehnt, nach Möglichkeit jeweils die Waffen und Ausrüstungsgegenstände der Desertierten dem betreffenden Staate zurückzusenden. Das geschah in der Hauptsache wohl, weil man vermeiden wollte, daß die Identität der Flüchtlinge festgestellt werden könnte. Noch viel weniger aber wurden die Flüchtlinge selbst ausgeliefert, und es sollte dies nach Auffassung der schweizerischen Behörden und nach der bisherigen Handhabung in der Schweiz auch heute nicht geschehen.

Wir bauen aus!

Vom 15. Februar ab erscheint die Abendausgabe des „Vorwärts" in beträchtlich vergrößertem Umfange unter dem Titel

Der Abend

Spätausgabe des Vorwärts

„Der Abend" wird die Leser in vorzüglicher textlicher und bildlicher Weise über die neuesten Ereignisse des Tages unterrichten.

„Der Abend" wird spannende Erzählungen und abwechselungsreichen Lesestoff bringen.

„Der Abend" wird besondere Ereignisse in packenden Schilderungen, von ersten Federn geschrieben, ausführlich behandeln.

„Der Abend" wird täglich über die Ereignisse im sportlichen und turnerischen Leben berichten.

„Der Abend" wird alles geben, was der schaffende Mann, was die Frau im Haushalt in einer Tageszeitung sucht.

„Der Abend" ist vom 15. Februar ab bei allen Zeitungshändlern, in den Zeitungskiosken, auf den Bahnhöfen, in den Stationen der Hoch- und Untergrundbahnen zum Preise von 10 Pfennig zu haben.

Für die Abonnenten des „Vorwärts" in Groß-Berlin tritt an die Stelle des bisherigen Abendblattes der viel umfangreichere und gut ausgestattete „Abend".

Die Postabonnenten erhalten den Abend aus posttechnischen Gründen mit dem bisherigen Kopf des „Vorwärts".

Wir bauen aus!

Nun liegt es an unseren Freunden und Gesinnungsgenossen, der stärksten Partei, der Sozialdemokratie, die größte Tageszeitung zu schaffen.

In jeden Haushalt des werktätigen Volkes den „Vorwärts".

. . . . und am Abend: „Der Abend"!

Tennisspiel statt Heilverfahren.

Aus der Praxis der Angestelltenversicherung.

Nach dem letzten Geschäftsbericht des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte sind über 20 000 Anträge von Versicherten auf Gewährung eines Heilverfahrens abgelehnt worden. Die Versicherten haben nach den gesetzlichen Vorschriften keinen Rechtsanspruch auf diese Leistung, es fehlen sogar die bescheidensten rechtlichen Sicherungen für eine Nachprüfung der getroffenen Entscheidungen, so daß der Willkür der Bureaukratie Tür und Tor geöffnet ist.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte deshalb bereits bei den Reichstagsverhandlungen im Juli 1925 rechtliche Sicherungen für die Gewährung von Heilverfahren gefordert, der Bürgerblock hat damals auch diese Forderung abgelehnt. Inzwischen ist sie wieder neben anderen Forderungen zum Ausbau der Angestelltenversicherung eingebracht worden. Wie begründet diese Forderung ist, zeigt die Behandlung einer Berliner Angestellten, die der Angestelltenversicherung seit dem Bestehen angehört.

Auf dringendes Anraten des behandelnden Arztes wurde der Antrag auf Gewährung eines Heilverfahrens gestellt. Der Vertrauensarzt der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte war anderer Meinung wie der behandelnde Arzt. Das ist sein gutes Recht. Er kennzeichnet jedoch seine Untersuchungsmethode, wie seine hervorragende Eignung zum Vertrauensarzt, daß er der Angestellten allen Ernstes empfahl, durch Tennisspiel den Gesundheitszustand zu verbessern. Das wird einer hilfesuchenden Angestellten empfohlen, die seit 15 Jahren in angestrengtester Tätigkeit ihren Lebensunterhalt selbst erwirbt! Die Reichsversicherungsanstalt hatte damit den willkommenen Vorwand, den Antrag auf Gewährung eines Heilverfahrens abzulehnen. Auch ein zweiter Antrag verfiel der Ablehnung.

Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte weigert sich aber auch, die für die Ablehnung maßgebenden Gründe bekanntzugeben, so daß keine Nachprüfung möglich ist, ob diese Gründe auch durchschlagend sind. Eine solche Praxis ist ganz unhaltbar. Den Versicherten muß mindestens die Möglichkeit gegeben werden, in einem geordneten Verfahren gegen die Willkür der Entscheidungen der Bureaukratie Einspruch zu erheben. Es muß auch die Möglichkeit geschaffen werden, wenn die Auffassungen des behandelnden Arztes und des Vertrauensarztes der Angestelltenversicherung sich widersprechen, den Fall durch einen unparteiischen Arzt nachprüfen zu lassen. Das ist insbesondere bei Vertrauensärzten nötig, die statt eines Heilverfahrens den Angestellten das Tennisspiel empfehlen! Bei der Auswahl solcher Vertrauensärzte werden die Gründe für Ablehnung von Heilverfahrensanträgen billig wie Brombeeren sein.

Matteotti-Hof.

Ein Wiener Volkswohnungsbau.

Der Wiener Gemeinderatsausschuß für Wohnungswesen hat beschlossen, den städtischen Wohnungsbau in der Siebenbrunnenfeldgasse Matteotti-Hof zu benennen. Die Wohnhausanlage wird eine Erläuterungstafel mit folgender Inschrift tragen: Zur Erinnerung an den italienischen Abgeordneten und Sekretär der sozialistischen Partei Italiens, Giacomo Matteotti, der am 10. Juni 1924 als Opfer seiner Gesinnungstreue fiel.

Die Strafrechtsreform in Oesterreich. Der zur Beratung der Strafgesetzreform eingesetzte Sonderausschuß des österreichischen Nationalrates hat die erste Lesung des allgemeinen Teiles beendet. Die beschlossene Fassung ist im Verlage der österreichischen Staatsdruckerei erschienen. Sie berücksichtigt die Ergebnisse der beiden Konferenzen, die zwischen den Vertretern der Strafrechtsausschüsse des Deutschen Reichstages und des österreichischen Nationalrates im November 1927 in Wien und im Januar 1928 in Berlin stattgefunden haben. Der Preis beträgt 30 Groschen gleich 18 Pf.

Ljuba Jovanowitsch, einer der bedeutendsten südslawischen Gelehrten und Politiker, auch ehemaliger Minister, ist in Belgrad gestorben.

Der französische kommunistische Abg. Marty, derzeit in Strafhaft, erhielt wegen einiger Zeitungsartikel, die angeblich Aufreizung zur Matrosenmeuterei darstellen, weitere zwei Jahre Gefängnis und eine hohe Geldstrafe zudiktiert.

Der Revaler Kommunistenprozeß endete für die sieben Angeklagten mit vier bis sechs Jahren Zwangsarbeit.

Hinrichtungen in Mexiko. Am Sonntag hatten zweihundert Aufständische Salamanca angegriffen, waren aber mit einem Verlust von 22 Toten zurückgeschlagen worden. Dann erhielten die Regierungstruppen Verstärkungen und nahmen die Verfolgung der Angreifer auf. Es wurden nunmehr 30 dieser Aufständischen von den Regierungstruppen gefangen genommen und hingerichtet.

Verbrecherische Werkspolitik.

Das Zuchthaus der Norddeutschen Wollkämmerei Delmenhorst.

Geradezu unglaubliche Verhältnisse müssen nach uns zugehenden Berichten in der Norddeutschen Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei (NWK.) in Delmenhorst herrschen. Das Werk verfolgt seine eigene Lohnpolitik, hat ein tolles Antreibesystem eingeführt und leidet deshalb ständig an Arbeitermangel. Die Einheimischen gehen diesem Betrieb wegen seiner Hungerlöhne aus dem Wege! Deshalb hat die Firma zwei Werber, Masenek und Wöhler, nach Ostdeutschland geschickt, um unter den schönsten Versprechungen, die freilich nachher nicht gehalten werden, willige und billige Arbeitskräfte anzulocken.

Den jungen Menschen hat man für die ersten sechs Wochen Kost und Logis frei, für die folgenden zwei Wochen Kost und Logis zur Hälfte des Preises zugesagt. An Lohn sollten beispielsweise die Fünfzehn- bis Sechzehnjährigen 35 bis 36 Pf. erhalten, um nach zwei Monaten im Akkord noch bessere Verdienste erzielen zu können. Auch die Bahnfahrt sollte durch die Firma nach halbjähriger Tätigkeit vergütet werden. Es ist klar, daß zahlreiche junge Leute die Arbeit in der Heimat aufgaben und in größeren Transporten nach Delmenhorst fuhren.

Als Quartiere dienen alte, bisher nicht bewohnte Werkswohnungen an einem Privatweg der Firma, die mit drei Meter hohen Bretterzäunen und Stacheldraht umgeben sind. Mit Revolvern bewaffnete Werkspolizisten passen auf, daß kein Fremder diese Gefängnisse betritt. Vier bis sechs Jungen oder Mädchen kampieren in einem dürftig eingerichteten Zimmer. Die Kost, die mit 75 Pf. pro Portion bezahlt werden muß, besteht aus Morgenkaffee ohne Brot und zum Mittagessen Erbsen oder Sauerkraut mit äußerst wenig Fleisch. Anfangs soll das Essen sogar ganz ungenießbar gewesen sein. Brotaufstrich sollten sich die jungen Menschen von ihrem Lohn kaufen.

Aber was erhielten sie ausgezahlt? Entweder nach allen möglichen Abzügen gar nichts oder Summen von sage und schreibe **70 Pf. bis 2,30 M. pro Woche.** Angekündigte Vorschüsse für die erste Woche erhielten sie nicht, so daß arme Heimarbeiterinnen ihnen mit etwas Brot aushalfen. Wir lassen einen Lohnzettel folgen:

32 Stunden a 37 Pf.	11,84 M.	
Vergütungen, Prämien usw. . .	0,96 „	
Gesamtverdienst		12,80 M.
Invalidenversicherung	0,45 M.	
Krankenkasse	0,68 „	
Arbeitslosenversicherung . . .	0,28 „	
Reisegeld	2,80 „	
Vorschuß	3,— „	
Logis im Burschenheim . . .	4,50 „	
Aerztliche Untersuchung . . .	1,— „	
Abzüge		12,80 M.
Nettolohn		00,00 M.

Der Mann hatte nicht einmal 8 Pf. in der Tasche, um seinen Eltern eine Postkarte zu schreiben, die ihm die Flucht aus dieser Hölle ermöglichte. Im Bureau des Textilarbeiterverbandes wurde er mit zwei verhungerten Kollegen untergebracht, bis alle drei in die Heimat zurückkehrten.

Die Mädchen werden buchstäblich wie Gefangene behandelt: nach 19 Uhr darf das Quartier nur mit besonderem, auf Antrag ausgestelltem Ausweis verlassen werden. Als Anlaß zu dieser Maßnahme wird vorgeschützt, daß vor etwa einem Jahre, durch die Not getrieben, einige Mädchen sich auf der Straße angeboten hätten.

Jeder für die Arbeiterschaft gefällte Schiedsspruch wird grundsätzlich durch die Leitung der NWK., die in den Händen eines Dr. Horst liegt, sabotiert. Die Wohlfahrtskasse von Delmenhorst mußte schon öfters von vollbeschäftigten Arbeitern der NWK. beansprucht werden, um ihre Familie vor dem Aeußersten zu schützen. Dafür baut die NWK. in Bremen einen Verwaltungspalast für 10 Millionen Mark. Für die sogenannte vaterländische Bewegung steht jede Summe zur Verfügung.

Die freien Gewerkschaften sind selbstverständlich den Herren bis in den Grund der Seele verhaßt. Wie lange aber sollen diese skandalösen Zustände noch anhalten?

Verfehlte Spekulation.

Im Kampf in Mitteldeutschland.

Die mit der mitteldeutschen Metallindustrie in enger Verbindung stehende „Magdeburgische Zeitung“ brachte die Meldung, daß in den ersten Tagen der kommenden Woche ein verbindlicher Schiedsspruch gefällt werde. Diese falsche Ankündigung über eine gewaltsame Beendigung des Kampfes durch eine Verbindlichkeitserklärung berührt etwas eigenartig. Sie gibt unwillkürlich Anlaß zu der Vermutung, daß mindestens einem Teil der mitteldeutschen Metallindustriellen ein neuer, schnell für verbindlich erklärter Schiedsspruch gar nicht unwillkommen wäre.

Jedenfalls paßt die Ankündigung der „Magdeburgischen Zeitung“ nur schlecht zu der Drohung mit der Generalaussperrung. Ob die Metallindustriellen die angedrohte Generalaussperrung über ganz Deutschland wahrmachen werden, ist im Augenblick noch zweifelhaft. Daß die Kleinen bei dieser Generalaussperrung die Leidtragenden sein werden, liegt klar auf der Hand. Die rheinisch-westfälische Großindustrie weiß, was sie will, wenn sie den Kleinen Unterstützungen anbietet. Sie verlängert damit den Stillstand der Betriebe, verhindert die Erledigung der Aufträge und zwingt die mitteldeutsche Metallindustrie, einen Teil der gewinnbringenden Geschäftszeit ungenützt verstreichen zu lassen.

Am Ende der Generalaussperrung wird den Kleinen der Atem ausgegangen sein. Sie sind dann in die Abhängigkeit von den ganz Großen hineingeraten. Die Unterstützung der Großen ist ein Danaergeschenk für die Kleinen. Was von der Hilfe der Großindustrie zu halten ist, haben ja erst vor kurzem die eisenverarbeitenden Fabriken erfahren müssen: erst hat man ihnen Hilfe aus der großen Kampfkasse in Aussicht gestellt, statt dessen wurden sie jedoch mit einer Erhöhung der Eisenpreise von 2 bis 8 Proz. beglückt. Aber das sind schließlich Dinge, die die Metallindustriellen unter sich abzumachen haben. Für die Metallarbeiter gilt jetzt beim Beginn der zweiten Phase des Kampfes genau das gleiche wie vor 14 Tagen: sie lassen sich durch Drohungen nicht schrecken.

Am Dienstag und Mittwoch nächster Woche nimmt der erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Stuttgart zu der neuen Situation Stellung.

Der Kampf geht weiter, bis die Unternehmer zu einer Einigung bereit sind. Die Streikenden haben Zeit, ihre Stimmung ist gut.

Ein neuer Spezialberuf.

Der Autoreparaturschlosser.

Der sich von Monat zu Monat steigernde Automobilverkehr hat einen völlig neuen Berufszweig entstehen lassen: den der Autoreparaturschlosser. Früher traf man in den einzelnen Stadtteilen nur ganz selten eine Autoreparaturwerkstatt an, in der ein Meister und ein oder zwei Schlosser arbeiteten, die oftmals tagelang auf ein defekt gewordenes Auto warteten.

Heute findet man bereits in allen Stadtteilen eine Unmenge solcher Reparaturwerkstätten, von denen viele keine Zwergbetriebe mehr sind, sondern 30 bis 40 und noch mehr Arbeiter beschäftigen. Hierzu kommen noch die vielen Tankstellen, denen oft auch eine Reparaturwerkstatt angegliedert ist. Es ist besonders den Chauffeuren bekannt, daß Reparaturen an Autos, und wenn es die kleinsten sind, nicht billig sind.

Die Werkstattinhaber vertreten größtenteils die Auffassung, daß derjenige, der sich ein Auto von mehreren tausend Mark leisten kann, auch eine Reparatur anständig bezahlen kann. Etwas anderes aber ist die Entlohnung ihrer Arbeiter. Sie sind lediglich darauf bedacht, für sich Geld zu machen, zeigen ihren Arbeitern aber zugeknöpfte Taschen.

Ein Autoreparaturschlosser hat zurzeit einen tariflichen Stundenlohn von 1,06 Mk. Abgesehen davon, daß ein solcher Lohn nicht ausreicht, um eine menschenwürdige Existenz zu führen, ist er für diese hochqualifizierte Arbeit geradezu erbärmlich. Der Autoreparaturschlosser muß umfangreiche technische Kenntnisse haben und darf nicht einseitig sein. Im Hinblick auf die spottschlechte Bezahlung haben die Funktionäre der in den Betrieben der Interessengemeinschaft Groß-Berliner Autoreparaturwerkstätten Beschäftigten in ihrer Versammlung am Donnerstag beschlossen, das Lohnabkommen zum 28. Februar zu kündigen.

Der Metallarbeiterverband wurde beauftragt, eine Erhöhung des Spitzenlohnes auf 1,25 Mk. zu fordern und diese Forderung auch mit allem Nachdruck zu vertreten. Es wird kein Unternehmer behaupten können, daß diese Forderung zu hoch sei. Die Unternehmer werden allerdings bei den Verhandlungen um Ausreden nicht verlegen sein und klagen, wie schlecht es ihnen gehe.

Schiedsspruch in der Handelsgärtnerei.

Vor einem Jahre wurde dem Reichsverband des Deutschen Gartenbaues der Antrag auf Abschluß eines Mantel- und Lohntarifvertrages übermittelt. Alle möglichen Register der Verschleppungstaktik wurden von den Unternehmern gezogen, um dem Abschluß eines Tarifvertrages auszuweichen. Vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin, der nun angerufen wurde, machten die Arbeitgeber die „Tarifunfähigkeit“ ihres Verbandes geltend. Trotz der durchsichtigen Absicht der gewollten Tarifunfähigkeit nahm der Schlichtungsausschußvorsitzende, Gewerberat Körner, diese Ausrede für voll.

Zwei Schlichtungsverfahren, die nun gegen die einzelnen Firmen angestrengt wurden, endigten, mit Unterstützung der jeweiligen Vorsitzenden, negativ. In der letzten Verhandlung stellte sich der Schlichtungsausschuß auf den Standpunkt, daß es zweckmäßig sei, wenn der Schlichter das Verfahren an sich zieht, da er bezügl. der Tarifunfähigkeit einen anderen Standpunkt vertrete.

Auf Antrag beim Schlichter für Groß-Berlin wurde in dem Verhandlungstermin vom 22. November 1927 ein Schiedsspruch gefällt, der unter dem 31. Januar d. J. vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt wurde. Diese Entscheidung kommt den Unternehmern außerordentlich gelegen, da so in letzter Stunde unvermeidliche Konflikte abgewendet worden sind. Hinzu kommt, daß damit auch der Schmutzkonkurrenz das Handwerk gelegt ist. Den Arbeitern in der Handelsgärtnerei sind durch diese Bewegung die Augen geöffnet worden über das „soziale Empfinden“ der Berliner Gartenbauern.

Am Mittwoch, dem 15. Februar, abends 8 Uhr, werden die Gärtner in Haverlands Festsälen, Berlin, Neue Friedrichstraße 35, zu dieser Bewegung Stellung nehmen.

Die Vorkämpfer des ZdA.

Die Sieger der Gewerkschaftsidee.

Am Donnerstag abend hatte die Berliner Ortsgruppe des Zentralverbandes der Angestellten die Mitglieder, die seit 25 Jahren und darüber dem ZdA. oder einem seiner Vorgänger angehören, zu einer intimen Feier geladen, um den Jubilaren Ehrendiplome und silberne Verbandsnadeln zu überreichen.

Nach einer Begrüßungsansprache von Gottfurcht schilderte Urban, heute Verbandsvorsitzender und seinerzeit der erste Angestellte der Berliner Ortsgruppe, interessante Episoden aus den Anfängen der Handlungsgehilfenbewegung in Berlin. Sehr drastisch wirkte die Gegenüberstellung der mehr als bescheidenen Verhältnisse dieser Anfänge mit der machtvollen Organisation von heute.

Schließlich sprach der Senior der Jubilare, Paul Hinze, der Ortsverwaltung den Dank der Gefeierten aus und knüpfte daran persönliche Erinnerungen aus den ersten Anfängen der Angestelltenbewegung, die zurückgehen auf das Jahr 1882, wo Genosse Hinze bereits in den ersten Reihen kämpfte.

302 Jubilare kann die Berliner Ortsgruppe des ZdA. heute mustern, Vorkämpfer aus einer Zeit, wo der Weg mühsam frei gemacht wurde für die mächtige Bewegung von heute, ja, überhaupt für die Gewerkschaftsidee unter den Angestellten. Es war ein harter Kampf, in dem die Jubilare die Sieger blieben.

Lohnerhöhung für das technische Bühnenpersonal.

Der Verkehrsbund hatte das im November vorigen Jahres für das technische Bühnenpersonal der Groß-Berliner Theater abgeschlossene Lohnabkommen zum 31. Januar gekündigt und eine Erhöhung der Löhne um 7 Proz. gefordert. Da es sich hier um Unternehmer handelt, die im Gegensatz zu den meisten Unternehmern noch ein soziales Verständnis für ihre Arbeiter haben, konnte in den direkten Verhandlungen eine annehmbare Lohnerhöhung erreicht werden. Es wurde vereinbart, daß die Löhne rückwirkend ab 1. Februar bis zum 31. August um 5 Proz. erhöht werden sollen. Dieser Erfolg ist um so höher zu bewerten, als durch den Tarifabschluß die Löhne bis zum Beginn der neuen Spielzeit festgelegt worden sind.

Die „Opposition“ bei den Kaffeekellnern.

Mit der Balkenüberschrift: „Gastwirtsangestellte, räumt auf!“ brachte die „Rote Fahne“ einen Artikel, worin dem Kollegen Saar vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten Wahlschiebungen zum Vorwurf gemacht wurden. Weil die Generalversammlung des Verbandes die aufgestellte Kandidatenliste der Delegierten zur Generalversammlung und der Branchenleitung der Cafékellner als Vertretung der Cafékellner für die letzte Generalversammlung anerkannte.

Diese Kandidatenliste enthielt eine ganze Reihe sogenannter Vertreter der „Opposition“. Bei der Branchenversammlung der Cafékellner am Mittwoch brach die sogenannte Opposition vollkommen zusammen; sie erhielt nicht ein einziges Mandat. Die Mehrheit hat der „Opposition“ und der „Roten Fahne“ die richtige Antwort gegeben. Saar wurde in der Generalversammlung mit 92 gegen 31 Stimmen als Bevollmächtigter gewählt. Die tatsächliche Mehrheit für Saar ist also nach den nunmehrigen Wahlen der Cafékellner noch erheblich größer. Die „Rote Fahne“ hat sich wieder einmal umsonst bemüht.

Der Chauffeur und sein Vorgesetzter.

Im Reichsministerium des Innern.

Ein Chauffeur, der den Aktenwagen des Innenministeriums zu fahren hatte, kam am 24. Dezember v. J. nach Schluß seiner Arbeitszeit von der Tour zurück. Infolge des damals herrschenden Matschwetters war der Wagen stark beschmutzt. Aber der Tagesdienst war ja beendet. Der Chauffeur wußte auch aus Erfahrung, daß ihm Ueberstunden nicht bezahlt werden. Zudem war es ja Weihnachtsheiligabend, wo jeder, sobald ihn die Arbeit freigibt, seinem Heim zustrebt. Der Chauffeur brachte also den Wagen ungereinigt in die Garage, in der Absicht, ihn am nächsten Arbeitstag zu säubern. Als der Chauffeur am dritten Weihnachtstag im Begriff war, seinen Dienst anzutreten, kam ihm der Hausinspektor H. entgegen und machte ihm heftige Vorwürfe, weil der Wagen nicht gereinigt war. Der Chauffeur, in der Meinung, nicht der Hausinspektor, sondern der Botenmeister, der ihm jeden Tag die auszuführenden Aufträge erteilte, sei sein Vorgesetzter, antwortete dem Hausinspektor, der Wagen gehe ihn nichts an, er habe ihm gar nichts zu sagen.

Dadurch fühlte sich der Hausinspektor in seiner Beamtenwürde gekränkt. Jetzt handelt es sich für ihn nicht mehr um den ungereinigten Wagen, sondern um die Hervorkehrung seiner Vorgesetztenstellung. „Das wollen wir doch sehen, ich habe Ihnen nichts zu sagen? Kommen Sie mit!“

Nun ging es zum Regierungsinspektor Sch., dem der Hausinspektor den Fall vortrug. Der Regierungsinspektor fühlte sich nicht kompetent, eine Entscheidung zu treffen. Der Instanzenweg ging also weiter zum Bureaudirektor, Geh. Rechnungsrat L. Zwischen den drei Beamten auf der einen und dem Chauffeur auf der anderen Seite entspann sich nun eine Auseinandersetzung, die nicht in den Formen einer akademischen Diskussion geführt wurde.

Der Chauffeur erklärte: es gefalle ihm hier nicht mehr, er höre auf. Doch der Bureaudirektor verlangte Innehaltung der Kündigungsfrist. „Gut“ — sagte der Chauffeur —, „ich bleibe noch 14 Tage.“ „Aber nicht als Chauffeur, sondern zur Hilfeleistung in der Botenmeisterei,“ ordnete der Bureaudirektor an. Aber damit war der Chauffeur nicht einverstanden, denn als Hilfsarbeiter würde er einen erheblich geringeren Lohn als bisher erhalten haben. Nun erklärte der Bureaudirektor den Chauffeur als fristlos entlassen, was ihm auch schriftlich bestätigt wurde.

Der Chauffeur klagte beim Arbeitsgericht. Er wurde abgewiesen mit der Begründung, er habe selbst seine Entlassung gefordert und dann die Arbeit verweigert, er könne also nicht sagen, daß er widerrechtlich entlassen sei.

Eine merkwürdige Entscheidung! Ein Chauffeur, der als solcher eingestellt ist, kann doch in der Kündigungszeit nicht gegen seinen Willen als Hilfsarbeiter beschäftigt werden! Wollte ihn das Amt nicht mehr als Chauffeur beschäftigen, dann mußte es ihn gehen lassen, anstatt sich auf die Kündigungsfrist zu versteifen. Die zugemutete Beschäftigung mit anderer geringer bezahlten Arbeit, lief doch auf eine Maßregelung hinaus, der sich der Chauffeur nicht unterwerfen mußte.

Aus der sächsischen Hüttenindustrie.

Die gestrigen Verhandlungen wiederum vertagt.

Der Schiedsspruch über die Arbeitszeit für die sächsischen Hüttenbetriebe, der vom Arbeitsgericht Dresden für ungültig erklärt wurde, ist vom Deutschen Metallarbeiterverband angefochten worden, weil er verschiedene Arbeitergruppen zur Mehrarbeit über die achte Stunde hinaus und zur Sonntagsarbeit verpflichtet, die nach Ansicht des Verbandes auf Grund der Arbeitszeitverordnung vom 14. April 1927 in Verbindung mit der Verordnung über die Arbeitszeit in Stahlwerken vom 16. Juli 1927 und nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung sowie einer Bundesratsverordnung über die Sonntagsarbeit unzulässig ist.

Das Arbeitsgericht macht sich in seinem jetzt schriftlich vorliegenden Urteil nicht restlos die Argumente des Metallarbeiterverbandes zu eigen. Es kommt zu der Entscheidung, daß der Schiedsspruch, soweit er die tägliche Mehrarbeit von einer Stunde festlegt, nicht gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstoße und besonders durch den Akt der Verbindlichkeitserklärung bindendes Recht für die Tarifparteien geworden sei. Dagegen erklärt das Urteil die Sonntagsarbeit in dem verlangten Maße für ungesetzlich und insoweit den Schiedsspruch für nichtig.

Wenn ein Teil eines Vertrages nichtig ist, ist der gesamte Vertrag nichtig, weil nicht anzunehmen ist, daß der übrige Teil für den Fall daß der eine ohne Geltung ist, für die Parteien bestehen bleiben soll, da er mehrere zusammenhängende Arbeitsprozesse regelt. Vielmehr ist der Vertrag als ein einheitliches Ganzes zu betrachten, was bei der Ungültigkeit eines Teiles die gesamte Unwirksamkeit der privatrechtlichen Verhältnisse gemäß § 139 BGB. nach sich zieht. Damit ist der Schiedsspruch in allen seinen Teilen unwirksam.

Die am Freitag geführten Verhandlungen zur Beilegung des Arbeitskonfliktes sind abermals vertagt, bis zum kommenden Donnerstag.

Deutscher Werkmeisterverband, Bezirk 16. Funktionärversammlung der Berliner Metallindustrie am Dienstag, 14. Februar, 19 Uhr, im Nordischen Hof, großer Saal, Invalidenstr. 126. Kündigung des Gehaltsabkommens in der Berliner Metallindustrie. Kein Funktionär darf bei dieser wichtigen Tagesordnung fehlen.

Freie Gewerkschaftsjugend Groß-Berlin. Heute, Sonnabend, 19½ Uhr, **Kreiskursus im Südkreis:** Jugendheim Dorckstr. 11 (Fabrikgebäude).

Verantwortlich für Politik: Dr. **Curt Geyer**; Wirtschaft: **G. Klingelhöfer**; Gewerkschaftsbewegung: **Fr. Sikora**; Feuilleton: **R. H. Döscher**; Lokales und Sonstiges: **Fritz Karstädt**; Anzeigen: **Th. Glocke**. Sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW 68. Lindenstraße 3. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“

Pfarrer Heumanns Heilmittel
stets auch vorrätig in den Niederlagen:

Zions-Apotheke
Berlin N 31, Anklamer Straße 39,
a. d. Ecke Brunnenstr. 5 Min. v. Rosenthaler Pl.
Adler-Apotheke
Berlin-Friedenau, Rheinstraße 16.
Friedrich-Wilhelm-Apotheke
Charlottenburg 2, Leibnizstraße 105,
Engel-Apotheke
Berlin O, Gubener Straße 33
Rosen-Apotheke Eichwalde-Berlin
Das Pfarrer-Heumann-Buch
(272 Seiten, 150 Abbildungen) erhält jeder Leser umsonst und portofrei von
Ludwig Heumann & Co., Nürnberg N 54.

Wie die grauenvolle Tat geschah.

Hilde Scheller im Kreuzverhör. — Die Aussage des Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß.

Die 16jährige Hilde Scheller war die Seele des blutigen Schülerdramas, das sich in der Schellerschen Wohnung abgespielt hat. Sie ist der Mittelpunkt des Prozesses Kranz. Anderthalb Tage tobte im Gerichtssaal der Kampf der Parteien um ihre Glaubwürdigkeit, die nun aufs stärkste erschüttert ist. Die Gegenüberstellung der Hilde mit dem Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß und der Kriminalpolizeirätin Fräulein Wieking bildeten den Höhepunkt des Prozesses. Die Sechzehnjährige zieh mit der harmlosesten Miene der Welt den Berliner Polizeivizepräsidenten der Unwahrheit, um im nächsten Augenblick von der Kriminalpolizeirätin Fräulin Wieking der Lüge überführt zu werden. Aber mit der gleichen harmlosen Miene fand auch da die Sechzehnjährige eine Ausrede. Nichts konnte sie aus ihrer Ruhe bringen. „Ein psychologisches Rätsel" nannte sie Polizeivizepräsident Dr. Weiß. Fräulein Wieking gab die Lösung des Rätsels: Ein wenig eindrucksfähiges, fast gefühlsstumpfes Wesen, diese Hilde. Trotz aller ihrer großen Sinnlichkeit kühl bis in die Knochen!

Und der Angeklagte Kranz? Das direkte Gegenteil von dieser Hilde. Einem Quecksilber gleich reagiert er auf jegliche seelische Einwirkung, die ihn trifft. Sein Klassenordinarius gab von ihm ein sympathisches Bild. Er lüftete auch ein wenig die Verhältnisse der Kranzschen Häuslichkeit — eine fast proletarische Häuslichkeit. Den Eigengesetzen der Jugend entsprechend waren sein dichterischer Ueberschwang, in dem er einen Teil seiner Sexualität auslöste, seine erste platonische Liebe und die darauf folgende Enttäuschung, sein erstes sexuelles Erlebnis mit der Hilde und seine tiefe Niedergeschlagenheit, als er sich von ihr betrogen sah. Ja selbst die Mord- und Selbstmordpläne in der kritischen Nacht bewegten sich vielleicht noch hart an der Grenze der Norm. Außerhalb des Normalen aber lag schon die Tat des Günther Scheller. Daß Kranz dabei sein konnte, wird in der Persönlichkeit dieses schwer psychopathischen jungen Menschen zu suchen sein. Der Beeinflußte war nicht Scheller, sondern Kranz. Daß dieser in das Knäuel der Irrungen um Hilde herum hineingeriet, war Zufall und Schicksal zugleich. Normal sind schließlich die Reaktionen des Angeklagten auf alles, was im Gerichtssaal vor sich geht: seine Tränen, seine Entrüstung, seine Freude. Eigentümlich, wie die Sympathie aller Anwesenden Kranz gehört und wie kalt einem die hübsche Hilde Scheller läßt. Geschworene hätten Kranz in wenigen Augenblicken freigesprochen. Ob dieses Gericht den Mut findet, der psychologischen Wahrheit die Ehre zu geben, ist abzuwarten.

*

Landgerichtsdirektor Dust kam im Verlauf der gestrigen Vernehmung der Zeugin Hilde Scheller noch einmal darauf zurück, daß Paul Kranz, als sie noch einmal in das Schlafzimmer laufen wollte, versucht hatte, sie am Unterarm festzuhalten, und ersuchte die Zeugin, näher zu schildern, wie Paul Kranz sie festgehalten habe.

Zeugin: Als Günther auf dem Umwege zum Schlafzimmer ging und an die Tür kam, stand ich in der Tür zur Küche und wollte nun auch hin. Da stellte sich Paul davor, hielt mich an den Unterarmen fest und sagte: „Bleib' mal einen Augenblick hier," er hielt mich so fest, daß mir beinahe der Schlüssel vom Schlafzimmer, den ich in der Hand hielt, herausgefallen wäre. Ich mußte mich von ihm losreißen.

Vors.: Angeklagter Kranz, Sie hören, was Hilde sagt.

Angekl.: Ich kann mich nicht entsinnen, Hilde festgehalten zu haben.

Vors.: Wie erklären Sie sich das Festhalten, wenn es stattgefunden haben sollte?

Angekl.: Ich kann es mir gar nicht erklären.

Vors.: Das ist eine sehr auffallende Tatsache, denn es wäre bemerkenswert, daß Sie die Zeugin festgehalten haben, als sich Günther gerade dem Schlafzimmer näherte.

Angekl.: Ich kann es mir gar nicht erklären, muß aber die Möglichkeit zugeben.

Dr. Frey ersuchte die Zeugin Hilde Scheller, dieses Festhalten dem Gericht mit einer Fürsorgedame vorzunehmen, was auch geschieht; dann erklärte die Zeugin: Ich wollte aus der Küchentür. Paul stellte sich in den Korridor dicht vor mich, so daß ich nicht herauskonnte und sagte: „Bleib' einen Augenblick hier." Ich hörte, wie Günther am Schlafzimmer klinkte. Paul aber hielt mich fest. Ich fürchtete, daß etwas passieren könnte und wollte schnell hin. Deshalb riß ich mich auch los.

Vors.: Sie gingen nun wieder in das Schlafzimmer?

Zeugin: Ja, danach habe ich das Fenster aufgemacht und bin dann wieder hinausgegangen, nachdem ich Stephan hinter dem Bett versteckt hatte. Jetzt ließ ich die Tür offen. Ich wollte sehen, wie ich Hans hinausbringen konnte. Ich habe geglaubt, daß ein etwaiger Verdacht von Günther durch das Offenlassen der Tür beseitigt sein würde, denn Paul hatte mir doch das Ehrenwort gegeben, daß er Hans nicht verraten hatte. Ich ging ins Badezimmer. Kaum war ich darin, als Günther zum Schlafzimmer sich begab. Ich ging ihm nach und stellte mich in die Tür des Schlafzimmers, um zu sehen, was er dort mache. Er sah unter das Bett und stellte sich von den Spiegel, um sich zu kämmen. Ich weiß nun nicht, ob es meine Einbildung war oder Wirklichkeit, ich hatte das Gefühl, daß Günther durch den Spiegel Hans gesehen hat. Er kam aber heraus und in demselben Augenblick klopfte es. Durch das Guckloch stellten wir fest, daß es Ellinor war. Wir ließen sie hinein, sie war auf dem Weg zur Schule und wollte, daß ich sie begleite, da sie wußte, daß ich zum Bureau meines Vaters mußte.

Als ich mit Ellinor im Korridor stand, gingen die beiden Jungen hintereinander gleich darauf nach dem Schlafzimmer. Ich wollte auch nach, die Tür wurde aber geschlossen. Ich hatte meinen Fuß dazwischengesteckt, es wurde aber so fest gegengedrückt, daß ich ihn zurückziehen mußte. Die Tür war dann auch abgeschlossen, als ich zu öffnen versuchte. Ich glaube, ich war wieder im Badezimmer. Da hörte ich Schüsse.

Sofort lief ich zur Tür. Meiner Meinung nach war die Tür jetzt nicht mehr verschlossen, denn ich habe sie aufgemacht.

Die Vorgänge im Schlafzimmer.

Als der Vorsitzende nunmehr die Zeugin über die Vorgänge im Schlafzimmer, in das sie auf die Schüsse hin hineineilen wollte, noch genauer vernehmen will, erleidet Hilde Scheller einen Zusammenbruch. Ihr Kopf sinkt auf die Brust und sie bricht in Tränen aus, so daß sie im Augenblick nicht mehr vernehmungsfähig erscheint und die Dame der Fürsorge eine Erfrischungspause für notwendig hält. Bevor diese jedoch eintrat, kam es zu einem dramatischen Moment, der im Saale große Bewegung auslöste. R.-A. Dr. Frey erhebt sich und erklärt: Ich habe soeben einen wichtigen Brief erhalten. Darin teilt mir der Geschäftsführer eines Cafés in der Königgrätzer Straße mit, daß er vorgestern, also am Tage vor der Verhandlung,

Hilde Scheller aus der Tanzdiele wegen ungebührlichen Betragens hinausgewiesen

habe. Das ist also die Zeugin, die hier so tut, als ob sie vor Angst und Aufregung zusammenbricht. — Hilde Scheller ruft: Nicht vor Angst, sondern aus Schwäche. — Es tritt nunmehr, bevor in die Erörterung des Antrages eingetreten wird, diesen Geschäftsführer als Zeugen zu laden, eine Pause ein, die sich länger hinzieht, da der Vater der Hildegard Scheller Bedenken gegen ihre weitere Vernehmung äußert.

Nach Wiedereintritt in die Verhandlung fragte der Vorsitzende die Zeugin, die wieder mit der gleichen Ruhe wie vordem Antwort steht: Wieviel Schüsse fielen

Zeugin: Soviel ich noch in Erinnerung habe, drei. In welchen Abständen sie fielen, kann ich nicht mehr sagen, weil ich seither von den verschiedensten Seiten soviel gefragt worden bin.

Vors: Sie gingen also in das offene Zimmer hinein, während Ellinor hinter Ihnen auf dem Korridor stand. Was sahen Sie da?

Zeugin: Mein Bruder lag auf dem Boden und neben ihm kniete Paul Kranz.

Ich rief ihm zu: Mörder! Paul antwortete darauf: „Ich war es nicht, sonder Günther selbst." Dann stand er auf. Jetzt kam mir erst zum Bewußtsein, daß auch Stephan im Zimmer gewesen war. Ich ging deshalb hin zum Schrank. Das Laken war heruntergerissen, und da sah ich auch das Furchtbare, sah Hans am Boden liegen.

Jetzt ging ich aus dem Zimmer und weiß nur noch, daß ich später im Kinderzimmer war. Als ich beide noch atmen hörte, sagte ich mir: Alles ist gleich. Du mußt sehen, ob es noch etwas zu retten gibt. Wir wollten Hans aus der Ecke vorholen und auf das Bett legen, aber wir bekamen ihn nicht aus der Ecke heraus. Dann wollte ich bei dem Arzt anrufen, aber Paul sagte zu mir: „Laß das, drei sind schon genug, die es wissen" Als Paul, Ellinor und ich dann im Kinderzimmer auf dem Bettrand saßen, erklärte Paul Kranz: „Auch ich werde mir das Leben nehmen. Alles fällt doch auf mich." Wir baten ihn, das nicht zu tun, worauf Paul Kranz sagte: „Es sind ja noch mehr Kugeln im Lauf." Da lief ich ins Schlafzimmer, holte die Waffe und versteckte sie im Eßzimmer.

Das Kreuzverhör.

Dr. Frey nahm dann die Hilde Scheller in ein scharfes Kreuzverhör und wollte wissen, ob zwei oder drei Schüsse gefallen waren. Die Zeugin konnte sich dessen nicht mehr entsinnen. Als der Verteidiger Dr. Frey die Zeugin weiter befragte, wie die Schüsse gefallen seien, erklärte sie: Ich kann nur sagen, daß ich heute nichts mehr davon weiß. — Dr. Frey: Und damals? — Zeugin: Da werde ich es wohl gewußt haben. Ich möchte aber bemerken, daß aus meinen Angaben über die Schüsse nicht der Schluß gezogen werden kann, daß, wenn ich nur zwei Schüsse gehört habe, in meiner Gegenwart im Schlafzimmer noch ein Schuß gefallen ist. Als ich im Zimmer war, fiel kein Schuß mehr.

Auf eine Frage des Rechtsanwalts Dr. Frey, ob Kranz auch einmal gesagt habe, wozu er sich die Schußwaffe beschafft hat, erklärt die Zeugin: Kranz habe gesagt, er brauche die Waffe, weil der Weg nach Mahlow zu unsicher sei. — Dr. Frey: Hat er nicht auch angegeben, daß er die Pistole bei sich trage, weil er als Mit-

---

Menschen, Göttern gleich...

16] **Roman von Herbert George Wells.**

„Die Idee ist unseren jüngeren Leuten ganz vertraut," sagte er. „Lasky nennt es den Pluralistischen Staat zum Unterschied von dem monistischen, in welchem die Herrschergewalt an einer Stelle konzentriert ist. Sogar die Chinesen kennen das System. Ein Pekinger Professor, S. C. Chang, hat eine Broschüre „Professionalismus" geschrieben, ich habe sie erst vor einigen Wochen gelesen. Er sandte sie der Redaktion des „Liberal". Er betont darin, wie unerwünscht und unnötig es für China sei, eine Phase demokratischer Politik nach westlichem Vorbild durchzumachen. Er wünscht, daß China geradeswegs zu einer gleichberechtigten Unabhängigkeit der Beamtenklassen, der Mandarine, Industriellen, landwirtschaftlichen Arbeiter usw. gelange, so wie wir sie hier vorfinden. Allerdings erfordert dies natürlich eine Umwälzung in der Erziehung. Ganz entschieden liegt der Keim dessen, was Sie hier als Anarchie nennen, gleichfalls in der Luft, aus der wir kommen."

„Ach," sagte Mr. Burleigh, verständiger und aufmerksamer dreinblickend als je, „verhält sich das wirklich so? Ich hatte keine Ahnung von alledem."

4.

Die Unterhaltung wurde in zwangloser Form fortgesetzt und doch war der Gedankenaustausch schnell und wirkungsvoll. Der Umriß der Geschichte Utopiens vom letzten Zeitalter der Verworrenheit an prägte sich Mr. Barnstaple, wie es ihm schien, sehr bald ein.

Je mehr er über dieses Zeitalter der Verworrenheit erfuhr, desto mehr schien es ihm der gegenwärtigen Zeit auf Erden ähnlich zu sein. In jenen Tagen trugen die Utopen noch reichlich Kleidung und lebten ganz nach irdischer Art in Städten. Und nicht so sehr durch einen wohldurchdachten Plan als durch ein glückliches Zusammentreffen von Zufällen waren ihnen etliche Jahrhunderte günstiger Verhältnisse und ungestörter Entwicklung beschert worden. Die klimatischen Verhältnisse und glückliche politische Umstände hatten die Rasse begünstigt, nachdem sie eine lange Periode wiederholter Unglücksfälle, böser Seuchen und zerstörender Kriege durchgemacht hatte. Zum erstenmal war es den Utopen möglich gewesen, den ganzen Planeten, den sie bewohnten, zu erforschen, und diese Forschungen brachten große Flächen jungfräulichen Landes unter die Axt, den Spaten und den Pflug. Echter Wohlstand, Muße und Freiheit wuchsen in ungeheurem Ausmaß. Viele tausend Menschen wurden aus dem alltäglichen Schmutz menschlichen Lebens in eine Lage emporgehoben, in der sie, wenn es ihnen beliebte, in noch nie dagewesener Freiheit denken und handeln konnten. Wenige taten es, einige Befähigte. Die wissenschaftliche Forschung, mit einer großen Menge geistvoller Erfindungen in ihrem Gefolge, entwickelte sich kräftig und vergrößerte in weitem Maße das technische Können der Menschen.

Schon früher hatte es in Utopien Perioden gegeben, in welchen sich die wissenschaftliche Erkenntnis Bahn gebrochen hatte, aber niemals zuvor war sie so günstigen äußeren Umständen begegnet oder hatte lang genug gewährt, um nachhaltige praktische Folgen zu zeitigen. Nun, nach einigen kurzen Jahrhunderten, fanden sich die Utopen, die bis dahin wie träge Enten auf ihrem Planeten herumgewatschelt waren, oder wie Parasiten sich auf größeren und schnelleren Tieren fortbewegt hatten, in die Lage versetzt, sehr schnell durch die Luft zu fliegen oder augenblicklich von jedem beliebigen Punkt ihres Planeten aus nach einem anderen hin zu sprechen. Sie waren auch im Besitze technischer Fähigkeiten, die alle früheren Erfahrungen überstiegen, und nicht nur technischer Fähigkeiten; den Spuren der Physik und Chemie folgte die Physiologie, denn die Psychologie, und es eröffneten sich den Utopen außerordentliche Möglichkeiten, den eigenen Körper und das soziale Leben in ihre volle Gewalt zu bekommen. Aber als es schließlich so weit war, kam alles so plötzlich und verwirrend, daß sich nur eine kleine Minderheit der Möglichkeiten bewußt wurde, welche diese ungeheure Ausdehnung von Wissen zum Unterschied von den greifbaren Errungenschaften in sich barg. Der Rest nahm diese neuartigen Erfindungen, als sie auftauchten, aufs Geratewohl an, indem er seine Gedanken und Lebensweise so wenig wie möglich den veränderten Notwendigkeiten, die durch diese Neuerungen bedingt waren, anpaßte. Die erste Antwort, welche die große Masse der utopischen Bevölkerung angesichts der sich eröffnenden Aussicht auf Macht, Muße und Freiheit gab, war erhöhte Fruchtbarkeit. Sie benahm sich genau so gedankenlos und mechanisch wie es irgendein Tier oder eine Pflanzenart getan hätte. Die Bevölkerung wuchs an, bis sie die reicheren Lebensmöglichkeiten, die sich ihr eröffnet hatten, wieder vollständig überwucherte. Sie erschöpfte die großen Gaben der Wissenschaft ebenso schnell, wie sie ihr zuteil geworden waren, nur in einer unverständigen Vervielfältigung des gewöhnlichen Lebens. Im letzten Zeitalter der Verworrenheit war die Bevölkerung eines Tages über zweitausend Millionen angewachsen . . .

„Und wie groß ist sie jetzt?" fragte Mr. Burleigh.

Ungefähr zweihundertfünfzig Millionen, berichteten ihm die Utopen. Dies sei bis vor kurzem die höchste Bevölkerungszahl gewesen, die auf der Oberfläche Utopiens ein voll entwickeltes Leben habe führen können. Aber jetzt mit zunehmenden Hilfsquellen sei man im Begriffe, die Bevölkerung zu vergrößern.

Ein Laut des Entsetzens kam von Pater Amerton her. Schon seit einiger Zeit hatte er diese Offenbarung gefürchtet. Sie verstieß gegen seine moralischen Grundsätze.

„Und Ihr wagt es, die Vermehrung zu regulieren?! Ihr kontrolliert sie? Eure Weiber sind damit einverstanden, Kinder zu gebären, wenn sie benötigt werden — oder sie unterlassen es?!"

„Natürlich," sagte Urthred, „warum nicht?"

„Gerade das habe ich befürchtet!" sagte Pater Amerton, und sich vornüber beugend, bedeckte er das Antlitz mit den Händen und murmelte: „Ich fühlte es in der Atmosphäre. Die menschliche Zuchtfarm! Sie lehnen es ab, Seelen zu gebären! Eine solche Gottlosigkeit, oh, mein Gott!"

Mr. Burleigh betrachtete die Aufregung des geistlichen Herrn durch seine Gläser mit einem leicht entrüsteten Ausdruck. Er haßte Schlagworte. Aber Pater Amerton stand in Verbindung mit sehr wertvollen konservativen Elementen. Mr. Burleigh wandte sich wieder den Utopen zu.

„Das ist außerordentlich interessant!" sagte er. „Unsere Erde bringt es sogar gegenwärtig zustande, eine Bevölkerung auf sich zu tragen, die mindestens fünfmal so groß ist."

„Aber ungefähr zwanzig Millionen werden in diesem Winter sterben, erzähltet Ihr uns soeben, in einem Gebiet, welches Ihr Rußland nennt, und ein nur sehr kleiner Teil der übrigen führt ein Leben, welches nach euren Begriffen vollwertig und bequem genannt werden kann?"

„Trotzdem ist der Gegensatz sehr auffallend," sagte Mr. Burleigh.

„Es ist fürchterlich!" sagte Pater Amerton.

(Fortsetzung folgt.)

glied des „Jungdeutschen Ordens“ manchmal angegriffen worden sei? — Zeugin: Davon hat er nichts gesagt.

Erster Staatsanwalt Steinbeck: Ich möchte von der Zeugin näheres über ihren Bruder hören. War er sehr forsch und ein energischer Junge, oder war er schlapp? — Zeugin (mit Bestimmtheit): Weibisch war mein Bruder auf keinen Fall, wohl aber weich. — Dr. Frey: Was sagen Sie aber dazu, wenn ein Zeuge kommen wird und bekundet, daß er gefühlsroh gewesen sei? Er soll beispielsweise

sich gelegentlich der Hindenburg-Feier herumgeschlagen und jemand mit dem Messer gestochen

haben. — Zeugin: Mein Bruder? Auf keinen Fall. Er hat sich nie an politischen Schlägereien beteiligt. So etwas würde er nie getan haben. — Dr. Frey: Haben Sie einmal mit Paul phantastische Ideen ausgetauscht, aus dem Leben zu scheiden? — Zeugin: Wir haben öfter über Selbstmord gesprochen. Meine Großmutter war gestorben, und da sprachen wir davon, daß es eigentlich richtiger wäre, schnell Schluß zu machen. — Dr. Frey: Wissen Sie etwas davon, daß Hans einmal mit Ohrfeigen Ihres Vaters aus der Wohnung herausflog? — Zeugin: Das war ein Jahr vor der Tat, da war er zu mir gekommen, sich zu entschuldigen. Mein Vater hatte ihm das Haus verboten, weil er gehört hatte, daß Stephan schon Mädchen verführt habe. — Sachverständiger Sanitätsrat Hirschfeld: Ist Ihr Bruder nicht auch einmal in Ihrer Kleidung spazieren gegangen? — Zeugin (lächelnd): Jugendgeschichten. — R.-A. Dr. Frey: Sagen Sie, Fräulein Scheller, wußten Sie, daß Ihr Bruder sich auch schminkte und puderte, wenn er in die Schule ging? — Zeugin (leise): Ich habe ihn oft gebeten, das zu unterlassen. — Dr. Frey: Weiter, Fräulein Scheller, ist der Günther nicht mit Eatonfrisur und nachgezogenen Augenbrauen in Mehlow ins Damenbad gegangen? — Zeugin (nach kurzem Schweigen und niedergeschlagenen Augen): Ja —, das war ekelhaft. (Plötzlich sehr heftig): Und doch war er nicht weibisch. — Sanitätsrat Hirschfeld: Können Sie uns sagen, Fräulein Scheller, ob Ihr Bruder zur Zeit der Tat noch betrunken war? — Zeugin: Ja, ich glaube, sehr. — Dr. Frey: Beantworten Sie mir nun folgende Frage, Fräulein Scheller: Wie hat sich in der Unglücksnacht der Angeklagte verhalten, als er bemerkte, daß sich — ich will ganz vorsichtig sein — der Stephan in Ihrer allernächsten Nähe befunden hat, und was haben Sie empfunden, als Sie einmal im Salon den Angeklagten mit Ihrer Freundin Ellinor in zärtlicher Umarmung sahen?

Zeugin (nach kurzem Zögern): Ellinor sagte mir hinterher, Paul hätte ihr gestanden, er liebe sie mehr als mich.

R.-A. Dr. Frey: Ja, hat Ihnen denn aber am Morgen Paul gar nicht die Tatsache übelgenommen, daß Stephan in Ihrem Schlafzimmer war?

Die Zeugin kämpft einen Augenblick mit der Antwort und erklärt dann, während sie sonst leise und müde spricht, plötzlich, während sie den Angeklagten voll anschaut, mit fester Stimme:

„Paul hätte verhindern können, daß Hans dablieb. Ich habe ihm doch gesagt, er solle dafür sorgen, daß Günther schlafen ging, damit Stephan raus konnte.“

R.-A. Dr. Frey: Das ist ja etwas ganz Neues, Fräulein Scheller. Das haben Sie weder vor der Polizei, noch vor dem Untersuchungsrichter bisher gesagt. Sie haben immer nur behauptet, den Angeklagten gebeten zu haben, er solle Ihrem Bruder gegenüber die Anwesenheit des Stephan verheimlichen. — Zeugin: Und doch habe ich es gesagt.

Vors.: Angeklagter, haben Sie hierzu Fragen?

Angekl. Kranz: Danke, ich verzichte.

Vors.: Fräulein Scheller, glauben Sie, daß der Angeklagte, als er mit Ihrem Bruder ins Schlafzimmer ging, wußte, daß Stephan noch da war?

Zeugin (heftig): Warum wäre er sonst hineingegangen. Ich nehme heute an, daß Paul von meinem Bruder wußte, daß Hans Stephan noch da war. Und warum hätte Paul sonst die Tür hinter sich abgeschlossen?

Wer ist Marcuse?

Zu einem etwas tragikomischen Zwischenfall kam es noch kurz vor der Mittagspause, als R.-A. Dr. Frey ganz unvermutet an die Zeugin folgende Frage richtete: Wissen Sie eigentlich, Fräulein Scheller, wer der Marcuse ist, mit dem Sie ursprünglich ins Theater gehen wollten? — Zeugin: Ja, ich hatte ihn im Luftbad kennengelernt und wußte, daß er in Steglitz das Gymnasium besuchte. — R.-A. Dr. Frey (ironisch): So, darf ich Ihnen vielleicht mitteilen, daß

dieser Marcuse hier im Untersuchungsgefängnis sitzt und daß er den Spitznamen „der Bazerkönig von Berlin“ führt.

Diese Mitteilung macht auf die Zeugin einen niederschmetternden Eindruck.

Nach Eröffnung der Nachmittagssitzung teilte Landgerichtsdirektor Dust mit, daß mehrere Anträge der Verteidigung auf Zeugenladungen vom Schwurgericht abgelehnt worden seien, da sie für die Glaubwürdigkeit der Hilde Scheller unerheblich sind. Dagegen hat das Gericht beschlossen, den **Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß, als Zeugen** zu laden und ihn noch am Nachmittag zu vernehmen.

Auf Ersuchen Dr. Freys mußte Hilde Scheller noch einmal vortreten, und der Verteidiger fragte sie: Ist der Plan von Ihnen ausgegangen, gemeinschaftlich in der Wohnung zu übernachten, und zwar Sie mit Stephan, Ellinor mit Kranz? Zeugin: Von diesem Plan weiß ich gar nichts. Vors.: Die Zeugin hat schon einmal mit Bestimmtheit gesagt, daß sie von diesem Plan nichts gewußt habe. Sie habe nur vorgeschlagen, daß in Rücksicht der Abwesenheit Günthers und der Anwesenheit von Kranz noch eine dritte Person in der Wohnung übernachten sollte; da Ellinor, die es zuerst sein sollte, weg mußte, habe man sich entschlossen, daß Hans als dritte Person bleiben sollte. Dr. Frey: Haben Sie ferner bei der Verabredung, nicht zu sagen, daß der Revolver Kranz gehörte, nicht verlangt, daß als Gegenleistung verschwiegen werden sollte, daß Beziehungen zwischen Ihnen und Hans bestanden haben? Zeugin: Von dieser Vereinbarung ist mir nichts bekannt. Hilde Scheller hat den Vorsitzenden dann, eine Unrichtigkeit in der Oeffentlichkeit klarzustellen. In einer Zeitung stehe, daß sie gesagt habe: Wir sind ja schon verheiratet. Das sei falsch aufgefaßt, sie habe das nicht gesagt. Vors.: Nein, Sie haben ausgesagt, daß Hans den Wunsch ausgedrückt hatte, Sie zu heiraten und dann hinzugefügt hätte: Na, wir können ja schon so tun, als ob wir verheiratet wären. Sie haben aber nach Ihrer Aussage das zurückgewiesen.

Der nächste Zeuge war der prakt. Arzt Dr Erwin Freund aus Süderde, der äußerte, daß er am Tage der Tat nach der Albrechtstraße in die Schellersche Wohnung gerufen wurde. Es war ungefähr ½7 Uhr, als bei mir plötzlich angerufen wurde, ich solle ganz geschwind zu der Familie Scheller kommen, der junge Scheller liege im Sterben. In sieben bis zehn Minuten war ich am Tatort. Hilde Scheller kam mir aufgeregt auf der Treppe entgegen und rief: Kommen Sie schnell, ich glaube, mein Bruder sticht.

Im Schlafzimmer sah ich Stephan eingeklemmt hinter dem Spind leblos hängen, während Günther Scheller, der am Boden lag, noch Lebenszeichen von sich gab.

Sofort rief ich die Lichterfelder Feuerwehr an, einen Krankenwagen zu schicken und klingelte auch die Kriminalpolizei an, weil ein Kapitalverbrechen vorlag. Dann erkannte ich, daß Günther Scheller in den letzten Zügen lag, und schickte den Krankenwagen wieder weg. Günther hat auch tatsächlich nur einen kurzen Moment gelebt.

Vors.: Was haben Sie an Hilde Scheller und Kranz wahrgenommen?

Die Aussage des Arztes.

Zeuge: Ich begab mich mit beiden in das Speisezimmer und fragte, was los sei, da ich mir das Motiv nicht erklären konnte. Von Beiden hörte ich übereinstimmend eine Darstellung, die mir von vornherein zurechtgelegt schien: Günther Scheller habe einen Haß gegen Stephan gehabt, habe Stephan aus der Welt schaffen wollen und dann selbst Hand an sich gelegt. Auf meine Frage nach dem Grund des Hasses sagten die Beiden mir übereinstimmend, Stephan habe Günther wegen einer homosexuellen Geschichte bei den Eltern oder der Polizei verraten. Auf meinen Einwand, weshalb man die Beiden angesichts dieses Hasses miteinander habe schlafen lassen, erhielt ich keine klare Antwort. Hilde Scheller machte anfänglich einen sehr erregten und erschütterten Eindruck, während Kranz mir durch seine außerordentliche Ruhe, vielleicht auch nur scheinbare Ruhe, auffiel. Vors.: Aeußerte er sich auch über die Folgen für ihn? Zeuge: Er sagte, da wird wohl aus meiner Ferienreise und aus meinem Abiturium nichts werden. Dann bat er mich um eine Zigarette. Das hat mich sehr gestört, ich war so angehalten, daß ich ihm eine Antwort gab, die einem Tadel gleich kam. Ich setzte auch hinzu: Für Sie kann das ganz andere Folgen haben, und ich würde mich nicht wundern, wenn Sie verhaftet werden. Kranz antwortete mir: Mit dieser Tatsache habe ich schon gerechnet. Vors.: Haben Sie auch die Waffe gesehen? Zeuge: Ich fragte danach und Kranz sagte, glaube ich, er habe sie auf die Anrichte gelegt. Ich bedeutete ihm, daß der Tatbestand nicht verändert werden dürfte und daß er sie wieder an die Stelle, wo sie gelegen habe, hinbringen müßte.

Kranz legte die Pistole darauf in die Hand des Günther Scheller.

Ich möchte noch bemerken, daß ich, als ich auf meinen Einwand, weshalb Kranz nicht dazwischengesprungen sei, von ihm die Antwort erhielt, daß die Tür zugewesen sei, die Frage aufwarf, wie er denn nachher in das Zimmer hineingekommen sei. Kranz sagte darauf: Es war ja nicht zugeschlossen, sondern nur zugemacht.

Erster Staatsanwalt Steinbrück: Vor dem Untersuchungsrichter haben Sie gesagt, daß Kranz einen kalten Eindruck auf Sie gemacht habe.

Zeuge: Ja, kalt und berechnend.

Nunmehr richtete der Vorsitzende an Hilde noch die Frage, ob das Gedicht in dem Tagebuch von Kranz, das u. a. die Verse enthält: „Ein Mädchen wird sich schön bedanken, wenn deine Liebesglut nur aus Gedichten spricht“ von ihr verfaßt worden ist. Zeugin: Ich habe es mit meiner fünfzehnjährigen Cousine zusammengemacht.

Im Anschluß daran erfolgte die Vernehmung des Studienrats Dr. Gladow, des früheren Klassenlehrers von Scheller und Kranz. Nach seinem Urteil war Paul Kranz, den er seit 4 Jahren kennt, ein sehr begabter Schüler. Er habe bei Bummelichkeit und Unordentlichkeit immer Nachsicht geübt. Günther Scheller war ein sehr verschlossener Charakter.

Es erschien dann am Zeugentisch der inzwischen geladene

Polizeivizepräsident Dr. Weiß.

der über seine Wahrnehmungen bei der Vernehmung Hilde Schellers sich äußern soll. Der Zeuge sagte aus: Der Fall der Steglitzer Schülertragödie hatte für mich ein außerordentliches kriminalpolizeiliches Interesse. Es war am Tage, glaube ich, nach der Mordtat, da wurde mir mitgeteilt, daß Kranz dem Kriminalkommissar Angaben gemacht hatte über seine Erlebnisse im Hause Scheller in der Nacht, die der verhängnisvollen Nacht vorausging und die Hilde Scheller mit keinem Wort erwähnt hatte. Ich ließ mir Kranz vorführen, und er wiederholte alles, was er hier angegeben hat. Wir hatten uns auf der Kriminalpolizei schon vorher veranlaßt gesehen, der Glaubwürdigkeit der Hilde Scheller nachzugehen. Deshalb habe ich sie selbst noch einmal vernommen. Ich fragte sie nun zunächst, was sie an dem Tage vor dem Vorfall von morgens ab gemacht hatte. Ich muß vorausschicken, daß Hilde Scheller zu uns hineinkam in einer so unbefangenen Haltung, liebenswürdig, harmlos und lächelnd, daß es mir am Tage nach dem Tode ihres Bruders und ihres Geliebten

Ein neuer großer Lombardskandal.

Die Firma Schlewinsky. — Wieder ein hoher Beamter beteiligt? — Arthur Keil verhaftet, Frau Bergmann entlassen.

Die Untersuchungen in der Frage der Lombardskandale nehmen ihren Fortgang. Zu einem neuen Riesenskandal scheint sich der Fall Schlewinsky auszuwachsen. Im Falle Friedländer sind die Erhebungen so weit gediehen, daß die Geschäftsräume polizeilich geschlossen wurden. Der vielerwähnte Artur Keil von der Standard-Gesellschaft ist inzwischen verhaftet worden.

Schon jetzt hat es den Anschein, daß der Fall Schlewinsky mit dem Fall Bergmann in seinen Ausmaßen auf eine Stufe gestellt werden kann. Augenblicklich befassen sich Polizei und Staatsanwaltschaft mit den Verhältnissen des Möbelausstattungshauses M. Schlewinsky u. Co. und der im gleichen Hause befindlichen „Waren-, Lombard- und Lagerspeicherei G. m. b. H.“, deren Inhaber gleichfalls Schlewinsky ist. Seit etwa zwei Jahren stand Schlewinsky mit der Finanzierungsgesellschaft „Holsatia“ in enger Fühlung. Daneben hatte sich Schlewinsky, der Teilzahlungsgeschäfte betrieb, aber nicht über genügende Barmittel verfügte, mit der „Vaterländischen Kreditversicherungs-Aktiengesellschaft“ in Verbindung gesetzt. An diese beiden Gesellschaften verpfändete die Firma Schlewinsky Möbelstücke, die dann mit entsprechenden Zettelchen beklebt wurden. Im Laufe der Zeit schwollen die Verpflichtungen Schlewinskys freilich **bis zu 250 000 Mark** an, und fast sämtliche Möbel, die vorhanden waren, zeigten die verabredeten Zettelchen. Angestellte der „Holsatia“ und der „Vaterländischen Kreditversicherungs-Aktiengesellschaft“ wollen nun nach einer von ihnen erstatteten Anzeige bemerkt haben, daß zahlreiche Zettelchen verschwunden waren. Schlewinsky habe ihnen erklärt, daß dies notwendig gewesen sei, da

er den Warenbestand auch an andere Geldgeber verpfändet hätte.

Die von Schlewinsky in Anspruch genommenen Kredite sollen mehr als eine Million ausmachen. Dem stehen fast gar keine Aktivbestände gegenüber.

Schlewinsky muß in den letzten Monaten **in die schwerste Geldbedrängnis geraten** sein. Er behauptet jetzt, daß ihm selbst Wucherzinsen von ganz unglaublicher Höhe abgenommen worden seien. Deshalb hat Schlewinsky, den Rechtsanwalt Pindar vertritt, gegen die

„Vaterländische Kreditversicherungs-Aktiengesellschaft“

besonders aber gegen ihren Prokuristen, einem Griechen Messineses, Anzeige auf Grund des Wucherparagraphen erstattet. Mit diesem Kreditwucher seiner Geldgeber erklärt Schlewinsky auch die Unregelmäßigkeiten, die in der letzten Zeit vorkamen. Nach den bestehenden Verträgen sei er berechtigt gewesen, die verpfändeten Waren auch zu verkaufen, um sie dann durch andere Waren zu ersetzen. Durch die Kreditwuchergeschäfte der Vaterländischen Versicherungsgesellschaft sei er in die Unmöglichkeit geraten, die verbrauchten Waren zu ersetzen.

Auch diesmal wieder soll

ein hoher Beamter in die Angelegenheit verwickelt

sein. Die kritischen Geschäfte zwischen Schlewinsky und den Geldgebern hat nach den vorliegenden Nachrichten die Ehefrau eines Geheimen Oberregierungsrates im Finanzministerium vermittelt. Der Beamte soll für jeden Schlewinsky zugeleiteten Darlehnsgeber **hohe Provisionen erhalten** haben. Die Akten liegen zurzeit dem Generalstaatsanwalt beim Landgericht I vor. Er hat darüber zu befinden, ob gegen Schlewinsky und Genossen ein Haftbefehl erlassen wird.

*

Mehrere Beamte der Inspektion F. 3 waren seit fünf Tagen mit der Durchsuchung der 13 Zimmer der Friedländerschen G. m. b. H. und der Aufnahme der vorhandenen Sachen beschäftigt. Die Ermittlungen ergaben soviel Belastungsmaterial, daß eine Festnahme Friedländers gerechtfertigt gewesen wäre. Er hat es aber vorgezogen, Berlin den Rücken zu kehren. Nach Ausweis des Handelsregisters ist Friedländer noch nicht 30 Jahre alt und alleiniger Geschäftsführer der G. m. b. H. Die Privatsekretärin Friedländers, zugleich seine Geschäftsvertraute, eine 22 Jahre alte Agnes Eichhorn, erklärt, über die Vorgänge bei der Gründung keine Auskunft geben zu können. Frau Friedländer will von den Geschäften ihres Mannes überhaupt nichts wissen. **Festgestellt wurde, daß Friedländer in vielen Fällen Sachen, die bereits verkauft waren, anderweitig noch weiter veräußert hat.** Es handelt sich durchweg um Einrichtungsgegenstände junger Leute, die noch keine Wohnung hatten. Außerdem ist nachgewiesen, daß Friedländer Sachen, die ihm zum Verkauf übergeben waren, in einem Auktionslokal in der Behrenstraße versteigert, den Erlös aber nicht abgeliefert hat.

Aus den Büchern, die nur zum Teil vorhanden waren, geht weiter hervor, daß Pfänder, die in Lombard gegeben waren, von Friedländer auf den Namen seiner Sekretärin **bei anderen Lombardhäusern weiter verpfändet** sind. Die mangelhafte Buchführung läßt noch nicht ganz klar sehen. Die Geschäftsräume sind von der Kriminalpolizei jetzt geschlossen worden. Während der Anwesenheit der Beamten erschienen auch viele Gerichtsvollzieher mit Arresten, die Verpfänder schleunigst ausgebracht hatten. Die Privatsekretärin wurde vorläufig festgenommen und sodann dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Weiter erfährt man, daß die Frau des Flüchtigen im Laufe des gestrigen Tages eingehend vernommen wurde. Sie sagt nach wie vor, daß sie von den Geschäften ihres Mannes und den ihm zur Last gelegten Praktiken keine Kenntnis gehabt hat. Sie will auch nicht wissen, wo sich ihr Mann jetzt aufhält. Eine Durchsuchung der Wohnung förderte nichts Belastendes zutage. Die Privatsekretärin Friedländers, Agnes Eichhorn, behauptet, daß Friedländer **ohne ihr Wissen ihm anvertrautes Gut auf ihren Namen anderweitig verpfändet habe.** Sie habe um so weniger wissen können, als er die Lombardscheine für sich behalten habe, ohne sie ihr zu zeigen. Nach Lage der Dinge erscheint das nicht glaubhaft. Die Kriminalpolizei hat jetzt das gesamte Material der Staatsanwaltschaft unterbreitet.

Die Verhaftung Artur Keils ist darauf zurückzuführen, daß er noch eine Reststrafe von neun Monaten Gefängnis zu verbüßen hat. Er war im Jahre 1924 **wegen Erpressung verurteilt** worden. Keil wurde nach der Strafanstalt Tegel gebracht. Die Untersuchungen in der Frage des „Standard Warenkaufhauses“ nehmen ihren Fortgang.

Frau Bergmann ist auf Antrag ihres Verteidigers aus der Haft entlassen worden. Die Haftentlassung erfolgte, weil nach Ansicht der zuständigen Behörde keine Verdunkelungsgefahr mehr besteht und auch eine Flucht Frau Bergmanns kaum in Frage kommt. Die Vernehmung des Staatsanwalts Jacoby hat auch den gestrigen Freitag über vor dem Untersuchungsrichter Dr. Staeckel angedauert und gestaltete sich außerordentlich umfassend, da Jacoby das ganze auf Grund der bisherigen Verhöre zusammengetragene Belastungsmaterial vorgehalten werden mußte. Die Vernehmung dürfte erst im Laufe des heutigen Sonnabends zum Abschluß kommen.

*

Wie wir in später Abendstunde erfahren, hat Schlewinsky, der früher in Berlin als Kaufmann einen geachteten Namen hatte, und sogar als Sachverständiger für die Möbelbranche vor Gericht auftrat, inzwischen die **Eröffnung des Konkurses beantragt.** Dem wird ohne Zweifel stattgegeben werden. Den hohen Passiven steht so gut wie kein Aktivum gegenüber. Schlewinsky hat von allen möglichen Persönlichkeiten Gelder bekommen, von einem Leipziger Kaufmann Levinsohn 100 000 M., von einem Hamburger Kaufmann 90 000 M., von einem Berliner Geschäftsmann 50 000 M., vom früheren Reichskanzler Bauer 10 000 M. Schlewinsky versprach 36 Proz. Jahreszinsen, konnte dies aber natürlich nicht einhalten. Er soll sich auf unreelle Geschäfte erst eingelassen haben, als er durch seine Frau **auf die schiefe Ebene geleitet** wurde, die seit dem Jahre 1920 dem Spielteufel verfallen ist und große Summen verloren hat. Der Frau eines Geheimen Oberregierungsrats vom Finanzministerium will Schlewinsky nicht weniger als **10 Proz. Provision** für die ihm zugeführten Kredite gewährt haben.

Forman gegen Schnupfen Wirkung frappant!

unverständlich war. Ich ließ sie nun schildern, was sie den ganzen Tag gemacht habe, und als wir zum Abend kamen, da sagte sie, sie sei zu Hause gewesen und habe die Nacht über geschlafen. Ich wollte darauf hinaus, daß Kranz erzählt hatte, daß sie die Nacht zu ihm hinaufgekommen sei und sich zu ihm ins Bett gelegt hatte. Daher sagte ich zu ihr: „Nun entsinnen Sie sich genau, Hilde, ist jemand die Treppe hinaufgekommen?" Da wurde sie stutzig. Aber das war nur einen Augenblick und auch nur für mich erkennbar, denn gleich faßte sie sich und sagte ganz ruhig: „Ich verstehe Sie nicht." Darauf entwortete ich: „Nun gut, dann soll Kranz hereinkommen und erzählen, was er darüber zu sagen hat." Bevor Kranz zu sprechen angefangen hatte, wurde die sehr liebenswürdige, sanftmütige Hilde plötzlich wie umgewandelt. Sie fuhr auf Kranz wie eine Hyäne los und fuhr ihn an: „Was hast du eben diesem Herrn vorgelogen?" Kranz ließ sich aber nicht aus der Ruhe bringen und schilderte die Vorkommnisse.

Aus dem ganzen Verhalten der Hilde Scheller ging hervor, daß sie ein außerordentlich unglaubwürdiges Geschöpf ist.

Die Tatsache, daß sie den Verkehr nicht zugeben wollte, würde ich ihr nicht verargen. Anders ist es aber mit der Art, wie sie sich zunächst harmlos und unbefangen zu geben mußte. Wegen des psychologischen Rätsels dieses kleinen Mädchens ließ ich sofort die Polizeirätin Wieking kommen und beauftragte sie, sich der Sache anzunehmen, weil es ihr eher möglich sein könnte, die Seele des Mädchens zu ergründen. Weiter habe ich mit der Sache nichts zu tun gehabt.

Landgerichtsdirektor Dr. Duft: Ist das Aufbrausen der Hilde Scheller vielleicht damit zu erklären, daß sie empört darüber war, daß zwischen ihr und Kranz vereinbart worden war, daß sie ihn hinsichtlich des Revolvers und des Aufenthalts im Zimmer decken wollte, und daß er dafür ihr eine Schonung wegen der sie betreffenden Dinge zugesagt hatte?

Dr. Frey: Dann muß ich unterbrechen und darauf hinweisen, daß das zugetroffen wäre für die Zeit, wo Hilde noch nicht ausgepackt hatte. Inzwischen hatte sie aber alles, was sie wußte, gesagt.

Zeuge Dr. Weiß: Es hatten sich ja schon Widersprüche zwischen Kranz und Hilde ergeben. Es fehlte uns ein Schlüssel für das Rätsel dieser Tat. Da kam erst etwas Licht hinein, als Kranz erzählt hatte, daß sie die eine Nacht bei dem einen Jungen, die andere Nacht bei dem anderen zugebracht hatte. Es war etwas Auffallendes in der lächelnden Miene und sicheren Art, mit der das junge Mädchen das Blaue vom Himmel herunterlog. Erster Staatsanwalt Steinbeck bittet, auch der Zeugin Hilde Scheller Gelegenheit zu geben, sich zu verteidigen, warum sie dieses Benehmen zu Schau getragen hat. Auch möge sie sich dann über die angebliche Tanzerei von vorgestern äußern. Der Vorsitzende läßt Hilde Scheller vortreten.

Hilde Scheller: Ich habe wohl gelächelt, als ich hineinkam. Mir war aber gar nicht so zumute. Es liegt mir nicht, jedem Menschen zu zeigen, was in mir vorgeht. Vielleicht habe ich etwas übertrieben gelächelt. Ich wurde gleich gefragt, ob ich schon jemals mit einem Manne intim verkehrt habe und antwortete mit „Nein". Darauf wurde mir entgegengehalten: Dann besinnen Sie sich, was einen Tag vorher geschehen ist. Da wurde ich stutzig. Nachher wurde Paul Kranz gefragt, ob es wahr sei, was er behaupte, daß er in der Nacht vorher mit mir verkehrt habe. Darüber war ich empört, denn es war nicht wahr, und ich habe ihm zugerufen: Paul, wie kannst du so etwas behaupten. Die Geschichte von dem Tanzen ist nicht wahr. Rechtsanwalt Dr. Frey: Wollen Sie das auf Ihren Eid nehmen? Zeugin: Ja. Vors.: Für das Gericht hat dieser Punkt keine Bedeutung. Erster Staatsanwalt Steinbeck: Nachdem diese Frage einmal aufgetaucht ist, muß sie auch ganz aufgeklärt werden. Landgerichtsdirektor Duft: Meinetwegen mag der Rahmen des Prozesses immer weiter ausgedehnt werden. Dieser Punkt führt uns aber in der Förderung der Sache Kranz nicht weiter. Dr. Frey erneuerte nunmehr seinen vorher bereits abgelehnten Antrag, den Geschäftsführer des Europa-Hauses zu laden. Zeugin Hilde: Dort war ich ja noch nie.

Polizeivizepräsident Dr. Weiß: Darf ich Fräulein Scheller in Erinnerung bringen, daß ihr lächelndes und unbekümmertes Wesen, mit dem sie vor mir erschien, mich veranlaßte, ihr ins Gewissen zu reden. Darauf fing sie an zu weinen. Ich hatte aber den Eindruck, daß es nur Krokodilstränen waren.

Meiner Ueberzeugung nach hat sich das junge Mädchen mit einer Unbefangenheit benommen, die in Wirklichkeit sie als vollkommen gefühllos kennzeichnet.

Fräulein Scheller stellt es so dar, als ob sie die Wahrheit gesagt hat. Sie hatte aber alles vollkommen abgestritten.

Hilde: Ich habe nur den Verkehr bestritten. Zeuge Dr. Weiß: Es waren auch andere Herren zugegen. Hilde Scheller behauptete darauf, daß sie sich in der Aufregung zunächst auf diese Einzelheiten nicht besinnen konnte. Erst als sie dann näher gefragt wurde, sei ihr die Erinnerung wiedergekommen und da habe sie dann auch das zugegeben. Bis dahin habe sie immer nur geglaubt, daß es sich um etwas anderes drehe. Dr. Frey: Sie haben vorhin aber das glatt bestritten und positiv den Herrn Polizeivizepräsidenten der Unwahrheit geziehen. Das Gericht beschloß darauf nach kurzer Beratung von der Vernehmung des Polizeivizepräsidenten als Sachverständigen Abstand zu nehmen. Als Zeuge erklärte Dr. Weiß auf eine Frage des Vorsitzenden, daß die von ihm gegebene Charakterisierung der Zeugin Scheller sich auf seine jahrelangen Erfahrungen bei der Kriminalpolizei stütze. Dr. Frey wollte, daß der Zeuge auf Grund seiner Erfahrungen auch **Auskunft gebe, ob leichtsinnige Leute vorwiegend unglaubwürdig** seien. Dr. Weiß kann das weder bejahren noch verneinen, es hänge das von dem Einzelfalle ab. Damit war die Vernehmung dieses Zeugen beendet.

Hierauf wurde die Kriminalpolizeirätin **Wieking als Zeugin** aufgerufen, die in der Sache Kranz Ermittelungen angestellt und Hilde Scheller vernommen hat.

Zeugin: Hilde Scheller machte bei ihrer Vernehmung einen sehr unbefangenen Eindruck. Sie kam mir lächelnd und durchaus zum Scherzen und zur Unterhaltung geneigt entgegen. — Vors.: Was meinen Sie mit Unbefangenheit? — Zeugin: Sie war harmlos, als wenn nichts geschehen wäre, und das zwei Tage nach der Tat. Sie sprach sich offen darüber aus, daß sie beim Küssen eine Entspannung gefühlt hätte. Da sie an den Verkehr mit jungen Leuten dadurch nun gewohnt sei, brauche sie so etwas, und deswegen habe sie sich immer neue Freunde gesucht."

Weiter erklärte die Zeugin, daß der Vater Scheller ihr schilderte, wie Hilde ihrer Mutter entgegentrat, als sie diese zum erstenmal nach der Tat wiedersah. Sie habe getan, als sei nichts gewesen. Erst als sie gesehen hatte, daß die Mutter sehr erregt war, fiel es ihr ein, daß auch sie ernst sein müßte. Dann aber war sie gleich wieder so, als wäre nichts geschehen. Sie zeigte eine innere Unbeteiligung.

Vors.: „Der Vater tadelte also seine Tochter, und dabei verhielt er sich doch ebenfalls so, nach Ihrer Ansicht."

Zeugin: „Das habe ich auch angeführt. Mir fiel auf, daß der Vater, dessen Sohn doch tot war, **vor einer Zeitung beim Rätselraten** saß."

Dr. Frey: „Interessierte er sich nicht am meisten dafür, daß sein Geschäft keinen Schaden erleide? Ich könnte nur auf diese Frage verzichten, wenn der Staatsanwalt auf den Vater als Zeugen verzichtet und das Gericht sich der Ansicht anschlösse, **das Kind sei weniger schuld als die Eltern.**"

Zeugin: „Als ich mit dem Vater über die nächste Zukunft seiner Tochter sprach, gab er mir zur Antwort, daß sein Geschäft wohl Schaden durch die Sache leiden würde."

Dr. Frey: Paßt es in Ihre Erfahrung, daß jemand als glaubwürdig erscheint, der sich so benommen hat, wie hier? Zeugin: Ich hielt Hilde Scheller für außergewöhnlich wenig beeindruckt und meine daher, daß ihre Glaubwürdigkeit sehr stark bezweifelt werden muß.

Dr. Frey: Ich bitte nun, Hilde Scheller vortreten zu lassen und zu fragen, ob sie auch diese Zeugin Lügen strafen will.

Hilde tritt darauf hervor und erklärt unbeirrt: Als ich damals verhört wurde, habe ich gar nicht gesprochen, sondern ich wurde nur gefragt. Zeugin Wieking: Ich muß dem ganz entschieden widersprechen. Hilde hat manchmal bei ihrer Aussage etwas gestockt, wenn es sich um sexuelle Dinge handelte. Sie hat ganz harmlos erzählt.

Damit war die Vernehmung der Polizeirätin beendet. Die Verhandlung, die ins Uferlose zu gehen schien, nähert sich nunmehr doch einem absehbaren Ende, so daß man **Mitte der nächsten Woche das Urteil erwarten darf.** Von der Verteidigung und der Staatsanwaltschaft wurde auf eine ganze Reihe von Zeugen verzichtet, darunter auf verschiedene Mitschüler des Angeklagten und der Zeugin Hilde Scheller, sowie auf Freunde beider. Auch Frau Scheller und den Vater Kranz will man nicht vernehmen, sondern nur den Vater Scheller und die Mutter des Angeklagten. Dr. Frey bestand jedoch auf der Ladung des Geschäftsführers vom „Europahaus". Das Gericht beschloß die Ladung, und darauf vertagte Landgerichtsdirektor Dr. Duft nach 19 Uhr die Weiterverhandlung des Prozesses auf Sonnabend früh 9½ Uhr.

Genossenschaftswahlen gültig erklärt!

Praktische Wohlfahrtspflege der Konsumgenossenschaft.

Eine außerordentliche Generalversammlung der Konsumgenossenschaft Berlin fand am 7. Februar im Gewerkschaftshaus statt; sie war erforderlich geworden, um den von kommunistischer Seite durch angestrengte Prozesse veranlaßten Reichsgerichtsentscheidungen zu genügen. Nicht weniger als zwölf Tagesordnungspunkte wurden verhandelt, bei denen es sich in der Mehrzahl um Bestätigung von Beschlüssen handelte, die in früheren Jahren bereits gefaßt worden waren.

Mit großer Mehrheit, zum Teil einstimmig, wurde einer Reihe von statutarischen Aenderungen zugestimmt, wurden die Bilanzen für die Geschäftsjahre 1925/26 und 1926/27 genehmigt und der Erwerb von Grundstücken in Berlin, Sperenberg, Finkenkrug und Eichkamp gutgeheißen. Kommunistische Vorstöße, die teilweise recht unsachliche Formen annahmen, erfuhren ihre Erledigung durch Uebergang zur Tagesordnung. Dem Bericht des Zentralwahlleiters über die vor kurzem vollzogenen Wahlen zur Vertretergeneralversammlung ist zu entnehmen, daß nur ein Protest eingereicht worden ist, der sich zudem als unbegründet erwiesen hat; die Wahlen wurden von der Generalversammlung für gültig erklärt. Infolge Stimmengleichheit in zwei Wahlbezirken hatte das Los über zwei Mandate zu entscheiden, die beide der „Opposition" (Kommunistische Partei) zufielen. Die Generalversammlung zählt nunmehr 429 Vertreter der Gruppe „Genossenschaftsaufbau" und 179 kommunistische Vertreter. Bei den Wahlen zum Aufsichtsrat entfielen 400 Stimmen auf die Vorschläge der Gruppe „Genossenschaftsaufbau", 171 Stimmen wurden für die kommunistischen Vorschläge abgegeben. Der 21 Köpfe zählende Aufsichtsrat setzt sich für die Folge aus 16 Vertretern der Gruppe „Genossenschaftsaufbau" und 5 Kommunisten zusammen. Die Wahlen der Vertreter zu den Genossenschaftstagungen, ebenfalls auf Grund des Verhältniswahlsystems vollzogen, ergaben: für den Revisionsverbandstag 2 Genossenschaftsaufbauvertreter, 1 Kommunisten, für den Zentralverbandstag 2 Genossenschaftsaufbauvertreter.

Im Laufe der Verhandlungen machte Geschäftsführer Mirus die Mitteilung, daß Vorstand und Aufsichtsrat beschlossen haben, aus Anlaß der am 15. Februar erfolgenden Eröffnung des neuen Konsumwarenhauses am Oranienplatz den erwerbslosen Genossenschaftsmitgliedern eine Sonderzuwendung von 5 Mark zuteil werden zu lassen; für die Berechtigung zum Bezug der Spende ist der Nachweis einer vierwöchigen Erwerbslosigkeit und eines Umsatzes von 400 Mark im Geschäftsjahr 1926/27 erforderlich.

Neuregelung der Sonntagsruhe.

Der Polizeipräsident von Berlin hat durch Verordnung vom 8. Februar mit Wirkung vom 1. März dieses Jahres die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe neu geregelt. Danach ist der bisher an allen Sonn- und Festtagen gestattete allgemeine Nahrungs- und Genußmittelhandel künftig im wesentlichen auf den Handel mit frischer Milch (Milch jeder Art sowie Sahne) sowie mit Bäckerei-, Feinbäckerei- und Konditorwaren (mit Ausnahme von Bonbons, Schokoladen und Konfitüren) beschränkt. In den Monaten Juni bis September ist außerdem der Handel mit frischem Obst und mit frischem Gemüse in zwei Vormittagsstunden zugelassen.

Betrügerische Wohnungsvermittler.

Wohnungsamt und Polizei schreiten ein.

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit: Bei der Bearbeitung von Anträgen und Beschwerden durch das Zentralwohnungsamt ist in letzter Zeit die Erfahrung gemacht worden, daß die Antragsteller und Beschwerdeführer zur Erledigung ihrer Wohnungsangelegenheiten sich in steigendem Maße angeblicher „Wohnungsvermittler“ oder „Wohnungsvermittlungsbureaus“ bedienen. Wiederholte öffentliche Hinweise darauf, daß es den meisten dieser „Vermittler“ nur um die „Einschreibegebühr“ und die „Provision“ zu tun ist, haben leider nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Diese „Vermittler“, unter denen sich sogar solche befinden, die mit erheblichen Gefängnis- und Zuchthausstrafen vorbestraft sind, verstehen es immer wieder, ihre Auftraggeber durch das Märchen von den „guten Beziehungen“ zu maßgebenden Wohnungsbeamten, bei denen sie angeblich stets vorgelassen werden, zur Hergabe neuer „Vorschüsse“ oder dergleichen zu bewegen. Einfachste, durch die Vermittler gestellte Anträge, ein Gang des „Vermittlers“ zum Zentralwohnungsamt werden oft mit vielen hundert Mark bezahlt in dem Glauben, daß nur die angeblich guten Beziehungen des „Vermittlers“ die Sache zu einem guten Ende führen könnten. Es ist bedauerlich und erstaunlich, daß hierauf immer noch sehr zahlreiche Antragsteller und Beschwerdeführer hereinfallen, die, wenn sie ihre Sache selbst vertreten, sehr viel Geld sparen und manche unangenehme Enttäuschung vermeiden würden. Dem vereinten Vorgehen des Zentralwohnungsamtes und der Polizeibehörden ist es zu verdanken, daß einer ganzen Reihe derartiger „Wohnungsvermittler“ durch Untersagung des Gewerbebetriebes das Handwerk gelegt wurde.

Genosse Hermann Dittmann 65 Jahre alt. Heute begeht der Genosse Hermann Dittmann, Köpenick, Dorotheenstraße 10, seinen 65. Geburtstag. Der Genosse Dittmann ist seit mehr als 30 Jahren im Dienste der Partei, Gewerkschaft und Konsumbewegung. Besondere Verdienste hat er sich in der Landagitation erworben. Jetzt ist er wieder ausschließlich unter dem städtischen Proletariat tätig. In der letzten Werbewoche war er einer der erfolgreichsten Werber in Köpenick.

Goldene Hochzeit eines Parteiveteranen. Einer unser alten bewährten Kämpfer, der Genosse Otto Noack, Baumschulenweg, Baumschulenstraße 77, begeht am heutigen Tage mit seiner Frau Johanna das Fest der goldenen Hochzeit. Wir wünschen dem Paare noch recht gesunde Lebensjahre und danken ihnen für die bis zum heutigen Tage in unseren Reihen geleistete Arbeit.

Sport.

Domgörgen behält das blaue Band

Breitensträter schlägt Buffi knapp.

Im Sportpalast verstand es gestern abend Mittelgewichtsmeister Domgörgen, seinen Titel gegen Hermann Herse zu halten. Nach einem bis zur dreizehnten Runde völligen offenen Kampf schwamm in der 14. Runde Domgörgen, während die letzte Runde haushoch für Domgörgen entschied.

Breitensträter beschränkte sich im Kampf gegen den Italiener Buffi auf Zermürbungstaktik.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Trepp. rechts, zu richten.

2. Kreis Charlottenburg und Spandau. Heute, Sonnabend, 11. Februar, von 17 bis 18 Uhr, im Jugendheim Charlottenburg, Rosinenstr. 4, Juristische Sprechstunde.

123. Abt. Karlshorst. Sonntag, 12. Februar, 10 Uhr, Besichtigung der neuen Schule in Karlshorst-Süd. Treffpunkt 9 Uhr bei Eicherodt.

128. Abt. Freie Scholle bei Tegel. Heute, Sonnabend, 11. Februar, 20 Uhr, im Lokal „Schollenkrug“ Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die politische Lage.“ Referent Georg Stieglitz. Alle Genossinnen und Genossen sowie „Vorwärts“-Leser und Sympathisierende sind herzlichst eingeladen. Wir erwarten zahlreiches Erscheinen.

Frauenveranstaltungen:

25. Abt. Die Notiz des Kreisbildungsausschusses über die Arbeiter-Bildungsschule wird dringend der Beachtung empfohlen.

Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt.

6. Kreis Wilmersdorf. Montag, 13. Februar, 20 Uhr pünktlich, bei Kreiß, Holsteinische Str. 60, Ecke Gasteiner Straße, Schulungskursus. Thema: „Aufbau und Aufgaben der Wohlfahrtsämter.“ Referentin Genossin Minna Todenhagen. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Jungsozialisten:

Groß-Berlin. Votanzeige: Montag, 20. Februar, 19½ Uhr pünktlich, im Preußischen Landtag, Prinz-Albrecht-Str. 5, Zimmer 12, Gesamtveranstaltung. Vortrag: „Klassenkampf und Kulturpolitik.“ Referent Alexander Stein.

Kinderfreunde Groß-Berlin.

Kreis Kreuzberg. Gruppe Südost: Heute Rote-Falken-Fahrt. Treffpunkt Yorck- Ecke Belle-Alliance-Straße, um 15½ Uhr. Es sind 50 Pf. Fahrgeld und das Essen mitzubringen.

Funkwinkel.

Die Gegenwart hat den Sinn für das Tragische und Pathetische verloren. Dies ist der Grundgedanke der Ausführungen, die Dr. Arnold Hahn unter dem Titel „Die Ausrottung des Tragischen“ mit einer blendenden Dialektik den Hörern unterbreitet. Hahn sieht in der Liebe zum Tragischen eine erotische Perversität, etwas dumpf Barbarisches. Die Relativität aller Wertungen moralischer Begriffe und der Siegeszug der Technik haben die Tragik zum Untergang verdammt. Tragik basiert auf Unklarheit der Gefühle, auf einer Vergewaltigung des Verstandes durch das Gefühl. Klares Bewußtsein, das heute ausschlaggebend ist, bleibt der Gegner alles Tragischen. Die Erkenntnis der Kräfte, die das Weltall regieren, die Einsicht in die sozialen, wirtschaftlichen, künstlerischen und kulturellen Ideen zerstören die Liebe zur Tragik. Lachen notiert höher als Weinen oder edles Resignieren. Mag manches in Hahns Beweisführung überpointiert erscheinen, der Hörer muß unbedingt den Willen zur Klarheit und Sachlichkeit des Redners anerkennen; denn die meisten, die heute über die Vergangenheit spotten, opfern irgendeinem neuen Fetisch, und Hahn scheint von dieser Neigung frei zu sein. — Abends wird Händels Ezio aus der Städtischen Oper übertragen. Was gegen die Bühnenaufführung spricht, das Stagnieren, die Typisierung der Handlung, die im Grunde schematische Musik, die streng den Regeln der klassischen Schule folgt, gereicht der Oper in der Uebertragung zum Vorteil. Man hört nur die Musik, die Handlung ist gleichgültig. Und gerade, weil man nicht das Bühnenbild sieht, ist es belanglos, ob der Sänger bei Racheschwüren und Drohungen schmelzende Kantilenen singt. Der Zwiespalt zwischen schauspielerischem Ausdruck und Musik kommt dem Hörer hier nicht zum Bewußtsein. Händels Ezio erscheint dem modernen Menschen, der durch die Schule des Musikdramas gegangen ist, wie ein Oratorium. Der Rundfunkhörer erkennt aber von neuem, daß die alte Oper im Rundfunk die stärksten Wirkungen erzielt. F. S.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

63. Abt. Unser langjähriger Genosse und Mitkämpfer Gottfried Koslik, Grünauer Str. 65, ist verstorben. Ehre seinem Andenken. Einäscherung heute, Sonnabend, 11. Februar, 18½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg. Rege Beteiligung wird erwartet.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Werbebezirk Wedding: Festabend heute, 20 Uhr, in der Aula des Schiller-Lyzeums, Bank- Ecke Bürgerstraße. Aufführung des Sommernachtstraums. Mitwirkende: das Orchester der Aufbauschule Neukölln, der Singkreis und die Spielgemeinschaft der SAJ. Karten sind an der Abendkasse zum Preise von 40 Pf. zu haben.

Karten zur Proletarischen Feierstunde am Sonntag, 12. Februar, sind zu ermäßigtem Preise im Jugendsekretariat zu haben.

Heute, Sonnabend, 11. Februar, 19½ Uhr:

Werbebezirk Osten: Jugendheim Litauer Str. 18. Wanderleiterkursus. — **Falkplatz II:** Jugendheim Danziger Str. 62. Uebung der Tambourkapelle.

Morgen, Sonntag, 12. Februar:

Werbebezirk Osten: Jugendheim Tilsiter Str. 4. Lichtbildervortrag: „Die Ruhr von der Quelle bis Arnsberg.“ — **Wannsee:** Jugendheim im Zeichensaal der Schule Charlottenburger Straße. Lichtbildervortrag: „Kinderrepublik Seekamp.“ Beginn 18 Uhr. — **Werbebezirk Prenzlauer Berg:** Treffpunkt zur Fahrt nach dem Crossinsee 7½ Uhr Bahnhof Schönhauser Allee. — **Neukölln VI:** Spielen in der Königsheide. Treffpunkt 9 Uhr Hertzbergplatz, Zeitungskiosk. — **Tegel:** Jugendheim Bahnhofstr. 15, 20 Uhr. „Vor fünfzig Jahren.“ — **Werbebezirk Neukölln:** Heimabend in Britz, Chausseestr. 48, 19½ Uhr. Vortrag: „Kulturlehre des Sozialismus.“ — **Tempelhof:** Treffpunkt zur Fahrt 7½ Uhr Bahnhof Tempelhof. Abends kein Heimabend. — **Frankfurter Viertel:** Treffpunkt zur Fahrt 6½ Uhr Baltenplatz. — **Mitte, Köllnischer Park, Zentrum:** Jugendheim Zehdenicker Ecke Gormannstraße, 19 Uhr. Gemeinsamer Gruppenabend mit Lichtbildervortrag. — **Falkplatz I:** Treffpunkt zur Fahrt mit den Kinderfreunden 8 Uhr Gesundbrunnen (Millionenbrücke). Treffpunkt zum Heiteren Abend des Werbebezirkes 19 Uhr an der Sozialistenecke. — **Werbebezirk Schöneberg:** Jugendheim Bülowstr. 88. Heimabend. — **Steglitz:** Jugendheim Albrechtstr. 47. Treffpunkt zum Gruppenbesuch um 15 Uhr am Heim. — **Humannplatz:** Fahrt. Treffpunkt 7½ Uhr Prenzlauer Allee.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichs-Impfgegnerzentrale, Sitz Berlin. Schöneberg, Gotenstr. 22. Dienstag, 14. Februar, 20 Uhr, im großen Saal des Kriegervereinshauses, Berlin N, Chausseestr. 94, Lichtbildervortrag zur Frage der Zwangsimpfung. Referenten Dr. med. Steintel und Schriftsteller Reinhold Gerling. Eintritt frei.

Kant-Gesellschaft, Ortsgruppe Groß-Berlin. Universität, neues Aula-Gebäude, Franz-Josef-Platz (gegenüber dem Opernhaus), Hörsaal 1, Mittwoch, 15. Februar, 19½ Uhr, Vortrag Nr. 120: „Konstitutionstypen (vom geisteswissenschaftlichen Standpunkt)“. Prof. Dr. E. Otto, a. o. Professor an der deutschen Universität Prag. Eintritt für die Studierenden der Berliner Hochschulen gegen Vorweisung ihrer Erkennungskarte.

Berliner Gesellschaft für Psychologie und Charakterologie. Donnerstag, 16. Februar, 20 Uhr, spricht Kurfürstendamm 45 Dr. Günther über: „Schauspielerinnen.“ Anmeldung von Gästen an Geh. Sanitätsrat Dr. Albert Moll, Berlin W 15, Kurfürstendamm 45, erbeten.

Tierfreunde heraus! Versammlung Mittwoch, 15. Februar, 20 Uhr, Wernickes Festsaal (Stadthaus), Potsdamer Str. 39/39a, 2. Hof. Kreistierarzt Veterinärrat Dr. Liebert: „Praktische Winke für die Feststellung von Tierquälereien.“ Fritz Barschak: „Die Erziehung des Hundes.“ Aussprache. Eintritt frei. Gäste willkommen.

Arbeitsgemeinschaft für Forstschutz und Naturkunde E. V. Sonntag, 12. Februar, Besichtigung der Landesanstalt für Binnenfischerei. Treffpunkt 9¼ bis 9¾ Uhr am Eingang der Landesanstalt in Berlin-Friedrichshagen, Seestraße, hinter dem Wasserwerk. Führung: Geheimrat Prof. Dr. P. Schiemenz.

Briefkasten der Redaktion.

M. F. 30. Nein. — **H. B. 117.** 1. Sie haben keinen Anspruch auf Stundung oder Erlaß der Hauszinssteuer, da Ihr Gesamteinkommen mehr als 27 M. wöchentlich beträgt. 2. Nein. — **E. 12.** Der Hauswirt ist zur Beseitigung der Mängel verpflichtet, da es sich um laufende Instandsetzungsarbeiten handelt. — **A. G. 37.** 1. Nein. 2. Ja. 3. Der Hauswirt ist berechtigt, den Gemeindezuschlag in Höhe von 100 Proz. der Grundvermögenssteuer auf die Mieter umzulegen. — **E. G. Ja.** Die Steuer ist bis zum 31. März 1927 zu entrichten.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend (Nachdr. verb.). Anfangs bewölkt mit geringen Niederschlägen und frischen westlichen Winden, später etwas Aufheiterung mit Abkühlung. — **Für Deutschland:** Im Mittel-, Süd- und Ostdeutschland bewölkt mit Regenfällen, in Norddeutschland unbeständig.

Am Donnerstag, dem 9. Februar, verstarb unser lieber Mitarbeiter und Kollege, der Buchbinder

Hermann Diamant

im Alter von 71 Jahren.

Den plötzlichen und unerwarteten Heimgang dieses schätzenswerten Menschen betrauern wir aufs tiefste und werden seiner stets ehrend gedenken.

Berlin, den 10. Februar 1928.

Geschäftsleitung und Betriebsrat der Vorwärts Buchdruckerei.

Beerdigung: Montag, den 13. Februar, 10 Uhr, von der Leichenhalle des jüdischen Friedhofs in Weißensee, Lothringenstraße.

Statt besonderer Nachricht

Am 9. Februar starb nach schwerem Kampf unsere innigstgeliebte Tochter und Braut

Elisabeth

Um stilles Beileid bitten die Hinterbliebenen

Theodor Karge und Frau
Rudolf Baak als Verlobter

Die Einäscherung findet am Montag, 13. Februar, 12 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Am 6. Februar verschied nach schwerem Leiden unser Genosse

Wilhelm Gunst

Fichte, 8. Gruppe

im Alter von 47 Jahren. Die Einäscherung findet erst Montag, 13. Februar, 18 Uhr, Gerichtstraße, statt.

Treffpunkt der Gruppen und Vereine mit Fahnen um 17½ Uhr Nettelbeckplatz.

Arbeiter-Sport-Verein Fichte
J. A.: Kitsch.
Kreisrat des I. Kreises A.-T.- u. S.-B.
J. A.: Reichert

Zwangsversteigerung.

Am 16. Juni 1928, vormittags 9 Uhr, werden an Gerichtsstelle hier, Zimmer 110, die im Grundbuche von Teltow, Band 6, Blatt 213 eingetragenen Grundstücke — bebauter Hofraum mit Hausgarten Ritterstraße 88, Gartenhinterland an der Ritterstraße und Straße 6a und Straße zur Straße 6a — zwangsweise versteigert.

Beschreibungen über Bezeichnung, Lage und Größe pp. können hier, Zimmer 114, eingesehen werden.

Bln.-Lichterfelde, den 7. Februar 1928.

Das Amtsgericht.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Montag, den 13. Februar, nachmittags 5 Uhr, im Parterresaal des Verbandshauses, Linienstr. 83-85

Branchenversammlung

aller in der Geldschrankindustrie beschäftigten Kollegen.

Tagesordnung: 1. Branchenangelegenheiten. 2. Verschiedenes.

Die Kollegen werden ersucht, die Versammlung restlos zu besuchen.

Achtung! **Bauklempner** Achtung!

Montag, den 13. Februar, abends 7 Uhr, in den „Musikersälen“, Kaiser-Wilhelm-Straße 31

Versammlung

aller in den Innungsbetrieben beschäftigten Klempner.

Tagesordnung: Stellungnahme zum Rahmen- und Lohntarif.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

Die Ortsverwaltung.

Teppiche

Großer Posten web- und farbfehlerhafter Stücke in allen Größen weit unter regulärem Preis

Boucle	170/240	M. 13.—
Mottled	200/300	M. 28.—
Brüssel-Boucle	200/300	M. 61.—

Brücken, Läufer, Tisch- u. Diwandecken enorm billig

Smyrna-Fabrikteppich-Verkauf

Ecke Schützenstraße (Eingang Friedrichstraße 204)

Auf Wunsch Zahlungserleichterung

Prima Kammgarne

für Anzüge

9.75 bis 14.75 Mk. pro Meter

Kurt Dembinsky,
SO., Reichenberger Str. 160.
Hochbahn — Kottbusser Tor.
(L. F. 45)

Trauringe

1 Dukaten	Rm.	14.—
1½ „	„	20.80
2 „	„	28.—
585 Gold von	„	6.—
333 „	„	3.50

Reparaturen in eig. Werkstatt. (G. F.)

Hermann Werner, N. 58, Pappelallee 3

Möbel-Kamerling

Kastanienallee 56

15 Speise-, 55 Schlaf-, 60 Herrenzimmer, 50 Küchen, Ankleideschr., Polsterm., Flurmöbel, Korbmöbel. [G.P.]

Herabgesetzte Preise. Zahlungserleichter.

Leihhaus

Hans Kiekbusch [G.F.19]

höchste Beleihung jeder Wertsache

Danziger Str. 2 an der Schönhauser Allee

Ischias Spezialbehandl. nur für schwere Fälle, Rh., Gicht und Hals-, Nerven-, Kopfschm. in 15 Tagen bewiesen. Unzählige Heilerfolge. Bestätigung und Referenzen. Ärztl. empfohlen. Invalidenstraße 106. 9-11, 1-4. Sonntags 10-12.

Stempel Abzeichen Banner

H. Rößler

Gr. Frankfurter Straße 15 gegenüber Rosetheater.

Erfolg haben Inserate im Vorwärts

Erfinder — Vorwärts

strebend. Verdienstmöglichkeit? Aufklärende Broschüre „Ein neuer Geist“ gratis durch Erdmann & Co., Berlin, Königgrätzer Str. 71

Gewürze

ganz und gemahlen!

in Packungen von 25 gr., 50 gr., ¼ Pfd.

Vor dem Einkauf empfehle ich, die Gewürze im Schaufenster zu beachten; alle Sorten sind zur Zeit ausgestellt.

CARL TAMASCHKE

Berlin SO., Dresdener Straße 121—123

Gegr. 1905 **Betten-Hühn** Kurf. 7704

W 30, Gleditschstraße 47, am Winterfeldtplatz

Füll-Federn, Pfd. M. 5.00, 3.50, 2.00,	1.25
Inlett, gestr. 130/200 M. 14.00, 115/200 12.00, 80/80	3.20
Metallbett, 80/180, 33 mm Bügel u. 16 Zugfed.	22.00
Auflagen, 3teilig m. Keilk. 30.00, 25.00, 22.00,	16.00
Ruhebett m. 40 Spiralfedern 60.00, 55.00, 50.00,	45.00

Andere Maße und Qualitäten, einfacher oder besser, Preise entsprechend.

Dampf-Bettfedern-Reinigung mit elektrischem Betrieb

Vormittags gebrachte Betten liegen ab 16 Uhr gereinigt bereit. Bei einem Stand frei Haus!

Zu noch nie dagewesenen Preisen

bringen wir

Stores, Gardinen, Bettdecken

Künstler-Gardinen in besten Qualitäten für 3.90, 7.50, 8.90 M.

Halbstores in allen Webearten 1.75, 4.50, 5.50 8.— M.

Gardinen-Reste Stores-Schals u. Stores-Fenster zum halben Preis.

— Einzelverkauf von 9—7 Uhr. —

Spezial-Gardinen-Werkstätten

Neukölln, Bergstr. 67

2. Stock, am Ringbahnhof

Kein Laden!

Auf Teilzahlung

Herren-, Damen-Garderobe

Anzüge, Gummi-Mäntel, Kleider

MÖBEL

bis 18 Monatsraten

Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer Küchen, Einzelmöbel, Federbetten

Antel Gr. Frankfurter Str. 34 (Strausberger Platz).

Nolte-Möbel

Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Einzel-Möbel, Küchen, Sofas, Ruhebetten auch

gegen 24 Monatsraten

Schönhauser Allee 141a

Hochbahn Danziger Straße

Verkäufe

Teppiche mit Farbfehlern. 2×3, 34.—. Farbfehler, 2½×3½, 39.—. Farbfehler, 2½×3½, 48.—. Farbfehler, 3×4, 55.—. Farbfehler, 3×4, 69.—. Farbfehler, 3×4, 85.—. Körner, Potsdamerstraße Nr. 28a.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Wenig getragene Kavaliersgarderobe von Millionären Verleiern Anwälten. Fabelhaft billige Preise. Empfehle Taillenmäntel, Paletots, Fracks, Smokings, Gehrockanzüge, Hosen, Sport-, Gehpelze. Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe. Weitester Weg lohnend Lothringerstraße 56, 1 Treppe. Rosenthaler Platz.

Wenig getragene, teils auf Seide gearbeitete, erstklassige Jackettanzüge, Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Winterpaletots, Ulster, Bauchanzüge, für jede Figur passend, außerdem hochelegante neue Garderobe, von erstklassigen Schneidern gearbeitet, zu staunend billigen Preisen. Herren-Geh- und Sportpelze. Besonders billig: Pelzjacken, Pelzmäntel im Leihhaus Lowicki, Brunnenstraße 103, eine Treppe. Keine Lombardware.

Verleih hochelegante Gesellschaftsanzüge. Leihhaus Lowicki, Prinzenstraße 103.

Bettenverkauf! Nagel 9.75! 15.—, 19.50! Prachtvolle 27.50! Bauernbetten 32.—! Daunige 37.50! Kinderbetten 8.75! Bettwäsche! Inlettal (spottbillig und gut! Keine Lombardwaren. Leihhaus, Brunnenstraße 47.

Wenig getragene Jackettanzüge, teils auf Seide, 18.—, Smokinganzüge, Bauchanzüge, Taillenmäntel, Paletots. Garantiert neu billig. Gelegenheitskäufe in neuer Herrengarderobe. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203—204, Ecke Rosenthalerstraße. Keine Lombardware.

Nähmaschinen

Dürkopp-Nähmaschinen gegen 5-Mark-Wochenraten. Bloch, Brunnenstraße 183, zwischen Rosenthalerplatz und Invalidenstraße. Norden 118.

Möbel

Patentmatratzen, „Primissima“-Metallbetten, Auflegematratzen, Chaiselongues. Walter, Stargarderstraße achtzehn. Spezialgeschäft.

Massenposten. Nußbaumbüfetts, Kredenzen, Schreibtische, Salonumbaue. Herabgesetzte Preise. Zahlungserleichterung. Kamerling, Kastanienallee 56.

Musikinstrumente

Kleinpianos, überaus preiswert. Pianofabrik Lind, Brunnenstraße 95.

Pianos 200.—, 475.—, 675.—, gebraucht, große Auswahl in neuen; langjährige Garantie. Seyer, Brunnenstraße 191, 1 Treppe, Rosenthaler Platz. Teilzahlung.

Fahrräder

Teilzahlung. Riesenauswahl! Diamanträder, Görickeräder, Opelfahrräder, Triumphräder, Mulitplexräder, Wittlerräder, Monopolräder, bildschöne Rennmaschinen, entzückende, schnellaufende Straßenrenner, sechsjährige Garantie, Kaufzwangloser Lagerbesuch. Fahrradrahmen 12.—, Kastenräder 28.—, Schlawe, Weinmeisterstraße vier.

Fahrräder, erstklassige Markenräder. Teilzahlung. Fahrradhaus Centrum, Linienstraße neunzehn.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Silbersachen, Zinn, Blei, Quecksilber, Goldschmelze, Christionat, Köpenickerstr. 20 (nahe Adalbertstraße).

Verschiedenes

Saalbau Alpenhort, Invalidenstr. 61, Lehrter Bahnhof. Jeden Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag: Großer Ball. Treffpunkt der Strohwitwer. Erstklassige Stimmungskapelle.

Lalibesäle, Martin-Luther-Straße 10. Mittwochs, Donnerstags, Sonnabends und Sonntags Eliteball der reiferen Jugend. Fabelhafte neue Saaldekoration.

Hebamme, Hildesheim, langjährige Praxis, Bülowstraße 62.

Vermietungen

Zimmer

Ausgebaute Dachstube, Miete 21.—, abzugeben. Marten, Alexanderstraße 29a.

Leerzimmer abzugeben. Kellert, Tannenburgerstraße 6, Gleimstraße.

Frankreichs Finanzen und Währung

Sorgen und Probleme.

In der ganzen Nachkriegszeit haben die französischen Staatsfinanzen an einer Ueberbelastung durch innere Schulden gelitten, deren Fälligwerden zu allem Uebel meistens verhältnismäßig rasch aufeinander folgte. So hingen die Geschicke der französischen Währung stets davon ab, ob es der jeweiligen Regierung gelang, soviel Vertrauen bei den Anleihegläubigern zu erwerben, daß diese mit dem Umtausch fälliger Staatsschuldverschreibungen in neue — ebenfalls kurzfristige — Renten einverstanden waren und den Staat der peinlichen Verpflichtung enthoben, Barrückzahlungen auf Anleihen vorzunehmen, die er aus den Mitteln des an sich stark angespannten Staatshaushalts nicht hätte bestreiten können.

Die große Menge der in jedem Jahr fällig werdenden staatlichen Schuldtitel bedeutete eine Gefahr für jede Regierung, zumal recht erhebliche Beträge sich zusammengefaßt im Besitz der Banken befanden, die gegebenenfalls in der Lage waren, mit ihrer Hilfe eine allgemeine

Panik zu inszenieren.

Der große Währungssturz, der im Sommer 1926 in Frankreich eintrat, ist auf ein Manöver der Großbanken zurückzuführen. Seit dem Frühjahr 1926 legten die Banken fällige Staatsschuldtitel an den Kassen des Staats zur Zahlung vor, anstatt sie, wie bis dahin, zu verlängern. Die Folge war, daß die kleinen Rentner unruhig wurden und ebenfalls zum großen Teil auf Barzahlung bestanden. Da ernstlich zu befürchten war, daß der Staat die Mittel zur Bezahlung der später fällig werdenden inneren Schuld aus der Notenpresse werde nehmen müssen, fiel der Frankenkurs weit über ein den wirklichen Verhältnissen entsprechendes Maß hinaus.

Als es Poincaré später gelang, das Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit des französischen Staates wiederherzustellen, konnte er darum nicht allein eine Stabilisierung des Frankenkurses durchsetzen, sondern brachte es ohne Schwierigkeiten fertig, die Währung auf den Stand wiederaufzuwerten, den sie vor Beginn des großen Sturzes innegehabt hatte.

Die französische Stabilisierungspolitik,

die seit dem Herbst 1926 eingesetzt hat, ist nicht, wie in anderen Ländern, in erster Linie Währungspolitik, sondern vielmehr Finanzpolitik gewesen. Das wichtigste Problem, das Poincaré bei der Uebernahme der Regierungsgeschäfte zu lösen hatte, war, die Vertrauenskrise der Anleihegläubiger zu beheben. Er hat sich dieser Aufgabe zu entledigen gesucht, indem er systematisch die Laufzeiten der inneren Schuld verlängert hat, um so — jedenfalls in der ersten Zeit — des lästigen Drucks entledigt zu sein, den dauernde Fälligkeiten innerer Schuld auf die Politik des Staates ausüben können. Darüber hinaus hat er sich bemüht, die Lage der französischen Staatsfinanzen in einem so günstigen Lichte erscheinen zu lassen, daß die Anleihegläubiger mit einer Verlängerung der fällig werdenden Anleihetitel einverstanden waren.

Mit dieser Politik der Konsolidierung hat Poincaré bisher einen sehr weitgehenden Erfolg gehabt. Sie ist aber noch nicht beendet, und besonders im ersten Halbjahr 1928 häufen sich die Fälligkeiten der inneren Schuld zu einer recht bedrohlichen Summe. Bis zum 3. Juni 1928 wurden im ganzen ungefähr 22 Milliarden Papierfranken — 3½ Milliarden Goldmark — zur Rückzahlung fällig. Da im Staatshaushalt für die Rückzahlung dieser Schulden keine ausreichende Deckung vorhanden ist, wird man versuchen müssen, den größten Teil dieser Schuld zu verlängern, und zwar mit weit hinausgeschobenen Fälligkeitsterminen, die den französischen Staat davor bewahren, daß er binnen kurzer Frist wieder vor neuen Schwierigkeiten der gleichen Art steht. Eine Prolongation fälliger Schulden hängt immer vom Vertrauen des Gläubigers in den Schuldner ab, aber selbst wenn das Ansehen Poincarés und hohe Zinsversprechen dazu ausreichen, eine derartige Festigung mit Erfolg durchzuführen, entstehen aus ihr für die

Zukunft der französischen Staatsfinanzen

Probleme, die heute noch keineswegs als gelöst angesehen werden können.

In dem Budget des Jahres 1928, das mit 42 Milliarden Papierfranken im Gleichgewicht ist, sind für den Dienst der Staatsschuld 14¼ Milliarden Papierfranken — also rund ein Drittel des Gesamtbudgets — eingestellt. Dieser Betrag, der sich weiter um die Beträge des Schuldendienstes erhöht, den die für die Verwaltung der schwebenden Schuld geschaffene Amortisationskasse durchführen muß, wird in den nächsten Jahren so lange zunehmen, als die Schuldenpolitik der französischen Regierung sich darauf beschränkt, fällig werdende Staatsschulden zu konsolidieren.

Schon heute erscheint die steuerliche Belastung der französischen Wirtschaft außerordentlich hoch. Es ist darum sehr zweifelhaft, ob die französische Wirtschaft in den nächsten Jahren in der Lage sein wird, eine noch höhere Belastung des Budgets durch den Dienst der inneren Schuld ohne Gewaltkuren zu ertragen.

Die Sozialisten fordern

zur Ermöglichung einer schnelleren Tilgung der inneren Schuld und zur Entlastung des Budgets die Erhebung einer einmaligen Steuer auf das Kapital, aber sie dürften mit ihrer Forderung kaum Aussichten haben, da schon die Radikalsozialisten gegen jede Kapitalsteuer stimmen. Ein anderer Ausweg für die Entlastung des Budgets besteht in einer Herabwertung der französischen Währung, wie sie von Caillaux befürwortet wird. Aber auch die Aussichten dieses Vorschlages sind nicht sehr günstig, da ein neues Absinken der Währung die Anleihegläubiger veranlassen würde, fällige Staatsanleihen genau wie im Sommer 1926 zur Barrückzahlung vorzulegen. So wird es bei einem geschickten finanzpolitischen Durchlavieren in der nächsten Zeit bleiben müssen, mit dessen Hilfe es vielleicht gelingt, den notwendigen Ausgleich des französischen Staatshaushalts unter einer erhöhten Belastung durch die innere Schuld zu erreichen.

Die Stabilisierung der französischen Währung durch Gesetz

würde vor der Klärung dieses großen Budgetproblems zum mindesten alle Möglichkeiten abschneiden, durch eine Währungssenkung die innere Schuld abzuwerten und so das Budget zu entlasten. Die wichtigste Voraussetzung der gesetzlichen Stabilisierung ist aber die langfristige Regelung der inneren Schuld (Konsolidierung), ohne deren Durchführung es im Prinzip den Anleihegläubigern jederzeit möglich wäre, den französischen Staat zu zwingen, für die Rückzahlung von Anleiheschulden die Notenpresse in Betrieb zu setzen.

In der Währungspolitik befindet sich Frankreich heute noch in einem Schwebezustand. Nichts ist gesetzlich festgelegt. Alles beruht auf dem Vertrauen in die gegenwärtige Regierung und auf den Devisenfonds der Bank von Frankreich. Ein Fehlschlagen der Konsolidierungsaktion kann die Währung von neuem erschüttern, und so wird das Problem der Stabilisierung zu einem rein politischen Problem. Jede französische Regierung wird in Zukunft in ihrem Bestehen davon abhängig sein, ob sie sich in ihrer Finanzpolitik bemüht, den Wünschen der Anleihegläubiger, vor allem den Wünschen der Banken zu entsprechen, die ohne weiteres in der Lage sind, mit Hilfe der Fälligkeiten der inneren Schuld Vertrauenskrisen über Vertrauenskrisen hervorzurufen. Daneben ist aber auch die Regelung der französischen Kriegsschulden nicht ohne Bedeutung für die Wahl des günstigsten Augenblicks für die gesetzliche Stabilisierung.

g—b.

Wirtschaftskritik eines Mütterchens.

Zum Jahresabschluß der AEG. — Die Sorgen des Alters.

Bald nach unserer Besprechung des letzten Gewinnabschlusses der AEG. erhielten wir den Brief einer Arbeiterfrau, den wir wegen der eingestreuten zu persönlichen Bemerkungen glaubten nicht veröffentlichen zu dürfen. Auf der anderen Seite aber spricht er vielen, besonders alternden Arbeitern aus dem Herzen, deren Lage besonders schlimm ist, wenn sie alle ihre Ersparnisse verloren haben wie in diesem Falle. Der Brief macht auch auf Fehler in der Betriebs- und Personalpolitik großer Unternehmungen bei Schwankungen in der Beschäftigung aufmerksam, wo Rücksicht auf die alten Leute vielleicht möglich wäre, und lenkt die öffentliche Aufmerksamkeit auch auf das Schicksal der Alters- und Invalidenrentner, das nach dem unverschuldeten Verlust aller Ersparnisse selbst dann noch traurig ist, wenn zur Alters- und Invalidenrente noch eine kleine Betriebspension hinzuträte. Die Wirtschaftskritik des Mütterchens geht deshalb viele an, und wir veröffentlichen sie in allen Teilen, die nicht allzu persönlichen Charakter tragen. Der Brief lautet:

„Alles, was mit der AEG. zusammenhängt, hat für mich großen Reiz, was Sie vielleicht verstehen werden, wenn ich Ihnen mitteile, daß mein Mann schon über 30 Jahre dort beschäftigt ist. Als ich nun die Morgenzeitung aufschlage und Ihren Bericht lese, kommt mir die Frage, wie es möglich ist, diese Gewinne zu erzielen, da doch die Arbeit so schlecht war. Ich kann Ihnen mitteilen, daß auch früher manchmal Krisen eintraten, aber doch nicht so wie heute. Im Jahre 26 hat mein Mann ein Einkommen von 1263 M. gehabt, etwas mehr ist es ja im Jahre 27 geworden, aber den genauen Bescheid bekommen wir erst in den nächsten Tagen.

Erst jetzt wieder mußte mein Mann aussetzen, was doch für uns sehr fühlbar ist. Nun heißt es immer, die AEG. hat große Aufträge, was nützt es aber, wenn die Einteilung fehlt. Es ist heut überall dasselbe, die Menschen haben kein Interesse mehr, es geht so im Schlendrian, ob da einer Schaden durch hat oder nicht, ist den bessergestellten Beamten egal.

Nun komme ich zum Kern der Sache! Wenn soviel Verdienst vorhanden ist, könnte sich dann die Generaldirektion nicht bereitfinden, ihren alten Arbeitern, die 30 Jahre dort sind, durch ein kleines Geldgeschenk zu erfreuen? Wer 10, 20 und 25 Jahre dort ist, bekommt ein Geldgeschenk, warum nun die Aelteren nicht mehr? Gerade jetzt, wo wir alt sind, unser bißchen Ersparnis haben wir verloren, wäre es eine große Wohltat. Aber wie gesagt, es hat ein Mensch für den anderen kein Herz.

Sie haben in Ihrem Blatt schon manches zur Sprache gebracht, vielleicht ist es auch dieses Mal möglich. Da ich nun gerade beim Alter angelangt bin, warum muß der Mensch, der zeitlebens geklebt hat, Wohlfahrtsgeld annehmen, denn die Sozialrente ist doch Armengeld, ob das nun solchen Namen trägt oder einen anderen. Wir kennen Leute, die nie eine Marke geklebt haben, bekommen aber monatlich 60 Mark Unterstützung, und was bezieht der Rentner? So ungerecht wie jetzt war es noch nie in der Welt. Ich könnte Ihnen so manches erzählen, alles zu schreiben, hat man keine Zeit. Ich bin aus einer Arbeiterfamilie, wir waren 13 Geschwister. Vater war 27 Jahre Arbeiter bei Borsig, als er starb. Mein Mann ist seit über 30 Jahren in Arbeit bei der AEG.. Wir hatten soviel Krankheit durchgemacht, aber Bettelei ist uns fremd, lieber sterben. Nun sagt mein Mann, die Rente, ja, das ist mein Recht, aber das langt doch nicht zum Leben, und Bettelgeld nehme ich nicht . . .“

Dieser Brief spricht für sich selbst. Er bedarf keiner Erklärung und Verdeutlichung. Natürlich ist es falsch, durch persönliche Geldgeschenke einem allgemeinen sozialen Schaden abhelfen zu wollen, wenn es im Einzelfall u. U. auch ein Ausweg sein kann. Aber der Brief weist ja selbst auf die Wichtigkeit wenigstens regelmäßiger Beschäftigung im Alter hin. Er beleuchtet aber vor allem mit großer Würde den seelischen Konflikt, Dutzende von Jahren ehrlich gearbeitet zu haben und dann — nicht zuletzt wegen der verlorenen Ersparnisse — noch auf Wohltätigkeit angewiesen zu sein. Das ist in der Tat auch ein allgemeines soziales Problem, das die Oeffentlichkeit beschäftigen müßte.

Neue Festigung des Eisenmonopols.

Ausnahmepreise für den Waggonbau.

Wie gemeldet wird, hat der Stahlwerksverband mit der Deutschen Wagenbauvereinigung, das ist der die Reichsbahn beliefernde Ring der deutschen Waggonfabriken, ein Sonderabkommen für die Stahl-, Formeisen- und Bandeisenbelieferung geschlossen. Die Belieferung erfolgt durch eine von den Werkshandelsfirmen gegründete Wagenbaueisenvereinigung. Der Vertrag soll von der Reichsbahn befürwortet worden sein.

Es mag für die deutschen Waggonbaufirmen auch vom Standpunkt der Reichsbahn zweckmäßig sein, niedrigere Preise und bessere Bezugsbedingungen bei der Eisenversorgung zu erhalten. Im volkswirtschaftlichen Interesse ist diese neue Sondervereinbarung aber in hohem Maße unerwünscht. Sie bedeutet zunächst eine Stärkung des Werkshandels und eine weitere Ausschaltung des freien Eisenhandels. Weiterhin bedeutet sie eine neue Form und eine weitere Ausdehnung des monopolistischen Gebietsschutzes. Endlich läßt sich, die Erfahrungen mit der Avi schrecken, nicht absehen, wie derartige Sondervereinbarungen zur restlosen Beseitigung der freien Wirtschaft und die gleichzeitige Einräumung besonderer Vorteile sozial und innenpolitisch ausgenützt werden. Selbstverständlich, daß man sich Arbeitgeberverbände anderer Kreise durch Preisvorteile gefügig machen kann.

Infolgedessen besteht hier ein neuer Anlaß, daß sich das Reichswirtschaftsministerium um die Politik der Eisenverbände kümmert. Das Kartellgesetz von 1923 hat auch einen § 10, der es möglich macht, gegen derartige, die Gesamtwirtschaft schädigende Sondervereinbarungen vorzugehen. Wir müssen dem Herrn Reichswirtschaftsminister auf diese Möglichkeit aufmerksam machen.

Entlastung des Schweinemarktes.

Ankündigung des preußischen Landwirtschaftsministers.

Nach dem amtlichen Preußischen Pressedienst hat Landwirtschaftsminister Dr. Steiger an den Reichsernährungsminister den Antrag gerichtet, zur sofortigen Entlastung des Schweinemarktes der deutschen Fleischwarenindustrie einen Kredit von drei Millionen zur Verfügung zu stellen, und zwar aus dem für die Organisation des Fleischabsatzes in Aussicht genommenen 30-Millionen-Fonds. Die Fleischwarenindustrie könnte mit Hilfe dieses Kredits wöchentlich einigte tausend Schweine über ihren Bedarf hinaus zu Dauerwurst, Schinken und Speck verarbeiten, die dann in den Sommermonaten Juli—September zum Verkauf kommen könnten, wo stets eine saisonmäßige Erhöhung der Schweinepreise eintritt.

Weiter hat sich der Minister für eine Förderung des bereits bestehenden Exportes von fertigen Fleischwaren eingesetzt, der im letzten Jahre schon über 13 200 Zentner betrug. Dieser Export könnte dadurch gefördert werden, daß den Fleischwarenfabrikanten der Wettbewerb im Ausland durch eine Exportvergütung erleichtert wird, und zwar in der Form eines Einfuhrscheines im Werte derjenigen Gerstenmenge, die für die Herstellung einer gleichen Menge frischen Fleisches erforderlich ist.

Zwei Drittel des Kapitals verlorengegeben.

Warum? — Die Verwaltung schweigt.

Ganz überraschend kommt die Verwaltung der Maschinenfabrik Germania A.-G. in Chemnitz mit dem Vorschlag, ihr Aktienkapital von 2,8 auf 0,93 Millionen Mark, also auf ein Drittel zusammenzulegen. Das Unternehmen stellt hauptsächlich Kältemaschinen und Brauereianlagen her, gehört also zu einem Industriezweig, der im vergangenen Jahr sehr gut beschäftigt war. Wenn also die Verwaltung, die ihren Antrag noch vor der Generalversammlung zu vertreten hat, Absatzschwierigkeiten und daraus entstandene Verluste anführen sollte, so kann das nicht an der Konjunktur, sondern nur an der Verwaltung liegen. Andererseits konnte aber noch bei dem letzten Abschluß für 1926, der erst im Mai 1927 der Generalversammlung vorgelegt wurde, von finanziellen Schwierigkeiten keine Rede sein. Es wurde ein Reingewinn von über 80 000 Mark erzielt und die Bilanz schien bei 1,1 Millionen Mark Forderungen gegen 0,6 Millionen Mark Schulden sehr flüssig. Dazu erklärte die Direktion damals, daß der Auftragseingang sich gebessert habe. Irgend etwas muß also bei dem Unternehmen nicht stimmen, von dem die Oeffentlichkeit seit Mai 1927, also in der ganzen kritischen Zeit, nichts hörte. Die Generalversammlung im März wird hoffentlich in die Dunkelkammer der Verwaltung hineinleuchten, was auch im Interesse der Belegschaft, die 800—1000 Mann beträgt, erforderlich ist.

Die Teuerung in Frankreich.

Paris, 10. Februar. (Eigenbericht.)

Die Preise steigen in Frankreich nach wie vor weiter. Der Index der Großhandelspreise, der im Oktober 1927 eine Aufwärtsbewegung zeigte, hat sich nach der neuesten Statistik auch im Januar dieses Jahres um weitere drei Punkte erhöht. Auch der Kleinhandelsindex ist um sieben Punkte gestiegen. Trotzdem bringt es das Pariser Statistische Amt, dessen Erhebungen für die Lohnfestsetzung von größter Bedeutung sind, fertig, eine Ermäßigung der Lebenshaltungskosten herauszurechnen. Der Index der Lebenshaltungskosten sei im vierten Quartal von 501 auf 498 gesunken. Demgegenüber ist nur darauf hinzuweisen, daß der gleiche Index in Bordeaux auf 571, in Marseille auf 604 steht.

Die Reichsbank hat am Ende der ersten Februarwoche mit insgesamt 197,9 Millionen Mark Rückgang für Wechselkredite und Lombarddarlehen nur eine geringe Entlastung zu melden. Das ist natürlich, nachdem die Beanspruchung für den Januarultimo ebenfalls auffällig gering war. Die Wechselbestände sanken um 129,3 auf 2243,6, die Lombardbestände um 68,5 auf 22,8 Millionen Mark. Auf dem Konto der zinslosen Girogelder der Reichsbankkundschaft erfolgte eine Zunahme um 11,2 auf 509 Millionen. Der Umlauf von Reichsbanknoten verringerte sich um 213,3 auf 4037,8, derjenige an Rentenbankscheinen um 11,3 auf 614,5 Millionen. Die Goldbestände sind mit 1886,62 um 21,34 Millionen erhöht, der Bestand ist an deckungsfähigen Devisen mit 292,85 um 3,15 Millionen Mark verringert.

Oeffentliche Gelder zur Vermeidung einer Stillegung. Um die Stillegung der Zeche „Johann Deimelsberg“ der Adler A.-G. für Bergbau in Essen, bei der 1500 Angestellte und Arbeiter zur Entlassung kommen würden, vorzubeugen, hat der preußische Kommissar, Oberbergamtsdirektor Dr. Weise in Dortmund, den Vorschlag gemacht, die danebenliegende Zeche „Zentrum 4—6“ unter Beibehaltung als Ein- und Ausfahrtschacht mit der Zeche „Johann Deimelsberg“ zusammenzufassen. Bei gleichbleibender Förderung könnten dabei etwa 300 Mann erspart werden. Die zwei Jahre dauernde Umstellung würde etwa 4 Millionen neues Kapital erfordern, das eventuell aus öffentlichen Mitteln beschafft werden soll. Der hier vorgeschlagene Ausweg scheint vernünftig zu sein. Doch wird ernsthaft überlegt werden müssen, ob diese zunächst der Adler-Gesellschaft dienende Lösung nicht auch zweckmäßig von der Adler-Gesellschaft zu finanzieren sein wird. Diese Prüfung ist unbedingt nötig, wenn aus öffentlichen Mitteln verbilligte Kredite gegeben werden sollen. Geschieht das, so wird man sich zum zweiten fragen müssen, welche Leistung der Allgemeinheit für diese Hilfe zu geben ist, wenn die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Rentabilität führen. Der Zugriff auf öffentliche Mittel würde sonst allzu bequem werden.

Die Wayß u. Freitag A.-G., die große westdeutsche Baufirma, hat nach einem von ihr bei der Einführung neuer Aktien an der Börse veröffentlichten Prospekt einen Auftragsbestand im In- und Auslande, der für das ganze laufende Geschäftsjahr eine volle Beschäftigung sichert und auch für das erhöhte Aktienkapital eine ausreichende Dividende erwarten läßt.

Die soziale Reaktion im Rechtsblock.

Die Mieterentrechtung beschlossen. — Kritik am Sozialprogramm des Reichsarbeitsministers.

Der Reichstag behandelte gestern zunächst in zweiter Lesung die Novelle zum Reichsmietengesetz. Nach den Ausschußbeschlüssen soll das Gesetz künftig nicht gelten für neue Mietverträge über Geschäftsräume und Wohnungen mit mindestens sechs Zimmern. Die Novelle soll am 16. Februar in Kraft treten. Das Reichsmietengesetz selbst soll bis 31. März 1930 gelten.

Abg. Kuhnt (Soz.):

Die Regierung hatte bei der Erhöhung der gesetzlichen Mieten auf 120 Proz. behauptet, es würden in absehbarer Zeit keine weiteren Mietsteigerungen mehr vorgenommen werden. Vor wenigen Wochen jedoch hat das Reichsarbeitsministerium eine neue Denkschrift herausgegeben, in der sich der Satz findet, **es müsse immer wieder die Frage aufgeworfen werden, ob nicht eine weitere Erhöhung der gesetzlichen Miete notwendig sei.** (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) So sollen den Haus- und Grundbesitzern neue Millionen zugeschanzt werden.

Das ist eine unerhörte Bevorzugung der Häuserspekulanten und der Besitzer von Grund und Boden.

Man beruhigt die Hausagrarier und beunruhigt die hungernden Mieter. **Die Sozialdemokratie wird demgegenüber im Steuerausschuß den Antrag stellen, die Miete wieder auf 100 Proz. der Friedensmiete heraufzusetzen und die Hauszinssteuer nur für die Förderung von Wohnungsneubauten zu verwenden.** Dem Unfug der Lockerung der Wohnungswirtschaft muß endlich Einhalt geboten werden. Tausende und aber Tausende von Gewerbetreibenden sind durch die bisherigen Lockerungsverordnungen bereits in das arbeitslose Proletariat gedrängt worden. Hier herrscht ein furchtbares Elend, unzählige Gewerbetreibende verfluchen die Lockerung der Wohnungswirtschaft. Im Gegensatz zu den Forderungen der Gewerbetreibenden gehen die Bestrebungen der Wirtschaftspartei dahin, den Mieterschutz völlig aufzuheben. Kennzeichnend ist, was ein Regierungsvertreter im Ausschuß dazu erklärt hat:

> Wenn die Anträge der Wirtschaftspartei angenommen und durchgeführt werden sollten, dann würde es in Deutschland zu Mord und Totschlag kommen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn wir uns gegen diese Gewinnsucht wenden, so meinen wir den organisierten Hausbesitz, und nicht die kleineren Hausbesitzer, die ein ganz anderes Interesse haben, und die die Wirtschaftspartei gern vor ihren Wagen spannen möchte. Wir werden diese kleinen Hausbesitzer aufklären und ihnen sagen, zu welchen reaktionären Zwecken sie von der Wirtschaftspartei mißbraucht werden sollen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nachdem Redner die Haltung der Volkspartei scharf kritisiert hat, fährt er fort: Eigenartig ist auch die Stellung des Zentrums. Im Jahre 1922 hat der Zentrumsabgeordnete Schlack erklärt, daß man in der heutigen Zeit den absoluten Eigentumsbegriff nicht mehr aufrechterhalten könne. Jetzt aber sagt der Zentrumsabgeordnete Tremmel, daß das Eigentumsrecht in stärkerem Maße in den Vordergrund treten müsse. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Jetzt treibt das Zentrum Wohnungspolitik für die Hausbesitzer. Der Maler Heinrich Zille hat einmal eine Zeichnung von Berliner Mietshäusern herausgegeben, die die Unterschrift trägt: **„Nicht nur mit der Axt, sondern auch mit den Wohnungen können Menschen totgeschlagen werden."** Viele tausende Menschen sind in der Tat totgeschlagen worden, weil sie nicht genug Licht und Raum hatten. **Wir werden nicht ruhen, bis die Forderung verwirklicht ist: Ein freies Volk auf freiem Boden!** (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Winnefeld** (D. Vp.) begründet den Antrag, das Wohnungsmangelgesetz mit dem 1. April 1928 aufzuheben und die Wohnungsämter und Mieteinigungsämter spätestens mit dem 1. Juli 1928 aufzulösen.

Abg. **Zapf** (D. Vp.) fügt hinzu, die Zwangswirtschaft müsse endlich verschwinden.

Abg. **Lucke** (Wirtsch. P.) beantragt, das Reichsmietengesetz nur noch für laufende Mietverträge weiter gelten zu lassen, nicht aber für Mietverträge, die nach dem 1. Januar 1928 abgeschlossen sind oder werden. Der Hausbesitz dürfe nicht länger sozialistischer Bauernfänger ausgeliefert sein.

Abg. **Höllein** (Komm.) meint, der kleine Lucke mit dem Stiernacken habe das blödsinnigste Zeug wiedergekäut (schallendes Gelächter), das er schon im Ausschuß vorgebracht hätte.

Abg. Dr. **Steiniger** (Dnat.) weist auf die bedenkliche Tatsache hin, daß 16 Proz. des gesamten deutschen Hausbesitzes sich in Händen von Ausländern befinden.

Die Opposition wird niedergestimmt.

Darauf werden sämtliche Aenderungsanträge abgelehnt, das Gesetz selbst in zweiter und dritter Lesung nach den Ausschußbeschlüssen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten, Völkischen und Nationalsozialisten angenommen.

Annahme findet u. a. eine Entschließung der Demokraten, auf die Länder einzuwirken, damit größere Teile der Hauszinssteuer für die Erhaltung des Altraumhausbesitzes abgegeben werden.

Die gestern zurückgestellte Schlußabstimmung über die Novelle zum Mieterschutzgesetz ergibt deren Annahme mit der Rechtsblockmehrheit.

Haushalt des Arbeitsministeriums.

Es folgt die zweite Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums, mit der die erste Lesung einer vom sozialpolitischen Ausschuß vorgelegten Novelle zum Betriebsrätegesetz verbunden ist. Danach soll der Betriebsrat oder wenn dieser es unterläßt, der Arbeitgeber oder wenn auch dieser versagt, der Vorsitzende des Arbeitsgerichts nach Ablauf der Wahlperiode einen neuen Wahlvorstand bestellen. Den Arbeitgebern wird ferner untersagt, die Arbeitnehmer in der Ausübung der Rechte aus dem Betriebsrätegesetz zu beschränken.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns:

Die Tariflöhne der meisten Berufe haben im abgelaufenen Jahre mindestens gleichen Schritt gehalten mit der Steigerung der Lebenshaltungskosten. Die wirklichen Verdienste der Arbeiter gehen zum großen Teil noch wesentlich über die tariflich festgesetzten hinaus. Auch in der Arbeitszeitfrage sind Fortschritte gemacht worden. Mehr als 55 Proz. der von der Statistik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftbundes erfaßten Personen haben eine Wochenarbeitszeit bis zu 48 Stunden. Der Minister geht dann auf die Frage der internationalen Abmachungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik über. Nach seiner Meinung kommt es darauf an, ob die ratifizierten Abkommen auch wirklich durchgeführt werden. Sonst buche das Internationale Arbeitsamt Erfolge ohne inneren Wert. Das Internationale Arbeitsamt prüfe gegenwärtig Revisionsmöglichkeiten verschiedener Abkommen. Dazu gehöre auch das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag. Die englische Regierung wolle dieses offenbar nicht ratifizieren, denn sie habe seine Revision auf der nächstjährigen Arbeitskonferenz beantragt. Trotzdem müsse das deutsche Arbeitsschutzgesetz, dessen Beratung im Reichsrat ihrem Ende entgegengehe, weiter verfolgt werden. An der Entwicklung der Löhne und Arbeitszeiten in Deutschland sei das Ministerium höchst aktiv beteiligt gewesen. Allein die Anträge auf Verbindlichkeitserklärung seien gegenüber 1926 von 1000 auf 1700, also um rund 75 Proz., gestiegen. Der Minister erinnert in diesem Zusammenhang an den

Konflikt in der Großeisenindustrie.

Er stellte fest, daß bei den Verhandlungen im Dezember allerseits davon ausgegangen wurde, daß nennenswerte Preissteigerungen vermieden werden müßten. Gerade das sei mitbestimmend gewesen für einen teilweisen Aufschub in der Einführung des Dreischichtensystems. Preiserhöhungen würden von den Arbeitgebern häufig damit entschuldigt, daß sie „unter dem Druck der Politik des Reichsarbeitsministeriums" erfolgt seien. Man finde es eben leichter und weniger gefährlich, ein Ministerium anzugreifen, als sich klar und deutlich etwa gegen übersteigerte Monopoltendenzen anderer Wirtschaftsgruppen aber auch gegen Mißstände im eigenen Lager zu wenden.

Ein Wohnungsbauprogramm auf viele Jahre im voraus hält der Minister für unmöglich, da die Baumöglichkeiten von der jeweiligen Lage auf dem Geld- und Kapitalmarkt abhängig seien.

Heranziehung ausländischen Geldes zum Wohnungsbau sei gerechtfertigt,

wenn es produktiv verwendet würde. Man solle doch anerkennen, daß die Zahl der Neubauten in den abgelaufenen Jahren ständig gesteigert worden sei. Auch im kommenden Jahr will der Minister die irgendwie erreichbaren Kapitalien dem Wohnungsbau zugute kommen lassen. Er denke an den Erlaß der Kapitalertragssteuer für Pfandbriefe und Kommunalobligationen, an eine Kapitalerhöhung der Bau- und Bodenbank und eine Reichsbürgschaft für Zwischenkredite. Das Mißverhältnis zwischen Kosten des Neubaues und erzielbaren Mieten möchte der Redner durch verbilligtes Bauen und nicht durch Mietsteigerungen beseitigen.

Die ungünstige Entwicklung des Arbeitsmarktes in den Wintermonaten scheine sich wieder zum Besseren zu wenden. Für das Anwachsen der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung auf rund 1,4 Millionen seien offensichtlich besonders starke Saisoneinflüsse verantwortlich zu machen, daneben auch gewisse Reibungserscheinungen bei der Durchführung des neuen Versicherungsgesetzes. Das Anwachsen der Arbeitslosen auf dem Lande scheine darauf zurückzuführen sein, daß ein Teil der Saisonarbeiter im Winter in seine ländliche Heimat zurückkehre. Die Organisation der Arbeitslosenversicherung werde straffer gestaltet werden müssen. Die Angriffe gegen diese Organisation wies der Minister allerdings zurück. Die Landesarbeitsämter seien von 22 auf 13 vermindert worden, die 900 Arbeitsämter sollen auf 600 vermindert werden.

Die Verwaltungsreform der Sozialversicherung

verspricht der Redner mit aller Energie anzugreifen. Der Sozialetat von 3,5 Milliarden sei recht hoch. Da müsse man die Verwaltungskosten auf ein Mindestmaß herabschrauben. Die notwendige Sparsamkeit habe auch die endgültige Lösung der Kleinrentnerfrage bisher verhindert. Die Reichsregierung in ihrer Gesamtheit sei der Auffassung, daß die Entscheidung hierüber nur im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Gesamthaushalts getroffen werden könne.

Der Minister beschäftigte sich dann noch mit der Landflucht, die sich bis tief in die bäuerlichen Kreise hinein erstrecke. Eins der wichtigsten Mittel, ihr zu steuern, sei das Siedlungswesen. Hier sei mancherlei geschehen, aber noch lange nicht genug. Die Rentabilität, die Verbilligungsmöglichkeiten, die Umwandlung von Zwischenkrediten in Dauerkredite schienen noch nicht befriedigend gelöst zu sein.

Der Redner betonte zum Schluß, die Sozialpolitik verfolge eine aufwärtsgerichtete Linie, das zeige ein Rückblick auf die Zeit vor vier Jahren

Abg. Grotewohl (Soz.).

Das Reichsarbeitsministerium, gegen dessen Bestand noch große Teile unserer deutschen Wirtschaft protestieren, ist eine derjenigen Staatseinrichtungen, an der wir nicht rütteln lassen werden. Formell ist der Etat des Ministeriums übersichtlicher als etwa der Wehretat angelegt. Sachlich können wir diese Anerkennung nicht zollen. Auch wenn wir den guten Willen des Ministers anerkennen wollen, so ist objektiv die Tatsache nicht zu bestreiten, daß

im Bürgerblock jede sachliche Grundlage für eine erfolgreiche Ausweitung der Sozialpolitik gefehlt hat.

Die umfassende Arbeiterschutzgesetzgebung, die Reichskanzler Marx angekündigt hat, ist ausgeblieben. Ebenso ist entgegen den Zusagen die Lage der Invaliden nicht gebessert worden. **Die Sozialpolitik des Zentrums ist mit dem Fluch des Bürgerblocks beladen.** Zwar haben wir eine Reihe sozialer Gesetze verabschiedet, doch hat oft das Verständnis für die Behandlung dieser Fragen gefehlt. Ein grundsätzlicher Fortschritt ist die Arbeitslosenversicherung, die vom Landbund als Prämie für Faulheit, von dem deutschnationalen Freiherrn von Richthofen sogar als perverse Plage bezeichnet wurde. Wir haben der Arbeitslosenversicherung zugestimmt, weil sie eine Selbstverwaltung in einer einheitlichen Reichsorganisation und den Rechtsanspruch der Versicherten brachte. Doch ist das Gesetz noch nach vieler Richtung unzureichend, so in der Regelung des Einflusses der Versicherten in der Gestaltung der Unterstützungssätze, der Wartezeit und in den Bestimmungen über die Krisenunterstützung. Vor allem muß bei der letzteren die Frage der Bedürftigkeit besser geregelt werden.

Die zweimalige Mieterhöhung um je 10 Prozent hat eine Erhöhung der Mieten um insgesamt eine Milliarde Mark gebracht, die weite Volkskreise mit einer Verschlechterung ihrer sozialen Lebenslage bezahlen mußten.

Auf die Schaffung eines Wohnungsbauprogramms, das die Regierung vor drei Jahren als unbedingt notwendig proklamiert hat, können wir nicht verzichten. Ueber die künftige Mietenpolitik hat der Minister in seiner heutigen Rede nicht alle Zweifel beseitigt. Wir erwarten gerade darin eine eindeutige Erklärung.

Arbeitslohn und Arbeitszeit sind voneinander nicht zu trennen. **Wir wissen es aus alten Erfahrungen: Ist die Arbeitszeit hoch und ist der Lohn niedrig, dann geht's mit Tausenden unserer Volksgenossen rasend bergab.** (Sehr wahr! bei den Soz.) Sinkt dagegen die Arbeitszeit und steigt der Lohn, dann geht es auf der sozialen Stufenleiter aufwärts, dann steigern sich die Lebensansprüche, dann ist ein wirtschaftlicher, kultureller, geistiger und seelischer Aufstieg zu verzeichnen. Aus dieser logischen Tatsache wäre also der eindeutige Schluß zu ziehen, daß die

Hebung weitester Schichten des Volkes durch eine gesunde Lohn- und Arbeitszeitpolitik die einzige wahre nationale Politik

ist. (Sehr richtig! bei den Soz.) Aber wir haben ja in den letzten Jahren gesehen: bei uns wird ja nicht nationale, sondern deutschnationale Politik gemacht, und deutschnationale Politik steht häufig genug mit den Interessen breitester Schichten des Volkes in direktem Widerspruch.

Weil die geistige Umstellung des deutschen Unternehmertums zu diesen Fragen nicht erfolgt ist, blieb die Rationalisierung in Deutschland eine Halbheit,

nämlich eine Angelegenheit der Vermehrung der Produkte und damit der Profite. Die einzige Wirkung war eine Verstärkung der Klassengegensätze. Ein Beweis dafür ist das Anwachsen der Tarif- und Lohnstreitigkeiten. Das Arbeitsministerium ist häufig genug allzu zaghaft bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen vorgegangen. **Es ist eine scharfmacherische Phrase, wenn gesagt wird, wir verbrauchten zu viel und erzeugten zu wenig.** Die Gesamterzeugung und die Arbeitsleistung sind in Deutschland gestiegen. Bezahlt wurde aber diese Steigerung von der deutschen Arbeiterklasse, von denjenigen Volksschichten, in denen Massenarbeitslosigkeit, zerbrochene Arbeiterschicksale und Trümmer von Arbeiterhaushalten seit Jahren zu verzeichnen sind. Das Unternehmertum erkennt das nicht an. In seinem Jargon gibt es bei uns immer nur noch den stets begehrlichen und nie zufriedenen Arbeiter. **Wir freilich wünschten nur, daß der deutsche Arbeiter nur einen Teil jener anspruchsvollen Lebensweise hätte, die viele Profit- und Dividendenschlucker und viele Generaldirektoren mit 300 000 bis 400 000 Mark Jahresgehältern für sich als Selbstverständlichkeit in Anspruch nehmen.** (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Lohnsteigerungen des letzten Jahres haben keineswegs zu einer wesentlichen Hebung der Lebenslage beitragen. Der Reichsinnenminister von Keudell hat ja in der Gesundheitsdenkschrift selbst feststellen müssen, daß der

Nahrungsmittelverbrauch von 1913 noch nicht erreicht

ist. Der Ernährungszustand für ein Fünftel der Schulkinder wird als unternormal angegeben. In manchen Gegenden klagt man darüber, daß nicht selten mehr als drei Personen auf ein Bett angewiesen sind. Geradezu humoristisch wirken die Vorschläge des Innenministers, der unter anderem eine beharrliche Aufklärung über eine volkswirtschaftliche sparsame und gesundheitlich zweckmäßige Ernährung als Abhilfe dieser sozialen Mißstände empfiehlt. Es fehlte nur noch, daß man dem Volke riet, sich mit dem Coueschen Rezept zufriedenzugeben: Es geht mir täglich besser und besser.

Völlig falsch ist der Standpunkt der Unternehmer, die den Lohn als Kostenelement bei Kalkulationen immer in den Mittelpunkt stellen. Im Gegenteil:

Je höher der Lohn ist, desto größer ist auch der technische Fortschritt.

Durch den Versailler Vertrag haben wir unser wirtschaftliches Hinterland verloren. Daher sind wir, wie kein anderes Volk der Welt, auf die Stärkung des inneren Marktes angewiesen, den wir nur über eine anständige und vernünftige Lohnpolitik erreichen können. Eine Steigerung der Umsätze hat zur Voraussetzung, daß man die kulturellen und die wirtschaftlichen Lebensansprüche der Menschen hebt. Zu erreichen ist das nur durch eine vernünftige Regelung der Arbeitszeit. Hierin können wir von dieser Regierung und von diesem Reichstag nichts erwarten. Man braucht sich nur an das jammervolle Arbeitszeitnotgesetz zu erinnern und an die Haltung der Industriekapitäne, die auf Reichstag und Regierung pfiffen, als das Gesetz in Kraft treten sollte. Keinerlei Regierungserklärung kann uns von der Erkenntnis abbringen, **daß der Achtstundentag in Deutschland nur dann sein wird, wenn ihn sich die Arbeiterschaft selbst holt.** (Sehr wahr! bei den Soz.)

Auch wir teilen den Wunsch nach einer Vereinheitlichung der Sozialversicherung. Als Vorbereitung dazu wäre jedoch eine Vereinheitlichung der Sozialstatistik notwendig. In der Tatsache, daß die Erwerbslosigkeit sich mit zunehmendem Alter erhöht, verbirgt sich die Tragödie des alten Arbeiters.

Die beiden Worte „zu alt" sind für viele Volksgenossen zum wirtschaftlichen Todesurteil geworden.

Hier ist eine Abhilfe dringend notwendig.

Redner wendet sich dann mit aller Schärfe gegen den böswilligen Kampf der Interessenten, insbesondere gegen die Angriffe von Apothekern und Aerzten gegen die Krankenkassen. Er ist nur ein Teil des Kampfes, der gegen die gesamte Sozialversicherung geführt wird. Es ist falsch, wenn das Unternehmertum immer auf dem Wege der individuellen Selbsthilfe verweist, der dazu führt, den einzelnen zu entwurzeln und ihn waffenlos den viel stärkeren wirtschaftlichen Kräften der Gegenseite auszuliefern.

Der Staat hat die Verpflichtung, die Arbeitskraft zu schützen.

Das deutsche Unternehmertum will mit seinem Kampf gegen die Sozialpolitik, den Tarifvertrag und die Schlichtungsordnung die organisierte Selbsthilfe der Arbeiterschaft verhindern. Im Grunde ist das ein Kampf gegen die Reichsverfassung, die jedem Deutschen ein menschenwürdiges Dasein zu sichern verspricht. **Die Neuwahlen werden für die deutsche Arbeiterklasse ein Akt der sozialen Selbsthilfe sein mit dem Ziel, die deutsche Sozialpolitik gegen jeden Ansturm der deutschen Unternehmer zu sichern und ihren weiteren Ausbau zu gewährleisten.** (Lebhafter Beifall links.)

Abg. **Imbusch** (Z.) gibt zu, daß er manchmal anderer Meinung sei als der Arbeitsminister. Größer sei aber sein Gegensatz zu den Sozialdemokraten. Diese hätten also kein Recht, christliche Gewerkschafter gegen den Minister auszuspielen. Auf dem Gebiet des Wohnungsbaus könne noch mehr geschehen. Besonderer Fürsorge bedürfe das Saargebiet, wo die Not durch den sinkenden Kohlenabsatz noch immer gesteigert werde. (Sehr richtig! im Zentrum.) Im ganzen Reich gehe es dem Bergbau am schlechtesten. Bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Polen müßten Garantien geschaffen werden, damit der ostdeutsche Bergbau nicht zum Erliegen komme. Groß sei auch die Not der Landwirtschaft. Man müsse die Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreis verringern, damit die Landwirtschaft bessere Preise erzielen und die Arbeiter doch billigere Lebensmittel erhielten. Man müsse die Zahl der Drohnen vermindern, besonders die von der Industrie gehaltenen Journalisten. Die Verwaltung sei in der Wirtschaft wie bei den Behörden überorganisiert. Alle sozialen Gesetze habe das Zentrum mit den Sozialdemokraten gemacht. Wie könnte diese also dem Zentrum vorwerfen, es sei reaktionär? Mit den Schiedssprüchen hätten die Arbeiter mehr Anlaß unzufrieden zu sein, als die Unternehmer. Leider ließen sich die Unternehmer immer lieber erst von den Schlichtungsinstanzen zu Zugeständnissen zwingen. Die Unternehmer sollten doch einsehen, daß die heutigen Lohnverhältnisse unerträglich seien und daß der Arbeiter nicht jahrelang in Keller- und Dachräumen hausen könne. (Beifall im Zentrum, Gelächter bei den Kommunisten und Zurufe: Man merkt, es sind bald Wahlen! **Um 10 Uhr wird die Weiterberatung auf Sonnabend 12 Uhr vertagt.**

Sonnabend
11. Februar 1928

Unterhaltung und Wissen

Beilage
des Vorwärts

Das Versprechen.

Von Chr. Engelstoft.

Es war ganz still in der Stube. Der Postexpedient Feddersen lag im Sterben. Frau Grete schlich auf den Zehen in der Stube umher. Sie wischte sich die Augen, besonders das schielende. Sie weinte.

Wie grausam war sie oft gewesen und hatte Hans ausgescholten; noch keinen Monat war es her, da hatte sie ihm gerade ins Gesicht geschlagen, daß zwei Vorderzähne mit draufgingen. Und jetzt lag er im Sterben.

„Grete!" rief er mit äußerster Anstrengung. Sie kniete neben dem Bette nieder.

„Grete, versprich mir, wenn ich tot bin, daß du dir dann einen zweiten Mann suchst."

„Nie!" antwortete sie bestimmt.

„Um unserer Kinder willen," bat er: „unsere dänischen Beamtenwitwen sind so schlecht versorgt."

„Hans! Nie! Hans!"

„Bin ich so schlecht gewesen ... gegen ..."

Er konnte nicht mehr sprechen und sah sie nur bittend mit seinen starren Augen an.

Er schlief ein. Sie drückte ihm die Augen zu und schwor in ihrem Herzen, alles zu tun, was in ihrer Macht stand, um seinen Wunsch zu erfüllen.

Aber leicht würde das nicht sein, jung war sie nicht, sanft war sie nicht, sie schielte stark mit dem einen Auge, und sie hatte zwei Kinder.

Der Expedient wurde begraben. Grete dachte daran, das Auge operieren zu lassen, entschloß sich aber dann, ein Pensionat zu errichten; sie war wirtschaftlich und kochte gut, und sie wußte, daß der Weg zum Herzen des Mannes durch den Magen geht.

Das Pensionat kam eigentlich sofort in Blüte. Aber das ganze erste Jahr hindurch konnte sie sich nicht entschließen, und die Herren Pensionäre taten auch keine einleitenden Schritte.

Abends, wenn sie zu Bett gegangen war, lag sie oft mit gefalteten Händen da, und starrte ins Dunkel und sagte laut: „Hans, ich habe nicht vergessen, was ich dir versprochen habe: ich will alles tun, was in meiner Macht steht."

Der Prokurist Schröder zog im März ein. Es war ein kleiner, dicker, ältlicher, zierlicher Mann.

Sie merkte sofort, daß ihm ihr Essen außerordentlich gut schmeckte, er aß zwei Portionen von jedem Gericht und sagte in einem fort „ah" beim Essen.

Er war Junggeselle und hatte dreihundert Kronen festes Gehalt monatlich, war vollkommen schuldenfrei und muckste nicht, wenn sie mit ihm zankte.

Furchtbar häßlich und schauerlich langweilig war er freilich.

Die Kinder, Kaspar und Alwilda, brauchten aber jetzt notwendig einen Vater. Sie sagte, als sie eines Abends mit gefalteten Händen im Bett lag, energisch: „Hans, jetzt halte ich das Versprechen, das ich dir tief in meinem Herzen gegeben habe."

Sie fing an, Christian zu dem Prokuristen zu sagen, er lächelte dankbar. Sie fragte die Kinder, wie er ihnen gefiele.

„Idiot," sagte Kaspar. — „Er hat eine häßliche weiße Narbe auf der Nase," bemerkte Alwilda. Beide aber waren darin einig, daß er die Gutmütigkeit selbst sei.

Frau Grete setzte sich, als die anderen Pensionäre das Wohnzimmer verlassen hatten, mit ihrem Kaffee zu Schröder auf das Sofa.

„Morgen gibt es Erdbeeren, die ersten vom Jahr, Christian. Trotz den Kriegszeiten." Er schmatzte ordentlich und lachte und sagte: „Vielen Dank, Grete," wurde aber ganz verlegen hinterher, weil sie ihn so ansah. „Entschuldigen Sie, Frau Feddersen," fügte er hinzu.

„Ich hoffe, Sie haben reelle Absichten." Sie sah ihm, so gut sie konnte, gerade in die Augen. „Natürlich," murmelte er. Sie ließ ihn nicht los. „Ihre finanziellen Verhältnisse sind ja leidlich. Ich weiß Bescheid. Ich finde wirklich, Sie können es sich erlauben, zu heiraten. Die Kinder hängen sehr an Ihnen. Ich halte Sie für einen gebildeten, bescheidenen und ruhigen Mann. Ich will alle Bedenken beiseite setzen. Ich will Ihnen verraten, daß ich meinem Mann auf seinem Sterbebette versprochen habe, seinen Kindern einen Vater zu geben. Komm und küsse mich, Christian."

Prokurist Schröder blieb steif und konsterniert sitzen. Sie nahm ihm die Kaffeetasse aus der Hand.

„Du bist gar zu bescheiden," sagte sie, faßte ihn um den Hals und küßte ihn. Ihm wurde ganz schwindlig.

„Jetzt mußt du natürlich ausziehen, aus Schicklichkeitsgründen. Das heißt, deine Mahlzeiten nimmst du hier ein, wie bisher.

Am nächsten Tag mußte sie Rotwein zum besten geben und Madeira zu den Erdbeeren.

„Hier sind die Ringe, die hast du natürlich vergessen, sie kosten vierzig Kronen," sagte sie, und zeigte ihm die Rechnung.

Er bezahlte. Sie steckte ihm und sich die Ringe an die Finger. Das Pensionat feierte die Verlobung. Dann wollte Schröder fortgehen und die Abendzeitungen lesen.

„Undankbarer," sagte sie. „Um meines seligen Mannes willen habe ich dich genommen. Alle deine schlechten Angewohnheiten mußt du ablegen und zwar schleunigst. Heute ist der Zwölfte. Am zwölften nächsten Monats ist unsere Hochzeit, daß du's weißt. So, und jetzt habe ich richtig meine Migräne bekommen und muß mein Pulver nehmen."

Sie erhob sich und ging in das Schlafzimmer.

Kaspar ging zu Schröder hin und schlug ihm auf die Schulter. „Alter Herr, du mußt ein bißchen vorsichtiger mit Mutter sein, mit ihr ist nicht zu spaßen. Ich besinne mich noch ganz genau darauf, wie sie einmal Vater zwei Vorderzähne ausgestoßen hat."

Auf Schröders Kopf sträubten sich die Haare.

Als er um 11 Uhr Gute Nacht sagte, sagte sie zu ihm: „Ich habe dir eigentlich nichts weiter vorzuwerfen; aber du mußt dich daran gewöhnen, etwas lebhafter zu sein, oder muß ich dich erst ein bißchen in Behandlung nehmen?"

In dieser Nacht schlief der Prokurist nur schlecht.

Er wurde zum Pastor geschickt, um das Aufgebot zu bestellen.

Sie wurden zum erstenmal und zum zweitenmal aufgeboten.

„Was ist mit dir los, Christian? Du siehst so elend aus! Ist's was mit dem Magen? Der muß in Ordnung sein zu unserer Hochzeit am Dienstag."

In dieser Nacht schlief Christian Schröder überhaupt nicht, und er lag da und wiederholte sich in einemfort: „Du bist ein Mann Christian. Ja, das bist du, Christian."

Er nahm all seinen Mut zusammen und ging ins Pensionat hinauf, bevor die Bank geöffnet wurde.

Grete machte ihm selber auf.

„Frau Feddersen," sagte er.

„Wie nennst du mich, du Idiot?"

Er steckte die Hände in die Taschen, ballte sie und fuhr fort: „Sie dürfen nicht böse werden, aber ich kann nicht, und ich mag nicht, und ich will nicht, ich bin Junggeselle, und ich bin glücklich. Es wird nichts aus der Hochzeit am Dienstag."

„Was wird nicht?" sagte sie und faßte ihn am Kragen und ohrfeigte ihn und schlug ihm mitten ins Gesicht, daß ihm der Kopf brummte.

Mit einemmal riß die Krawatte, die nicht mehr neu war, entzwei, und Schröder kam los und schlüpfte aus der Tür, die Treppe hinunter, weg.

Er fühlte noch seinen Vorderzähnen; sie waren noch da. „Ich kann wirklich froh sein," sagte er zu sich selber.

Aber an diesem Tage war er so benommen, daß er auf der Bank alle Zahlen falsch zusammenzählte.

In dieser Nacht lag Grete mit gefalteten Händen da und weinte und weinte: „Hans! Hans! Wie konntest du dies von mir verlangen?"

Man lernt nie aus!

Nach dem Tode eines Menschen, also nachdem Herz und Lunge aufhören zu arbeiten, dauert die Darmtätigkeit noch stundenlang fort.

*

Der Ausdruck „Flitterwochen" stammt angeblich daher, daß früher die jungen Frauen nach ihrer Hochzeit mit Flittern gezierte Hauben trugen. Solche kunstvolle Hauben sind heute noch im Germanischen Museum zu Nürnberg zu sehen.

Der Taubenbaum. Im Jahre 1868 fand der französische Geistliche Armand David in den Wäldern von West-China einen Baum von merkwürdiger Schönheit. Man erkannte ihn als einen Angehörigen der Familie der Cornaceae, gab ihm nach seinem Entdecker den wissenschaftlichen Namen Davidia und vergaß ihn. Nach zwanzig Jahren wurde er von einem irischen Arzt von neuem entdeckt. Diesmal fiel seine Schönheit dem Direktor des botanischen Gartens in Kew auf. Er schrieb eine Abhandlung und schlug vor, die Davidia in den nordamerikanischen Gärten einzuführen. Seine Anregung fand aber zunächst wenig Beachtung. Erst nach acht Jahren erfuhr zufällig ein geschickter Gartenbauunternehmer davon und beschloß sofort, den eigenartigen Baum um jeden Preis zu gewinnen. Er gab einem jungen, mutigen Studenten den Auftrag, nach China zu reisen, dort eine kleine Expedition auszurüsten und die Davidia zu suchen. Es war ein Unternehmen abenteuerlichster Art, eine wahre Jagd nach dem schönen Baum, die endlose Strapazen und Entbehrungen kostete. Im Jahre 1900 wurde die Davidia endlich nach Amerika gebracht, und heute gehört sie, besonders in der Blüte, zu den schönsten Bäumen der dortigen Gärten. Dabei sind ihre eigentlichen Blüten ganz unscheinbar, aber zwei große, laubblattartige Deckblätter, die erst grün sind und mit der Entwicklung der Blüte schneeweiße Farbe annehmen, geben ihnen ein eigenartiges Aussehen. Dazu werden sie von langen Stielen getragen und sehen, vom Winde bewegt, wie kleine, weiße Tauben aus, die unter dem grünen Laub hin und her flattern.

Im Förderkorb.

Von Ernst Kreucher.

Ich wäre in einem Eisenbergwerk einmal beinahe verunglückt. Ich war damals Anschläger an einem Blindschacht. Eines Morgens war etwas weniger zu tun, ich hatte Wagen abzuschieben und war gerade allein. Sie wissen, daß ein Blindschacht nicht zur Personenbeförderung dient. Der Förderkorb ist nicht gedeckt, er hat nur Wagen zu befördern. Ich hatte einen leeren Wagen auf die nächste Sohle zu bringen. Da keiner oben war, der ihn abzog, fuhr ich mit auf.

Oben öffnete ich das Schachtgitter, kletterte heraus, schob den Wagen aufs Geleise, ging zurück und gab Signal: Korb hängt! In dem gleichen Augenblick bemerkte ich, daß ich meine Lampe nicht hatte; obwohl hier Beleuchtung war, brauchte ich sie für den Stollen. Der Korb senkte sich bereits, ich konnte noch hineinspringen.

Als ich drin stand, als es dunkel wurde, fiel mir etwas ein. Ich war in den Korb gesprungen und hatte die Schachttür nicht geschlossen. Ich hatte gar keine Zeit mehr dazu. Aber in dem Augenblick, da ich die Sohle noch sah, hatte ich bemerkt, wie der Wagen zurückzurollen begann. (Das Geleise senkte sich ein wenig dem Schacht zu.) Im ordentlichen Verlauf hätte ich einen Stein unter die Wagenräder gelegt und das Schachtgitter geschlossen. Nun konnte der Wagen langsam zum Schacht rollen, kippen und die Oeffnung hinunter sausen. Der Förderkorb hatte kein Dach. Um Gottes willen! dachte ich und damit war alles gemeint. Daß ich verloren war, daß ich zermalmt würde von dem herabstürzenden eisernen Wagen.

Wie soll ich dieses Chaos von Gefühlen beschreiben? Ich weiß, daß ich mich in eine Ecke des Korbes drückte, ins Dunkel starrte, daß ich noch Ueberlegung hatte. Wenn ich die Sohle erreichte, bevor der Wagen oben hineinstürzte, war ich gerettet. Aber der Korb fuhr verdammt langsam, der Wagen oben rollte gewiß auch langsam, kam an die Schachtöffnung, die Vorderräder fuhren ins Leere, der Wagen neigte sich, kippte. — — —

Da war die Decke der Sohle! Mit einem Sprung stürzte ich hinaus und hinab, fiel auf Hände und Knie, kroch noch ein Stück weg und blieb liegen. Jetzt mußte der Wagen kommen! Es vergingen fünf, zehn Minuten. Meine Hände bluteten etwas, es war mir ein wenig schlecht. — — —

Der Wagen kam nicht.

Nach einer halben Stunde machte ich die Probe. Ich ließ den Korb leer auffahren, signalisierte langsame Fahrt. Vielleicht hatte sich der Wagen oben festgeklemmt. Der Korb kam oben an und hielt. Dann ließ ich ihn wieder herunter kommen und fuhr jetzt selbst mit auf. Als ich oben ankam, war das Schachtgitter geschlossen. Der Wagen stand einige Meter entfernt still auf dem Geleise.

Ich stieg aus und traf einen Hauer, der die Strecke reparierte. Von ihm erfuhr ich es. Er war aus dem seitlichen Stollen herausgekommen in dem Augenblick, als der Wagen zum Schacht rollte. Er war hinzugesprungen, hatte das Gitter zugeworfen, den Wagen zurückgeschoben und ein Brett untergelegt. So wurde ich gerettet.

Petersburg—Leningrad.

Die Metamorphose einer Stadt.

Der Schriftleiter der „Textil-Zeitung", Dr. Otto Friedländer, veröffentlicht ein Büchlein „Hammer, Sichel und Nähe" (Textil-Verlag G. m. b. H., Berlin), das in vorbildlich objektiver Weise Eindrücke von einer Sommerreise 1927 schildert. Wir entnehmen daraus diesen fesselnden Abschnitt.

Wir gehen durch die Straßen; der breite Newski-Prospekt, jetzt Prospekt des 25. Oktober, ist erfüllt von flanierenden Menschen. Welcher Unterschied zu Moskau! Nicht umsonst haben die Russen diese Stadt ihr „Fenster nach dem Westen" genannt, und mehr als Zufall dürfte es sein, daß sie einen fremden deutschen Namen trug, der zu ihrem ganzen Charakter weit besser paßt als die Russifizierung Petrograd oder Leningrad. Moskau ist weit eher ein „Leningrad", eine Stadt, in der der Wille dieses Großen der russischen Revolution lebt, als St. Petersburg mit seinem fahlen Abglanz westlichen Lebens.

Eine Kleinigkeit sagt mehr als alles andere. In Moskau sind moderne Tänze verboten, ist Leningrad wird auf dem Dachgarten des Hotels Europe nach Herzenslust getrottet und gesteppt. Die Menschen auf den Straßen sind um einige Nuancen eleganter, sagen wir zugleich westlicher als in Moskau. Zwar herrscht auch hier bei den Männern die Mütze vor, aber statt des Kopftuches tragen die Frauen den modernen kleinen Hut. Gerade die größere Aehnlichkeit mit unserem Straßenbild läßt aber die Armut noch erschreckender und deprimierender als in Moskau zutage treten, zumal auch dem Leningrader Straßenleben jene moralische Reinheit fehlt, die in Moskau immer wieder dem Fremden Achtung abnötigt. In Leningrad gibt es wieder Puder und Lippenstift, Kaffeehäuser und zweideutige Promenaden.

Wie ist die breite Prachtstraße des Newski doch durch schlechte Zeiten, Ueberschwemmungen und den Mangel an Ausbesserungsmitteln heruntergekommen! Weite Sprünge klaffen in den Fußsteigen; Einsenkungen des Pflasters, wie wir sie aus unseren Inflationsjahren kennen, verunzieren den Fahrdamm. Trotzdem gibt es Baulichkeiten von monumentaler Pracht, die auch heute geschont, ja gepflegt werden. Wie strahlt der mächtige Bau der Admiralität mit seinen gewaltigen Straßenbogen, seiner breiten glatten Häuserfront in frischem gelben Glanz! Bald wird auch das massige Gebäude des Winterpalais wieder einen farbigen Aufputz erfahren, und dann wird wieder dem, der auf einem der kleinen Motorboote die breite Newa durcheilt, das Venedig des Nordens seine chevalereske Front präsentieren, liebenswürdig und heiter wie ein Bild von Canaletto.

Von weiten Säulengängen umrahmt, liegt dagegen düster die gewaltige Kasan-Kathedrale am Newski. Eindrucksvoller als sie und ebenso gewaltig beherrscht die Isaak-Kathedrale, ein schwerblütiger renaissanceartiger Bau, von grandiosen Granitsäulen gestützt, mit seiner Kuppel das Stadtbild. Nahe der Kathedrale ist das Peter-Denkmal. Zu ihm kontrastiert in schroffster Weise das Denkmal Alexanders III., geschaffen von dem Fürsten Trubetzkoi. Welch ein Unterschied zwischen den beiden Kunstwerken! Das eine schwer und brutal: auf massigem Gaul sitzt plump und streng der Selbstherrscher. Am Zügel des Rosses ahnt man eine harte Faust, und es ist, als könnten vom jenseitigen Ufer die Schatten der Peter-Pauls-Festung bis vor den Sockel fallen. Dagegen das Peter-Denkmal: jugendfrisch, kühn und zukunftsfroh bäumt sich das Roß des gebieterischen Reiters auf einem steilen Abhang von Granit. Ist in dem anderen Bilde stumpfe, dumpfe, beängstigende Ruhe, so ist hier alles aufgelöst in Leben und Bewegung, dabei liegt doch Sicherheit und Bändigung in allem feurigen Vorwärtswollen.

Unter dem Standbild Alexanders vor dem Oktober-Bahnhof stehen die Worte:

> Mein Sohn, mein Vater wurden hingerichtet,
> Ich erntete Verachtung nach dem Tod.
> Als Vogelscheuche stehe ich hier aufgerichtet,
> Als Schreckgespenst der überwundenen Not.
> Der vorletzte allrussische Selbstherrscher Alexander III.

Mag sein, daß das Denkmal selbst zu dieser Inschrift herausgefordert hat. Unter die Peters-Statue hat man nichts dergleichen gesetzt. Oder war es vielleicht deswegen, weil es Persönlichkeiten gibt, deren Bedeutung selbst nach Jahrhunderten so unbestritten ist, daß vor ihnen selbst der Spott des Gegners verstummt.

Petersburg trug nicht nur den Namen seines Gründers, es war in seltenem Maße sein Werk. Die breiten Straßen und die großen Verwaltungsgebäude in bestem Potsdamer Stil, vor allem auch die kleinen eleganten Palais der Höflinge und die künstlerische Gestaltung der Newufer lassen die Atmosphäre um den großen Stadtschöpfer allerorten fühlen. Für den, der sich einmal mit Liebe in die merkwürdige aufwühlende Dichtkunst eines Tolstoi oder eines Dostojewski versenkt hat, ist so mancher Straßenname lebendig. Ihm ist der abendliche Newski-Prospekt, die Fontanka mit ihrer altertümlichen Kettenbrücke vertraut, als wären sie liebe alte Kameraden aus seiner Kindheit.

Am schönsten ist die Stadt in den Frühsommerwochen der weißen Nächte. Ein silbriges ungewisses Flittern liegt in der Luft, kaum, daß eine schmale Dunkelheit wie ein flüchtiger Schatten über den Himmel huscht, und schon hat wieder der neue Tag begonnen, den nur eine Ahnung der Nacht vom anderen Tage trennt. Gerade diese ungewissen Stunden der Ahnung und des Dämmerns sind von wunderlichem Reiz. Sie spielen wie die heure bleue von Paris eine leichte, unsagbare Freude auf, als möchten sie für die endlosen Winternächte des Nordens entschädigen. Die Menschen sind von einer seltsamen Erregtheit und Aufgeschlossenheit. Kennen Sie jene endlosen nächtlichen Gespräche, die am frühen Morgen die Menschen aufreißen wie ein Röntgenlicht? Für diese Gespräche ist das Leningrad der weißen Nächte wie geschaffen, und die berühmten Inseln mit ihren Bänken unter spät knospenden Birken sind dafür der rechte Ort.

Geschlossen sind die eleganten Lokale von einst. Kleine rotbewimpelte Segelboote liegen rings um den Jachtklub, und an die Spitze der Jelagin-Insel schlagen langsam und einsinnig die Wellen. Fort sind Glanz, Tanz, Offiziere, Kurtisanen und Musikanten. Entzauberte Welt, entzaubert wie die Versailler Gärten nach Anno 1789.

Dr. Otto Friedländer.

Theater, Lichtspiele usw.

Sonnab., 11. 2. 28
Staats-Oper
Am Pl. d. Republ.
8 Uhr:
Fidelio

Sonnab., 11. 2. 28
Städtische Oper
Bismarckstr
Geschl. Vorstellung.
7½ Uhr
Zauberflöte

Staatl. Schauspielh.
Am Gendarmenmarkt
8 Uhr
Die Weber

Staatl. Schillerth.
Charlottenburg
8 Uhr
Ende gut alles gut

Volksbühne

Theater am Bülowplatz
8 Uhr
Mann ist Mann

Th. am Schiffbauerdamm
8 Uhr
Schieber des Ruhms

Grosses Schauspielhaus
Anfang 8 Uhr — Ende 11 Uhr
REGIE: CHARELL
POMPADOUR
MASSARY
Sonntag um 3 Uhr halbe Preise

Komische Oper
8 Uhr — 8 Uhr
Heute!
Premiere
James Klein's
gewaltiges neues
Revue-Stück:
Zieh' dich aus!
Ein Abend ohne Moral
in 35 Bildern
Unter Mitwirkung von
preisgekrönten
60 Akt-Modellen!
Sonntag
2 Vorstellungen, nachmittags 3½ Uhr bedeut. ermäß. Preise
Vorverkauf ununterbrochen geöffnet.

CASINO-THEATER 8 Uhr
Lothringer Str. 37.
Die spanische Fliege.
Ausschneiden! Gutschein 1—4 Pers. Fauteuil nur 1.10 M., Sessel nur 1.60 M.

8 Uhr SCALA
Nollendorf 7360.
Albertina Rasch-Girls
im Rahmen des großen
Varieté-Programms!
Sonnabends u. Sonntags je 2 Vorstellungen
3³⁰ u. 8 Uhr — 3³⁰ zu ermäßigten Preisen das ganze Programm.

Renaissance-Theater
Steinplatz 901.
8,15 Uhr **Coeur Bube.**

Winter Garten 8 Uhr
Freddy Rich
m. seinen 14 unerreicht. Künstlern
Hierzu das große Varieté-Progr.
Sonntag 2 Vorstellungen 2
3³⁰ u. 8 Uhr. 3³⁰ kleine Preise

Theater am Kottbusser Tor
Kottbusser Straße 6.
Täglich 8 Uhr

Elite-Sänger
Februar in großer Form!
Jeden Sonntag nachm. 3 Uhr:
Große Familien-Vorstellung
(ungekürzt).
Volkspr. 0,40, 0,75, 1,—, 1,25, 1,50, 1,75 Mk.

NEUE WELT
Arnold Scholz. Hasenheide 108/114
Großes Bockbierfest
in den bayr. Alpen
und Großer Alpenball.
7 Kapellen / Neue Dekorationen
30 bayr. Madeln.
Sonntag: Gr. Bockbierfest u. Alpenball.

Deutsches Theater
Norden 12 310
Abonnementsbüro: Norden 10 138—39, 10 185
8 U., Ende nach 10 U.
Robert Emmet

Kammerspiele
Norden 12 310
8¼ U., Ende nach 10
Finden Sie, daß Constance sich richtig verhält?

Die Komödie
Bismarck 2414/7516
8¼ U., Ende 10¼ U.
Marcel Fradelin

Berliner Theater
Direktion Kuhnert.
Charlottenb. 30-31, Steinpl. 170
8¼ Uhr
Max Adalbert
als
Der Herr von . . .

Piscatorbühne
Theat. a. Nollendorfplatz
Kurfürst 2091/93
Täglich 8 Uhr:
Zum 25. Male:
Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk
mit Max Pallenberg
Insz. Erwin Piscator

Lessing-Bühnen
Th. Königgrätz. St.
Bergm. 2110.
Heute ½8 Uhr
Zum 1. Male:
Flucht
von John Galsworthy
Regie: Victor Barnowsky

Komödienhaus
Norden 6304.
8.15—10.40 Uhr:
Hokuspokus
von Curt Götz

CIRCUS BUSCH
Täglich 7½ Uhr, Sonntag a. 3 Uhr
15 art.-circens. Höchstleistg.
9¼ Uhr: Fakir
Blacaman!
Sonntag 3 Uhr halbe Pr.
mit „Blacaman" u. „Nelson fest"

Th. im Admiralspalast
Tägl. 8¼ Uhr
HALLER-REVUE
„Wann und wo!"
2 Sonntag Vorstellg.
3 Uhr u. 8¼ Uhr
Nachm. die ganze Vorstellung zu halb. Preis.

10 Pf. — 100 Marken
Quittungs-, Rabatt- u. Reklamemarken
gegen Nachahmung gesetzl. gesch.
fertigt seit 45 Jahr. als Spezialität
Conrad Müller
Leipzig-Schkeuditz

Kleines Theater
Täglich 8¼ Uhr
Erika Gläßner in
Gretchen
Für Jugendliche nicht geeignet
Sonntag nchm. 4 U.
Erika Gläßner
in
Lissy die Kokotte

Theater des Westens
Täglich 8¼ Uhr
Münchhausens letzte Liebe
Wirl, Bergmann, Kürty, Gille, Albu

Walhalla-Th.
Weinbergsweg 19/20
Eine Liebesnacht
Operettenschwank
Lony Pyrmont
in der Hauptrolle
Vorzeiger dieses zahlen für Parkett auch Sonntags statt 4,— Mk nur 60 Pf.
Sonntag, nchm. 4 Uhr
Schneewittchen
Parkett v. 30 Pf. an.

Lustspielhaus
8¼ Uhr
Guido Thielscher
„Unter Geschäftsaufsicht"

Residenz-Theater
Tägl. 8¼ Uhr
Der Rundfunktenor
Franz Baumann
in der Operette
Frühling am Rhein
Arden, Feiner, Plessow, Brahms, Krafft-Lortzing, Marmillon
Für Funkfreunde halbe Preise!

Thalia-Theater
8 U.: Das Kamel geht durch das Nadelöhr

Lessing-Bühnen
Dts. Künstler-Th.
8 Uhr:
„Evelyne"

Lessing-Theater
8 Uhr
„Rose Bernd"

Rose-Theater
4 Uhr: Schneewittchen und die 7 Zwerge
8¼ Uhr
Der Pfarrer von Kirchfeld

Planetarium am Zoo
Verläng. Joachimsthaler Straße
Noll. 1578
Venus, die Schwester der Erde.
Vorführungen: 16½, 18, 19½, 21 Uhr
Eintritt 1 M.
Kinder unt. 15 Jahren 0.50 M.

Metropol-Th.
Tägl. 8¼ Uhr:
„Die schöne Helena"
Operette v. Offenbach
Lied. Lichtenstein, Hatton, Jansen, Garten, Holtzner.
Sonntag ¼4 Uhr
Kleine Preise
Gräfin Mariza

Reichshallen-Theater
8 Uhr, Sonntg. nachm. 3 Uhr.

Stettiner Sänger
„Neites Wochenende"
nachm. halbe Preise.
Dönhoff-Brett'l:
Kabarett, Varieté
Konzert, Tanz.

Bücher-Sonderangebot!

[166

Anatole France.

1. Die Bratküche zur Königin Pedauque
2. Die Ulme am Wall.
3. Die Probierpuppe.
4. Der Amethystring.
5. Komödiantengeschichten.
6. Professor Bergeret in Paris.
7. Auf dem weißen Felsen.
8. Die Götter dürsten.
9. Der Aufruhr der Engel.
10. Peter Nozière.
11. Die Sehnsucht des Johann Servien.
12. Clio Baltasar.
13. Die Perlmutterdose.
14. Der Brunnen von Santa Clara.
15. Blaubarts sieben Frauen.

Jeder Band in Halbleinen geb. nur M. 1.60
Alle 15 Bände zusammen für nur M. 22.—
Verlagsanstalt „Courier"
Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 4

Dampfwäscherei
„IDEAL"
Rich. B. Steffen

Berlin O 34
Weidenweg 36
Marienburger Straße 10
Telephon Andreas 3326
[184

Ein rheinischer Maskenball am Sonntag

ist auch etwas Schönes!
Kommen Sie darum morgen zu dem
Maskenfest des Rheinischen Männergesangvereins ins
Funkhaus
Eintrittspreis Mk. 3.—
Karnevalistische Abzeichen und Masken am Saaleingang erhältlich
Saalöffnung 5 Uhr

Schwechten-Saal
Berlin W. 35, Lützowstr. 76

Von Sonnabend, 11. Februar, bis Dienstag, 14. Februar 1928 täglich 19 und 21 Uhr:
Filmvortrag
Canada
das Land der eigenen Scholle
Ueberfahrt auf einem Dampfer des
Norddeutsch. Lloyd Bremen
Der bekannte Vortragsredner
Kapitän Gottfried Speckmann - Berlin
Der neue große Reisefilm der
Döring-Film-Werke Hannover
zeigt nicht nur die wirtschaftl. Bedeutung, sondern auch die Schönheiten und Reize, sowie einige seltene Naturwunder des unbekannten Canada
Hersteller: Döring-Film-Werke Hannover in Gemeinschaft mit dem Nordd. Lloyd Bremen
Preise Mk. 1.—, Mk. 1.50, Mk. 2.—
Vorverkauf: Theaterkasse A. Wertheim, Bote u. Bock, Leipziger Straße und Tauentzienstr. Näheres siehe auch Plakate

Gegen rote Hände

und unschöne Hautfarbe verwendet man am besten die schneeig-weiße, fettfreie **Creme Leodor**, welche den Händen und dem Gesicht jene matte Weiße verleiht, die der vornehmen Dame erwünscht ist. Ein besonderer Vorteil liegt auch darin, daß diese unsichtbare Mattcreme wundervoll kühlend bei Juckreiz der Haut wirkt und gleichzeitig eine vorzügliche Unterlage für Puder ist. Der nachhaltige Duft dieser Creme gleicht einem taufrisch gepflückten Frühlingsstrauß von Veilchen, Maiglöckchen und Flieder, ohne jenen berüchtigten Moschusgeruch, den die vornehme Welt verabscheut. — Preis der Tube 60 Pf und 1 Mk — In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben. — Bei direkter Einsendung dieses Inserates als Drucksache mit genauer und deutlich geschriebener Absenderadresse auf dem Umschlag erhalten Sie eine kleine Probesendung kostenlos übersandt durch Leo-Werke A.-G., Dresden-N. 6

C. G. Bruchmüller

Berlin, Große Frankfurter Straße 100 — Pankow, Breite Straße 4a

Gemüse-Konserven	2 Pfd.	Backobst	1 Pfd.
Brech- und Schnittbohnen	0.69	Calif. Pflaumen 0.48,	.38
Spinat, dick eingekocht	0.64	Santa-Clara-Pflaumen, groß	0.58
Berliner Allerlei .	0.70	Entsteinte Pflaumen	0.55
Gemüse-Erbsen .	0.72	Californ. Birnen .	0.95
Schoten u. Karotten	0.80	Californ. Pfirsiche	0.90
Würfel-Karotten .	0.49	Calif. Aprikosen .	1.30
Rote Rüben . . .	0.54	Amerik. Ringäpfel	1.15
Schnittspargel .	1.75	Gem. Backobst 0.85,	0.60
Stangenspargel .	1.85	Türk. Pflaumenmus	0.45

Bruchmüllers Frühstückskakao, feinschm., 1 Pfd **0.95**
Bruchmüllers Schokolade-Spezial zartbitter, 3 Tafeln (je 100 g) **1.00**

Verkauf
von
RM 25000000.—
8%
Deutsche Kommunal-Goldanleihe v. 1928

(1 Reichsmark = 1/2790 kg Feingold).

Wir stellen hiermit die vorbezeichneten
RM 25 000 000.— 8% Deutsche Kommunal-Goldanleihe v. 1928
zum freihändigen Verkauf.

Für die Sicherheit der Schuldverschreibungen haften der Deutsche Sparkassen- und Giroverband mit seiner Bankanstalt, der Deutschen Girozentrale — Deutschen Kommunalbank — in Berlin, sowie die Gewährsträger des Verbandes, zu denen die weit überwiegende Mehrzahl der deutschen Kommunalverbände gehört.

Die Zinsen werden halbjährlich am 2. Januar und 1. Juli, erstmalig am 1. Juli 1928 gezahlt.

Der Verkaufspreis beträgt bis auf weiteres

96% vom Nennwert

zuzüglich Stückzinsen vom 1. Januar 1928 bis zum Zahlungstage unter Abzug der Kapitalertragsteuer.

Schlußscheinstempel ist von dem ersten Erwerber gemäß § 36 des Kapitalverkehrsteuergesetzes nicht zu entrichten.

Aufträge nehmen sämtliche Girozentralen und die angeschlossenen Landesbanken, sowie sämtliche deutschen Sparkassen entgegen.

Verkaufsstellen in Berlin: Deutsche Girozentrale — Deutsche Kommunalbank —, Brandenburgische Provinzialbank und Girozentrale, Berliner Stadtbank — Girozentrale der Stadt Berlin —.

Berlin, im Februar 1928. **Deutsche Girozentrale — Deutsche Kommunalbank —**
zugleich namens der angeschlossenen Girozentralen und Landesbanken.

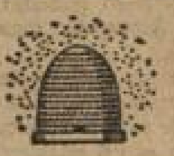
Hermann Lorenz
Invalidenstraße 161 [73
Kaffee :: Tee :: Kakao
Eigene Rösterei seit 1879

Rind- u. Schweine-Schlächterei
Max Jobski
Putbusser Straße 6
Qualitätsware / Billigste Preise

KONKURRENZLOS
Billige Wursttage
BEI
Jahn & Summ
Oranienburgerstr. 4/5 Brunnenstr. 159
JEDEN
Donnerstag, Freitag, Sonnabend.
Ausnahme-Preise

Kasseler-Rollen ohne Knoch., o. Schwart.	1.00	Jagdwurst	1.10
Bockwurst und Dampfwurst . . .	1.00	Bierwurst	1.40
Delik.-Landleberwurst	1.20	Hildesheimer	1.20
Hausm. Leberwurst .	0.90	Braunschweiger . . .	1.20
ff. Leberwurst . . .	1.40	Gefüllter Schinken .	1.20
ff. Teewurst	1.40	Westf. Schinkenwurst	1.40
Hausm. Fleischwurst	1.20	Knoblauchwurst	1.20
Speckwurst i. Schlsd.	0.90	Berliner Mettwurst hart	1.20
Zungenw.	1.60	Schinkenecken	0.90
Filetwurst	1.40	Schinkenspeck . . .	1.50
		Mag. Speck a. Rpp. .	1.10
		Fetter Speck . . .	1.00

Schlackwurst i. Schlsd. 1.50
Preise v. ½ Pfund.



Gühler Honig

Gewinnauszug
5. Klasse 30. Preußisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie.
Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

2. Ziehungstag — 9. Februar 1928

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

2 Gewinne zu 25000 M. 86319
2 Gewinne zu 10000 M. 248566
2 Gewinne zu 5000 M. 21144
14 Gewinne zu 2000 M. 51482 94973 148957 205663 251612 322681 367282
32 Gewinne zu 1000 M. 179 30841 35096 47768 69271 118639 160993 170738 173031 255248 264002 298095 346931 347619 356311 369776
94 Gewinne zu 500 M. 901 5778 17012 33344 33969 41286 60001 64196 71828 74601 93366 95783 111435 120178 122333 129127 130838 136198 141440 154182 165320 167892 175015 189627 191074 204983 225856 251518 269092 273269 274834 294404 305798 308635 317024 321787 323260 328381 332598 334017 340587 347609 353803 354533 365019 368110 372168
166 Gewinne zu 300 M. 51 7373 21036 27871 30940 34478 41142 41369 41531 46034 52677 53132 53164 56866 57483 59404 62572 67733 70042 73926 75687 76116 79930 82307 85104 85806 88135 90141 101937 106679 107523 117090 123046 125356 129068 154678 157154 163438 163814 167490 170148 174331 192965 194661 201305 210761 214490 221419 225928 229568 231128 236989 238369 251836 253044 259470 263144 268168 269036 271352 276314 277630 284729 296562 296944 300667 311303 316974 317470 319158 323731 332356 335491 336714 342774 343420 352735 354607 355044 356376 360094 364903 371733

3. Ziehungstag — 10. Februar 1928

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

2 Gewinne zu 10000 M. 187276
2 Gewinne zu 5000 M. 340248
14 Gewinne zu 3000 M. 1261 60459 115289 165071 187219 197272 299099
6 Gewinne zu 2000 M. 90489 109394 228797
22 Gewinne zu 1000 M. 23339 69422 100813 104079 167870 190705 196539 229096 231104 266385 338836
78 Gewinne zu 500 M. 11171 17463 19765 40530 40648 48653 57620 60399 62997 94247 95976 100585 106276 109034 114910 117027 126797 126977 134472 157081 169657 170807 172301 188247 193924 237281 249108 250710 251356 272631 285906 302765 303445 312343 330016 331928 339434 358336 370033
194 Gewinne zu 300 M. 527 2767 7047 10635 18749 20817 31792 35903 37705 39409 41580 46249 49578 56078 57214 58239 59673 63792 63875 65976 71329 77182 80572 81572 87296 96087 104066 109881 114620 125118 125818 126799 127557 129193 132563 133853 137175 137579 138564 144766 149460 152495 155136 156681 158262 159180 161609 163522 163820 164697 169798 180322 183160 186824 187203 192819 192966 196118 199385 199742 199673 202636 208509 213926 222390 224013 231189 232386 245129 249059 252692 256048 263302 265094 276570 278704 277514 285591 293525 299067 300606 301244 308213 308353 310746 312684 319225 322028 325718 327306 329299 329349 340070 350624 363131 366069 370488